

politix

Forschung am IPW

Das Team der Politischen
Theorie über demokratische
Zukünfte

ab Seite 7

Ohne Wahl keine Demokratie

Emma Heppner und Felix
Leodolter über Partizipation
als Grundvoraussetzung der
Demokratie

ab Seite 15

Zapatistas Beyond Hegemony

Understanding „Horizontal
Networks of Solidarity“ as a
Strategy for Political
Autonomy

ab Seite 32



Partizipation und Protest

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

-Editorial-

Das vermeintliche „demokratische Spektakel“ des vergangenen „Superwahljahres“ sorgte für Schaulust, hie und da ein bisschen Hoffnung, stagnierende Zustände der Verzweiflung und ein Ende in Frustration. Bestätigt wurde lediglich die Sorge um die Entwicklung der Demokratie und verfestigt wurden entgegen der Begrifflichkeit großteils antidemokratische Tendenzen. Donald Trump wird dieses Jahr ins Weiße Haus zurückkehren, die EU-Wahlen bestätigten den in Europa bereits spürbaren Rechtsruck erneut und die FPÖ schaffte es unter Herbert Kickl in Österreich mit ihrem historisch besten Nationalratswahlergebnis auf Platz eins. Gleichzeitig geraten Befreiungskämpfe wie jener in Rojava durch die Gewalt autoritärer Regime zunehmend unter Druck und das neoliberal-kapitalistische System scheint sich immer mehr zu verfestigen, wenn ein superreicher Verschwörungsideologe wie Elon Musk die Kontrolle über staatliche Institutionen und Gelder erhält.

Doch nicht nur rechte Stimmen werden laut. Anstatt sich von rechtsextremen, fundamentalistischen, faschistischen, neofaschistischen oder postfaktischen Bedrohungen lähmen zu lassen, gilt es, die Demokratie nicht nur zu bewahren, sondern die Mittel der Teilnahme und die Möglichkeiten des Widerstands auszuschöpfen und gleichzeitig über neue Formen der Partizipation und des Protests nachzudenken.

Unter dem Slogan „Demokratie verteidigen“ wurden mehrere Demonstrationen in Wien gegen eine FPÖ-Regierungsbeteiligung organisiert. Während die einen die Demokratie erhalten wollen, werden in der im Forschungsschwerpunkt Politische Theorie an der Universität Wien im Projekt PREDEF (Prefiguring Democratic Futures) Wege ermittelt, über einen Abwehrkampf und eine defensive Haltung hinauszugehen und weiterzudenken, indem an Strategien zur Radikalisierung der Demokratie geforscht wird. Bisherige Erkenntnisse des Projekts sind im Interview von Rainer Stummer ab Seite 7 nachzulesen. Für einen Einblick in aktivistische Praxis zeigt Petra Kolb anhand von „Widerstands-Gemüse“, das im Zuge eines Protestcamps gegen eine sogenannte „Umgehungsstraße“ gepflanzt wurde,

wie vermeintlich unpolitische Mikropraktiken zum politischen Akt werden können (ihren Beitrag über die niederösterreichische Betonpolitik lest ihr ab Seite 38).

Zeiten der vermeintlichen Krise eröffnen oft Räume für kreatives Potenzial.

Gemeinschaften und ihre Systeme können verbessert und verändert, aber auch zusammenbrechen oder neu geschaffen werden, wie Flavia Gardavsky ab Seite 32 anhand der selbstverwalteten indigenen Gemeinschaften der „Zapatistas“ in Mexiko zeigt. Befreiungskämpfe im Globalen Süden beschäftigen auch IP-Professor Ulrich Brand. Er setzt die Widersprüchlichkeiten autoritärer Figuren und Bewegungen in einem Interview mit dem Schweizer Thinktank Denknetz ab Seite 25 in Verbindung mit der ökologischen Krise und ungleichen Nord-Süd Verhältnissen: „Donald Trump feiert den Verbrennungsmotor und verweist darauf, dass früher alles besser war. Auch wenn er von Tesla-Chef Elon Musk wesentlich unterstützt wird“.

Mit dieser Ausgabe hat sich das Team der Redaktionsleitung um Linda Nutz erweitert, die nun gemeinsam mit Johannes Greß die Zeitschrift betreut. Neben den Autor:innen dieser Ausgabe gilt unser Dank an dieser Stelle noch Claire Kardas, die für das großartige Design dieser Ausgabe sorgte. Außerdem danken wir den Redakteur*innen für das Redigieren und Lektorieren der Texte dieser Ausgabe, namentlich: Wilma Johannssen, Petra Kolb, Lara Schneeweiss, Noé Schüttler, Rainer Stummer und Niklas Uhl.

Ein inspirierendes Leseerlebnis sowie einen angenehmen Semesterstart wünscht im Namen der *politix*-Redaktion,

Linda Nutz



Inhalt

5 Nachruf auf Eva Kreisky

7 Forschung am IPW: Die Präfiguration demokratischer Zukünfte

Rainer Stummer

12 „Ist das Kunst, oder kann das weg?“ – Kunst als soziale Praxis

Lara Schneeweiss

15 Ohne Wahl keine Demokratie – ohne Partizipation weder noch

Emma Heppner, Felix Leodolter

20 Recht brechen, um Recht zu schaffen

Louisa Lettow

25 Interview: Ulrich Brand und Pascal Zwicky über öko-imperiale Spannungen und die Grenzen des Kapitalismus

32 Beyond Hegemony: Understanding „Horizontal Networks of Solidarity“ as a Strategy for Political Autonomy

Flavia Gardavsky

38 Betonieren, Versiegeln, Verbauen – über ein Straßenbauprojekt mitten in der Klimakrise

Petra Kolb

43 Queerfeindlichkeit und hasskriminelle Übergriffe. Oder: Das neue Feindbild der Rechten

Wilma Johannssen

51 Zwischen Legitimität und Stabilität: Eine Einordnung der französischen Regierungskrise

Noé Schüttler

In Gedenken an Eva Kreisky (1944-2024)

Das Institut für Politikwissenschaft trauert um die langjährige Vorständin Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky. Eva Kreisky war von 1993 zunächst Gastprofessorin und dann ab 1995 bis 2012 ordentliche Professorin für Politische Theorie an der Universität Wien. Sie hat eine neue Herangehensweise an die Politische Theorie entwickelt, die sie Politische Theoriearbeit nannte, um diesem Strang der Politikwissenschaft den Hauch des Abgehobenen oder den weitgehend (ideen-) geschichtlichen Charakter zu nehmen. Mit Politischer Theorie, so Eva Kreisky, sollte an den Problemen und Fragestellungen der Gegenwart gearbeitet werden. Zeit ihres akademischen Lebens hat sie sich mit dem Staat, der Bürokratie und deren sozialer und ökonomischer Verankerung beschäftigt. Österreich bot ihr dafür geeignetes Anschauungsmaterial, ein Land mit einer traditionell starken Bürokratie, die auch im demokratischen Staat ein Eigenleben führte. Der Titel ihrer Habilitationsschrift „Bürokratie und Politik. Beiträge zur Verwaltungskultur in Österreich“ zeigt ihr Interesse.

Der österreichische Staat wehrte sich auch lange erfolgreich gegen Geschlechterdemokratisierung – Frauen blieben in staatlichen Institutionen unterrepräsentiert und Politiken berücksichtigten die Interessen von Frauen weniger als die Erwerbsinteressen von Männern. Diese Forschungen machten Eva Kreisky zu einer Pionierin der deutschsprachigen feministischen Politikwissenschaft. Sie prägte das Konzept des „Staates als Männerbund“ und machte damit deutlich, dass Frauenausschluss aus der Politik systemisch und systematisch ist, nämlich der maskulinistischen Struktur des Staates und des politischen Feldes geschuldet. In dem 2009 von Matthias Falter, Marion Löffler, Thomas Schmidinger, Saskia Stachowitsch und Veronika Schwediauer beim Braumüller-Verlag herausgegebenen Band „Politik begreifen. 89 Begriffe um Eva Kreiskys Leben und Forschen“ wird die

intellektuelle Produktivität Eva Kreiskys deutlich, auch dokumentiert in zahlreichen Veröffentlichungen.

Eva Kreisky war Juristin, wurde 1971 zur Dr. jur. promoviert, und machte in dieser Zeit eine postgraduale politikwissenschaftliche Ausbildung am Institut für Höhere Studien (IHS) in Wien. Bis 1978 war sie Assistentin in der dortigen Abteilung für Politikwissenschaft, die sie von 1979 bis 1989 leitete. Ihre Expertise der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung führte sie schließlich an die Freie Universität Berlin, wo sie von 1989 bis 1993 die Professur für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung innehatte. Sie hatte großen inhaltlichen Einfluss auf viele der dortigen Dozentinnen, die sie auch mit strategischem und organisatorischem Geschlechterwissen versorgte.

Dieses Wissen und ihr politisch-strategisches Gespür hat sich Eva Kreisky auch in ihrem Engagement in sozialen Bewegungen angeeignet. Sie hatte für die österreichische Frauenbewegung und Frauenpolitik eine wichtige Rolle eingenommen. Ihr war klar, dass akademisches Wissen nur Bestand hat, wenn es einen gesellschaftlichen Praxishintergrund hat. Für ihren Einsatz für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung erhielt sie 2008 den Käthe Leichter-Staatspreis.

Nach ihrem Ruf auf die Professur für Politische Theorie ans Institut für Politikwissenschaft übernahm sie gleich und bis 2004 dessen Leitung. Gemeinsam mit Helmut Kramer und später Birgit Sauer, Sieglinde Rosenberger, Regina Köpl und Herbert Gottweis und anderen baute sie das Institut umsichtig in ein modernes und kritisches Institut um. Durch ihre Schwerpunktlegung auf kritische und feministische Forschung und Lehre öffnete Eva Kreisky das Institut für zahlreiche Studierenden aus dem deutschsprachigen Ausland. Die universitäre Lehre war ihr ebenso wichtig wie

die Forschung. Sie investierte in der Studienrichtung Politikwissenschaft, eine der größten im deutschsprachigen Raum, viel Zeit in die Ausbildung von Studierenden. Legendär sind ihre Blockseminare mit Doktorand*innen auf Mallorca, wo es nicht nur um geistige Nahrung und Dissertationsfortschritte ging, sondern immer auch um gutes Essen und politisch interessante Gesprächsrunden.

Vor universitären Leitungsaufgaben schreckte Eva Kreisky nie zurück, ja es reizte sie zu gestalten. Denn sie wusste, dass gute Wissenschaft geeignete, vor allem demokratische Organisation braucht. Ihre feministische Haltung realisierte sie durch einen hierarchiekritischen Umgang im Institutsalltag, auch gegenüber den Mitarbeiter*innen in der Verwaltung. Ihren Gestaltungswillen brachte sie zu verschiedenen Zeiten in mehreren Funktionen an der Fakultät für Grund- und Integrativwissenschaften, später umbenannt in Fakultät für Sozialwissenschaften ein: als Prodekanin, als Vizedekanin, als Vorsitzende der Doktoratsstudienkommission. Eva Kreisky engagierte sich zudem für die Etablierung des in Österreich jungen Faches Politikwissenschaft. Sie war erste weibliche Vorsitzende der 1970 gegründeten Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, deren Ehrenmitglied sie ist.

Mit Eva Kreisky, die 2012 emeritierte und nach langer Krankheit am 14. August kurz vor ihrem 80. Geburtstag verstarb, verliert das Institut eine streitbare Kämpferin für kritische Wissenschaft und für eine demokratische Universität.

Birgit Sauer und Ulrich Brand im Namen des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Forschung am IPW: Die Präfiguration demokratischer Zukünfte

Rainer Stummer

Unter der Leitung von Oliver Marchart beschäftigen sich Sara Gebh (Subprojekt ‚Archive‘), Sergej Seitz (Subprojekt ‚Theory‘), Viktoria Huegel, Alexander Kurunczi und Madlyn Sauer (alle drei Subprojekt ‚Culture‘) in dem ERC-Projekt *PREDEF - prefiguring democratic futures* mit der Wiedergewinnung von Vorstellungskraft und ihrer Indienstnahme für die Demokratisierung der Demokratie. *politix*-Redakteur Rainer Stummer sprach mit dem PREDEF-Team über den produktiven Umgang mit gegenwärtigen Krisendiagnosen, das unausgeschöpfte demokratische Potential bestehender Institutionen und die Verschränkung von Theorie und Praxis.

Rainer Stummer: *Das Forschungsprojekt prefiguring democratic futures (PREDEF) ist im Fachbereich der Politischen Theorie angesiedelt, wo üblicherweise viel Begriffsarbeit geleistet wird. Wie verhandelt ihr die Begriffe der Präfiguration, der Demokratie und der Zukunft im Projekt?*

Sergej Seitz: Zumeist wird der politische Kampf um die Zukunft der Demokratie heute als eine Art Abwehrkampf bzw. als ein Rückzugsgefecht geführt. Gegen autoritäre, fundamentalistische, rechtsextreme und neofaschistische Bedrohungen versucht man, die Errungenschaften der liberalen Demokratie, ihre Institutionen und ihre Verfahren, so gut es geht zu bewahren. Und ohne Zweifel ist ein solcher Abwehrkampf heute absolut dringlich und notwendig. Allerdings kann man sich fragen, ob es für Parteigänger:innen der Demokratie sinnvoll ist, sich auf eine defensive Haltung festzulegen, oder ob man nicht gerade in einer Situation, in der die Demokratie weltweit in ihren Grundfesten erschüttert wird, geboten ist, *auch* eine offensivere Strategie zu verfolgen. Das hieße, Demokratie nicht nur zu bewahren, sondern sie zu vertiefen, zu erweitern und zu radikalisisieren. Zukunft erscheint

dann nicht als Verlängerung des Status quo, sondern als offener Horizont, um die demokratischen Ansprüche der Freiheit, der Gleichheit, der Solidarität und der Selbstregierung zu intensivieren und auf alle Teilbereiche der Gesellschaft auszuweiten. In unserem Projekt loten wir unterschiedliche Möglichkeiten und Formen einer, wenn man so will, „offensiven Verteidigung“ der Demokratie aus. Wenn wir über die Zukunft der Demokratie nachdenken, dann gehen wir folglich nicht davon aus, dass die Demokratie, die wir gegenwärtig haben, schon das vollständige Modell einer zukünftigen Demokratie bereitstellt. Die Sorge um die Zukunft der Demokratie muss eine Sorge um die Radikalisierung und Demokratisierung der Demokratie sein. Deswegen interessieren wir uns in unserem Projekt ganz besonders für präfigurative politische Praktiken, d.h. für aktivistische Projekte, die versuchen, zukünftige demokratische Verfahren, Institutionen und Beziehungsweisen im Hier und Jetzt vorwegzunehmen und zu antizipieren. Wir sprechen dabei sowohl von Präfiguration als auch von „pre-enactment“, um deutlich zu machen, dass demokratische Vorstellungskraft nicht einfach eine Sache utopischer Blaupausen ist, sondern Organisation, die Bildung von Kollektiven und Netzwerken sowie das Erproben und Einüben anderer institutioneller Formen und Verfahrensweisen erfordert.

Viktoria Huegel: Im Teilprojekt zu theatralen Besetzungen schaue ich mir genau aus diesem Grund die ästhetische und körperliche Dimension präfigurativer Praktiken an. Dahinter steht die Überzeugung, dass das Wissen, wie wir uns in der Gesellschaft zueinander verhalten, wie wir uns bewegen und wie Beziehungen definiert sind, verkörpert wird. Das bedeutet auch, dass wir uns alternative gesellschaftliche Strukturen aktiv aneignen müssen - was Sergej als „das Erproben

und Einüben anderer institutioneller Formen und Verfahrensweisen“ beschreibt. Ein bekanntes Beispiel ist vielleicht die Praxis des „human megaphone“ oder „people’s mic“, welche sich im Rahmen von Occupy etablierte, nachdem den Protestierenden der Zugang zu elektronischen Verstärkern verwehrt wurde. Das „human megaphone“ basiert auf der Beteiligung aller in Verkündungen und bestärkt damit die horizontale Organisation der Besetzung, gleichzeitig diszipliniert es Sprecher:innen klar und deutlich zu sprechen, was ebenfalls eine inklusive Wirkung haben kann.

Stummer: *Warum soll man sich gerade jetzt mit politischer Vorstellungskraft beschäftigen? Wem ist sie abhanden gekommen? Oder anders gefragt: Wodurch wird sie womöglich klein und unwirksam gehalten und was verspricht ihr euch von ihrer Stimulation?*

Sergej Seitz: Ausgangspunkt unseres Projekts ist die allgegenwärtige Rede von einer Krise der Demokratie. Diese Krise wurde auf viele verschiedene Weisen bestimmt: als Repräsentations- und Legitimationskrise, als „autoritäre Wende“ oder als „postfaktisches Zeitalter“, in dem Fakten und Wahrheit an Bedeutung verlieren. Wir vertreten die Auffassung, dass die Krise der Demokratie auch und wesentlich eine Krise politischer Imagination darstellt. Jahrzehnte neoliberal-kapitalistischer Hegemonie haben zu einer Verengung unseres gesellschaftlichen Möglichkeitssinns geführt. Es scheint heute zunehmend schwierig, sich radikale demokratische Alternativen zum Status quo bzw. zum Minimalmodell liberal-kapitalistischer Demokratie vorzustellen. Wenn wir von einer Krise der Imagination sprechen, haben wir also in erster Linie eine Krise der *demokratischen* Imagination vor Augen. Die demokratische Imagination ist eine Einbildungskraft, die sich darauf richtet, wie demokratische Verfahren, Institutionen und Lebensformen radikalisiert werden können. Daher wenden wir uns aktuellen politischen und künstlerischen Projekten zu, die versuchen, im Hier und Jetzt demokratische Zukünfte zu präfigurieren. Damit möchten wir zugleich einem verbreiteten Defätismus entgegentreten, der diese realen Anstrengungen, Demokratie zu erweitern und zu vertiefen, gar nicht im Blick hat und nur

die Anzeichen des Verfalls sieht. Wir erhoffen uns dabei nicht nur einen verstärkten Dialog zwischen der akademischen Theoriebildung und den Selbstverständigungsprozessen innerhalb politischer Bewegungen (wir sprechen dabei von „organischer Theoriebildung“), sondern auch, dass die gelebte aktivistische Vorstellungskraft die akademische und gesellschaftliche Auseinandersetzung zur Zukunft der Demokratie positiv beeinflusst.

Stummer: *Die Frage der ‚Einbildungskraft‘, wie du sagst, ist ja zentral im Projekt. Der Frage nachgehend, von wo aus sie sich speist, habt ihr im ideengeschichtlichen Subprojekt das Archiv als Imaginationsreservoir identifiziert und begeht euch unter anderem auf die Suche nach ‚vergessenen Institutionen‘. Welche Rolle spielt Ideengeschichte für das Projekt und wie identifiziert ihr potentiell spannende Institutionen?*

Sara Gebh: Dieses Teilprojekt ist aus der Intuition entstanden, dass man nicht zwangsläufig das Rad völlig neu erfinden muss, um sich alternative demokratische Zukünfte vorstellen zu können. Oft wird Ideengeschichte nur als Ansammlung vergangener Argumente verstanden; als ein Kanon, den man im Grundstudium irgendwann mal lernen muss, der aber kaum etwas für unsere Gegenwart, geschweige denn für unsere Zukunft zu sagen hat. Wir wollen stattdessen die Geschichte politischer Ideen bzw. genauer: die Geschichte von Ideen über politische Institutionen als Ressource für die Bearbeitung der Projektfrage nutzen, wie Demokratie anders gestaltet sein könnte. Es geht also um so etwas wie eine Reaktivierung des institutionellen Gedächtnisses: Welche Institutionen gab es mal, deren emanzipatorisches Potenzial heute aber völlig vergessen ist? Welche institutionellen Utopien wurden diskutiert, sind aber nie realisiert worden? Und welche bestehenden Institutionen hatten vielleicht früher einen völlig anderen Zweck als heute? Ziel ist es, ein möglichst großes und diverses Archiv von ‚vergessenen Institutionen‘ anzulegen – mit Beispielen aus den verschiedensten historischen Perioden und geographischen Regionen – und zu zeigen, inwiefern in ihnen noch nicht ausgenutztes demokratisierendes Potenzial schlummert.

Stummer: *Könntest du bereits eine vergessene Institution aufspüren und falls ja, wie könnte sie in gegenwärtige liberal-demokratische Strukturen intervenieren?*

Sara Gebh: Sogar wenn man die ideengeschichtlichen Klassiker:innen westlichen politischen Denkens genau liest, stolpert man automatisch sowohl über Vorschläge für Institutionen als auch über historische Institutionen, die wir uns heute kaum noch als Teil des liberal-demokratischen Systems vorstellen können. Sei es Thomas Jeffersons Vorschlag, die Verfassung von jeder Generation neu ratifizieren zu lassen, das hieß für ihn alle 34 Jahre, oder so etwas wie der Ostrazismus oder das Scherbengericht im antiken Athen, das jemanden, der zu mächtig geworden war, für eine bestimmte Anzahl von Jahren ins Exil zu verbannen ermöglichte. Was bei den beiden Beispielen sofort offensichtlich wird, ist, dass wir natürlich nicht einfach eine vergessene Institution auf heute übertragen wollen. Vielmehr geht es darum auszuloten, welche demokratisierende Funktion hinter der Idee dieser Institution steht und wie sie uns als Impuls dafür dienen kann, Demokratie heute und zukünftig anders zu gestalten. Besonders wichtig ist aber, dass dieses Vorhaben, schon allein aufgrund meiner spezifischen Expertise, kollektiv gedacht werden muss. Darum laden wir immer wieder – das letzte Mal bei der „Forgotten Institutions“-Conference vom 28. bis 30. November 2024 – Wissenschaftler:innen auch aus anderen Fächern und mit anderen geographischen Foki ein, um im Sinne akademischer Arbeitsteilung eine möglichst spannende Bandbreite vergessener Institutionen zu sammeln. Wir haben zum Beispiel über die Idee der Kommune in Indonesien, Südkorea und China im 20. Jahrhundert, über Ujamaa, eine sozialistische Vision autonomer Dörfer in Tanzania, über die feministische Geschichte von Arbeiter:innengossenschaften und über die Utopie planetarischer Ädilen als globale Klimaschutz-Institution gesprochen. Ideengeschichte ist also für uns nicht nur die Rekonstruktion von Vergangenheit, sondern kann uns wichtige Anregungen für die Vision einer demokratischen Zukunft geben.

Stummer: *Dann werfen wir doch einen Blick auf diese demokratischen Zukünfte. Eine Besonderheit von PREDEF*

ist die Einbindung empirischer Forschung in ein ansonsten klar in der Politischen Theorie angesiedeltes Projekt. Womit beschäftigt sich das empirische Subprojekt und wie verschränkt ihr eure empirische Forschung mit der Theoriebildung bzw. die Theorie mit der empirischen Arbeit?

Viktoria Huegel: Eigentlich müssten wir damit beginnen, die Fragestellung kritisch unter die Lupe zu nehmen. Der Formulierung unterliegt nämlich die Idee, dass Politische Theorie sich separat von empirischer Praxis entwickelt. Verständnisse und Konzepte, wie wir sie in der Politischen Theorie adressieren, sind aber grundsätzlich Kinder ihrer Zeit, also entwickeln sie sich stets innerhalb eines bestimmten historischen Kontexts. Sie sind damit immer schon eng verknüpft mit den politischen Zuständen und genauso werden dominante Verständnisse, beispielsweise von Demokratie, von politischen Aktivistinnen und Aktivisten kritisiert und neu gedacht. Aus diesem Grund nimmt sich PREDEF als Projekt zur Aufgabe, das Wissen, welches in und durch aktivistische Praxis gewonnen wird, ernst zu nehmen und in den Mittelpunkt unserer Forschung zu stellen. Oliver Marchart hat das in einem Artikel als „organische Theorie“ bezeichnet. Unser Subprojekt Culture widmet sich nun ganz konkreten Fallstudien, die wir als besonders fruchtbare Beispiele für die Erprobung alternativer und radikaler demokratischer Praxis und die Öffnung eines neuen Möglichkeitshorizonts verstehen. Wie bereits erwähnt, arbeite ich selbst zu künstlerischem Aktivismus, Madlyn erforscht verschiedene Formen von zivilen Tribunalen und Alexander widmet sich aktivistischen Aneignungen des Formats von Klimagipfeln. Dabei nutzen wir das Format von Interviews, um mit den Leuten vor Ort ins Gespräch zu kommen. Einmal interessiert uns, welches Verständnis von Demokratie oder Gleichheit involvierte Aktivistinnen und Aktivisten haben und wie sie dieses in ihren Projekten umsetzen: Wie wurde in Bruno Latour's Théâtre des Négociations nicht-menschlichen Wesen eine Stimme gegeben? Inwiefern wird damit mit einem anthropozentrischen Gleichheitsverständnis gebrochen? Außerdem wollen wir das Potential und die Grenzen dieser Projekte besser verstehen: Hatte das Théâtre konkreten Einfluss auf den Klimagipfel 2015, den das Projekt

zu kritisieren suchte? Wenn nicht, woran lag es und welche Strategien gibt es, um solchen Formaten in Zukunft mehr Gehör zu verschaffen?

Stummer: *Damit werden wir konkret und kommen zu den Fallstudien. Könntet ihr ein, zwei der Fallstudien, an denen ihr gerade arbeitet, beschreiben und herausstellen, was sie aus Projektsicht interessant macht?*

Alexander Kurunczi: In ihrer Antwort hat Viktoria ja schon eine der Fallstudien angerissen; daran lässt sich anschließen. Denn interessant erscheint mir beispielsweise eine Formation eines - im weitesten Sinne - Klimagipfels, das den Impetus von Latours Theater-Initiative fortführt: die Embassy of the North Sea. Dieses Projekt fragt danach, wie eine Perspektivverschiebung hin zum biozentrischen Blick auf Politik und Gesellschaft sich institutionell absichern lässt. Es stellt dabei insbesondere die Frage, wie die Nordsee - ebenso wie die Lebewesen und nicht-menschlichen Entitäten, die sie bevölkern - als genuin politische Akteur:in auftreten und repräsentiert werden kann. Daran anschließend fragt die Embassy nach der Rolle, die gesellschaftlichen und juristischen Institutionen in diesem angestrebten Prozess einer Politisierung der Natur zukommt. Diese Perspektive führt also einerseits zu einer Erweiterung dessen, wer oder was als politische Handelnde verstanden werden kann - also einer Ausweitung des demos. Andererseits lässt sich auch die Aneignungspraxis des Projekts als potenziell politisch wertvoll beschreiben, werden doch die Institution der Botschaft und das politisch-juristische Netz, in dem diese verortet ist, angeeignet. In Zeiten, in denen politische Bewegungen mit dem Verhältnis zur Institution ringen, sind solche politisch-sozialen Experimente enorm wichtig für Akteur:innen, die um gesellschaftliche Transformation bemüht sind, um das eigene taktische Repertoire zu erweitern und abseits einer - sicherlich nicht immer unbegründeten - Skepsis gegenüber hegemonialen Institutionen auch darüber zu reflektieren, auszuprobieren und zu testen, in welchen Formaten sich präfigurative Praktiken verstetigen lassen. Und auch darüber hinaus führt dies zur In-Frage-Stellung der Institution, wie sie hegemonial interpretiert wird - unter den spezifischen Bedingungen der

(ökologischen) Krise, so die aktivistische These, müssen (internationale) Beziehungsweisen und ihre institutionelle Form jenseits der Fokussierung auf den Nationalstaat gedacht werden. Das adressiert dann im Übrigen auf ganz zentrale Weise auch die Gefahr eines Klima-Leviathans, wie ihn beispielsweise die EU mit den Schlagworten des ‚green growth‘ und des ‚European Green New Deal‘ imaginiert. Dabei wendet sich die Embassy aber eben nicht von der unzureichend demokratischen, unzureichend politisierten Welt ab und macht nur ihr eigenes Ding, sondern bemüht sich um Einspeisung, indem der Bezugspunkt zum bestehenden Institutionengeflecht aufrechterhalten wird: Sie werden allerdings fundamental umfunktioniert. Da zeigen sich dann exakt die Formen der Bildung und Einübung, des Trainings, die Sergej als so zentral für gegenwärtige präfigurative Praktiken beschrieben hat.

Madlyn Sauer: Wie Viktoria bereits erwähnt hat, beschäftige ich mich mit den Politiken und Praktiken zivilgesellschaftlicher Tribunale – selbstorganisierter symbolischer Strafprozesse –, in denen sich soziale Bewegungen das Format und die Autorität eines Gerichts aneignen. Solche Tribunale entstehen, wenn a) Gerichtsbarkeiten und Gesetze fehlen, um Gerechtigkeit zu gewährleisten, oder b) politischer Wille und Einsatz fehlen, die bestehenden Gesetze und Gerichtsbarkeiten zu nutzen. Daher kreisen diese Tribunale um die zentrale Frage: Wie kann das Recht, außerhalb staatlicher Rahmen, Gewalt- und Unrechtserfahrungen als Verbrechen anerkennen und sie in öffentliches Wissen und Anerkennung für die Betroffenen umwandeln? Ein gutes Beispiel hierfür ist das transnationale Permanent Peoples' Tribunal (PPT), welches ich als eine meiner Case Studies untersuche. Das PPT analysiert in einer umfangreichen Untersuchung konkrete Fälle von Verbrechen, Gräueltaten und systemischen Unrechts, begangen von staatlichen Regierungen, nationalen und internationalen Organisationen oder Unternehmen. Dabei geht es nicht nur darum, politisch und in juristischen Begriffen des Völkerrechts zu urteilen, sondern in einem gemeinschaftlichen politischen und sozialen Prozess Formen der Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit zu erproben und (wieder-)herzustellen. Genau

hierin liegt die präfigurative und damit imaginative Dimension des PPTs, die zur Einweihung des PPTs 1979 in Bologna der argentinisch-französische Schriftsteller Julio Cortázar auf den Punkt brachte. Er rief die Mitglieder auf, ihre Vorstellungskraft auf allen Gebieten bis an ihre äußerste Grenze zu treiben. Sie sollten die vielfältigsten und unvorhersehbarsten Mittel einsetzen, um jeden Rechtstext in ein Stück Leben zu verwandeln, in eine - wie er sagte - Sache voller unbändigem Leben.

Vor dem Hintergrund der Fallbeispiele, die Viktoria, Alex und ich genannt haben, zeigt sich, dass die stetig wiederholte These der Krise der Imagination sich mit Blick auf die Praxis eigentlich nicht bestätigt. Stattdessen können wir einen regelrechten Reichtum an präfigurativen, demokratischen und emanzipatorischen Imaginationen, Praktiken und selbst geschaffenen Institutionen finden, deren Wissensbestände sich jedoch häufig nicht in der Wissenschaft und Theorie abbilden. Und genau hier kommt unser Forschungsprojekt ins Spiel, das genau an dieser Schnittstelle verortet ist.

Stummer: *Im Projekt stehen mit euch Wissenschaftler:innen, die gemeinsam wohl an die 50 Jahre akademische Erfahrung unter sich versammeln. Welchen Beitrag leistet aus eurer Sicht die Universität im Allgemeinen und das Politikwissenschaftsstudium im Besonderen heute zur Präfiguration demokratischer Zukünfte? Und gibt es womöglich inneruniversitäre vergessene Institutionen, die zu erinnern sich lohnen würde?*

Sergej Seitz: Ein Schwerpunkt unseres Projekts ist die Analyse und Theorie von Gegeninstitutionen. Unter Gegeninstitutionen verstehen wir Einrichtungen, die sich gegenüber den bestehenden Verhältnissen kritisch positionieren und Räume bieten, um andere politische Verfahrens- und Beziehungsweisen zur Darstellung zu bringen. Wir denken dabei primär an die aktivistischen Institutionenentwürfe, die Viktoria, Madlyn und Alex bereits erwähnt haben, aber man kann sich natürlich auch fragen, welche kritischen und emanzipatorischen Impulse bestehende Institutionen geben können. Die Universität ist dabei ein instruktives Beispiel: Sie ist zum einen eine Institution wie jede andere - d.h. sie verteilt

Anerkennung und Privilegien und reproduziert eine gewisse Bildungselite -, aber sie ist zugleich eine Gegeninstitution, indem sie dissidenten Gedanken und Strebungen Raum gibt und uns Ressourcen zur Verfügung stellt, um uns über Alternativen und Möglichkeiten politischer Transformation zu verständigen. Gerade die Politikwissenschaft ist hier von besonderer Bedeutung, was sich auch an den engagierten Studierenden zeigt, die es ausgezeichnet verstehen - was mich in meinen Seminaren immer wieder beeindruckt -, sich über ideologische Differenzen hinweg wertschätzend und nah an der Sache auszutauschen. Im Hinblick auf die Universität kommt es darauf an, diese kostbaren, kritischen Möglichkeits- und Reflexionsräume zu bewahren und auszuweiten, gerade auch vor dem Hintergrund der immer weiter fortschreitenden Entdemokratisierung und Ökonomisierung der Universität.

Weiterführende Informationen

Homepage: <https://predef.univie.ac.at/>

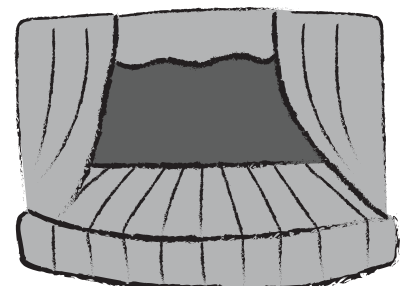
Bluesky: @poltheoriewien.bsky.social

Publikationen

Gebh, Sara & Seitz, Sergej (2024): Postfundamentalismus. Wien: facultas/UTB.

Huegel, Viktoria (2024): "Failing Splendidly" and the Price of Success: Feminist Struggle between Revolution and Reformation. *Res Publica: Revista de Historia de las Ideas Políticas* 27(1). 57-62. <https://doi.org/10.5209/rpub.92003>

Marchart, Oliver (2024): Protest, Kunst, Imagination. Zur Dialektik von Autonomie und Heteronomie im künstlerischen Aktivismus. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 37(3). 335-345. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-0030>



„Ist das Kunst, oder kann das weg?“ - Kunst als soziale Praxis

Lara Schneeweiss

Einleitung

Der Diskurs um die Grenzen der Kunst, durchwegs die Spannweite und Intensität derselben betreffend, ist ohne aufgezeigte Schnittstelle zu Politik bereits reichhaltig und dem Anschein nach restlos ausgelastet. Das Sujet erschöpft sich meist in der Erkundigung nach künstlerischem Wert oder ästhetischer Zuschreibung, ganz im Sinne der humoristischen Redewendung: „Ist das Kunst, oder kann das weg?“. Die hierdurch erfragten Grenzen der Kunst sollen das Wesen der Kunst aufzeigen. Ein Wesen, das ungebunden von Raum, einer geographischen Eingrenzung, und Zeit, einer historischen Begrenzung, besteht; und sonach einen vielmehr ontologischen Charakter besitzt. Ontologisch interpretierte Kunst ist einfach, sie ist an sich. Ab und an vermag es die Kunst an sich auch schön zu sein, meistens aber gilt sie konsistent als bloß existent. Die Bestimmung eines tatsächlichen Wertes von Kunst nach derartigen Kriterien lässt auf sich warten; und sofern die Kunst an sich nicht einzig aus dem Raum, sondern ebenso aus der Zeit gefallen ist, wohl ewig.

Der hier dargebotene Essay, in dem Versuch sich selbst als Kunstwerk in theoretischer Form zu verstehen und zu probieren, postuliert gegen ein solches Verständnis der Kunst. Die Kunst an sich wird in den folgenden Seiten als Fabel enttarnt, sofern keine Kunst getrennt von einem sozialen Zusammenhang zu finden ist. Kunstschaffende, das ins Schaffen eingebundene Material sowie die Rezipient*innen des vervollständigten Schaffensprozesses als Werk sind Teilhabende politischer Geschehnisse, insofern eine räumliche, zeitliche und demnach soziale Umgebung vorliegt. In markanter Verdeutlichung für etwaige soziale Gebundenheiten politischer Art sind patriarchale Strukturen als Mittel der Verknennung von Künstlerinnen und ihrer jeweiligen Ausdrucksform,

kriegerische Zustände als Ursache einer Knappheit von Materialien, sowie etwa die unterdrückende Eigenheit autoritärer Regime, gewisse Stimmungen und Urteile auch im künstlerischen Sinne leise zu halten, um somit die Ohren der Öffentlichkeit nicht zu erreichen, zu nennen.

Soziale Gefüge, als äußere Bestimmungen, nehmen demnach Wirkung an, sie beeinflussen. Kunst ist aber auch daher nicht vollständig erschöpft. Politische Strukturen alleine schaffen meist kaum ihre Erhaltung, geschweige denn ein künstlerisches Werk. Als weder an sich noch für sich stehend, bildet Kunst demnach eine Zwischenstufe, eine Überschneidung von Welten. So sind zwar Politik, Kunst und der dazwischenliegende Alltag als voneinander abgegrenzte Felder zu benennen; ihre Grenzen jedoch verschwimmen stets und sind durch Ambivalenz und Ambiguität gekennzeichnet. Mit Mitteln der Kunst kann Politik gemacht werden (vgl. Groß et al. 2021: 10). Die Überschneidung dieser Sektionen eröffnet interdisziplinäre Perspektiven, die auf unterschiedliche Semantiken und Valorisationen zurückgreifen (vgl. ebd.). Die Kunst etwa auf Momente des Schönen und des Schocks, die Politik etwa auf Momente des Diskurses und des Streits. Diese treten nicht einzig kontrastiv auf, sondern werden vermittelt und vermischt (vgl. ebd.); etwa in den inspirierenden Lichtblicken im Zuge eines Streitgesprächs etwas zur Sprache bringen zu wollen.

Die folgende Abhandlung verläuft in Kürze: Zunächst wird unter Bezugnahme auf Jaques Rancières *Das Unvernehmen* das Moment des Politischen aufgearbeitet. Das Moment des Künstlerischen wird unter Verweis auf Auszüge aus Friedrich Nietzsches Werk aufgebaut. Die Ambiguität im Kern beider

Formen wird frei, ohne Bestimmung gelassen und durch beispielhafte Protestformen konkretisiert.

Das Politische

Der Begriff „Das Politische“ ist im Zuge dieser Seiten nicht, wie meist, als Gegenstück zu Politik zu verstehen, sondern als Erweiterung. Dies soll der Analyse der Überschneidungen zwischen Politik und zu Kunst einen breiteren Rahmen geben.

In Tradition mit der Politischen Theorie stehend, hebt Rancière Politik als „Aktivität, die dem Prinzip der Gleichheit folgt“, (Rancière 2022: 9) hervor. Gemeint ist ein ständiger Aushandlungsprozess, eine Transformation der Gegebenheiten, welche nicht bei „Missverständnissen“ (Rancière 2022: 10) und „Verkennen“ (ebd.) auf bloß sprachlicher Ebene hält, sondern körperliche Realitäten und erlebte, gelebte Wahrnehmungen betrifft. Auch diese verlangen nach Ausdruck. Manche fügen sich ordentlich, manche revoltieren in ihrem Sprechen, in ihrem Ausdruck, in ihrem Handeln; aber: Wer darf aufscheinen und von seiner Existenz Gebrauch machen?

Kunst kann als letzter Gestus fungieren, wenn die eigenen Worte im vorherrschenden sozialen Gefüge nicht vernommen werden.

Das Künstlerische

Das Wesen der Kunst, v.a. das Wesen der Kunst an sich, soll im Zuge dieser Zeilen nicht gesucht, gefunden und bestimmt werden. Nietzsche bietet etwa, im Gegensatz zur Kunst an sich, einen offenbarenden Blick auf die aktive Rolle von Künstler*innen in sozio-politischen Gefügen und stellt dabei Werk und Rezipient*innen zunächst in den Hintergrund.

Man stelle sich die Situation eines Treffens zweier gelebter Realitäten, einer hegemonialen und einer marginalisierten Wahrnehmung, vor. Eine von Erfahrungen der Marginalisierung betroffene Person, etwa als Teil der LGBTQI+-Community, muss gar lauter sprechen, um einen Paradigmenwechsel, eine bloße Anerkennung des eigenen Lebens zu beanspruchen. Ebenda wirkt Kunst nach Nietzsche. Künstlerische Tätigkeit vermag es im Zuge ihres Schaffensprozesses Werte neu zu bestimmen oder eine solche „Umwertung aller Werte“ (Nietzsche 2022: 84) zumindest zu verlangen und auszudrücken.

Kunst, die am Rande der Gesellschaft entsteht, ist eine Konfrontation mit bestehenden Normen und Werten, eine Gegeninstitution, die sich entgegen einer Vorherrschaft behauptet. Darin liegt ihr Wert.



“Politics thwarting the logic of rule” („Politik durchkreuzt die Logik der Herrschaft“), 16-sheet billboard. Installation view: „Police“, Landesgalerie Linz am Oberösterreichischen Landesmuseum, Linz, 2005

Ambiguität im Kern

Zumindest liegt darin, im marginalisierten Kunstschaffen, die politische Wertigkeit. Nach diesem Verständnis sind Kunst und Politik keine getrennten Phänomene, vielmehr bedingen sie einander gegenseitig. Kunst ist stets politischer Ausdruck, entgegengesetzter Ausdruck, und dabei als Polemik gegen bestehende Ordnungen zu sehen. Zugleich stellt diese Entgegensetzung keinen absoluten Bruch dar, insofern Kunstwerke sozial gebunden und geprägt durch Ort und Zeit des Schaffens sind. Sonach kann zeitgemäße Kunst, trotz etwaiger kritischer Positionierung dem Deckmantel des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht entkommen. Das zeitgleiche Bestehen von (Aus-)Bruch und Gebunden-Sein zeigt erneut die Ambiguität der sich überschneidenden Felder.

Konkretisierung durch Protest

Diese Überschneidung, die Ambiguität von Kunst und Politik kommt vor allem in zielgerichteter politischer Aktivität zu Tage. Als Protestkünstler macht sich Oliver Ressler dieses Verhältnis zu Nutze. Soziale Kontexte werden nicht passiv als gegeben angenommen, sondern mittels der eigenen künstlerischen Handlungsfähigkeit als veränderbar gekennzeichnet. Resslers Projekte etwa benennen dringliche Aspekte von Demokratie, insbesondere im Zusammenhang mit Klimagerechtigkeit; zudem nehmen sie Migration und Ökologie in den Blick. Die Arbeiten, meist in Form von Kurzfilmen zu sehen, sind ein Ausruf, ein Protest gegen politische Institutionen, die nach strukturellen Systemen der Ausbeutung und Unterdrückung laufen. Der künstlerische Aufschrei soll Widerstandsformen und Handlungsoptionen als gesellschaftliche Alternativen denkbar machen. (vgl. Ressler 2005: 10).

Fazit

Nach Abhandlung der vorliegenden Seiten ist das Wesen der Kunst an sich nicht deutlicher geworden; Kunst als eingebettet in soziale Verhältnisse und als räumlich und zeitlich gebundener Ausbruch dieser

durch politische Aktivität aber ist vermittelt. Kunst ist soziale Praxis. Kunst zeigt, Kunst spricht, Kunst protestiert.

Lara Schneeweiss ist Philosophin. Ihr inhaltliches Interesse gilt der Politischen Theorie, der Sozialphilosophie und der Kunstgeschichte.

Literatur

Groß, B., Krieger, V., Lüthy, M., & Meyer-Fraatz, A. (Hgg.). (2021): *Ambige Verhältnisse: Uneindeutigkeit in Kunst, Politik und Alltag*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag. <http://www.jstor.org/stable/j.ctv371c9bs>

Nietzsche, Friedrich (2022): *Ecce Homo. Wie man wird, was man ist*. 12. Auflage [1. Auflage 2005] München: Deutscher Taschenbuch Verlag, S. 7 - 84.

Rancière, Jacques (2022): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. [Titel der Originalausgabe: *La Mésentente. Politique et Philosophie*. (1995). Übersetzt aus dem Französischen von Richard Steurer.] 8. Auflage. [1. Auflage 2002] Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 7 - 13.

Ressler, Oliver (2005): *Alternative Economics, Alternative Societies*. Frankfurt am Main: Revolver. Archiv für aktuelle Kunst. https://www.ressler.at/wp-content/uploads/2020/04/Alternative_Economics_Alternative_Societies_kuda.org_.pdf

Abbildungsverzeichnis

Ressler, Oliver (2005): *Politik durchkreuzt die Logik der Herrschaft*. Linz: Oberösterreichisches Landesmuseum. https://www.ressler.at/de/politik_durchkreuzt/

Ohne Wahl keine Demokratie - Ohne Partizipation weder noch.

Emma Heppner, Felix Leodolter

Partizipation ist die Seele jeder Demokratie. Ohne die aktive Beteiligung der Bürger:innen gerät das Fundament demokratischer Systeme ins Wanken. Die Beteiligung an Wahlen kann in der heutigen Zeit nicht mehr der einzige Maßstab für eine funktionierende Demokratie sein. Dafür scheint auch eine lebendige Gesellschaft eine große Rolle zu spielen.

Schon in den klassischen Demokratietheorien wurde Partizipation als eines der Kernelemente von Demokratien betrachtet, allerdings häufig auf die Beteiligung an Wahlen beschränkt. So etwa in Schumpeters Theorie zur Demokratie, welche er in seinem Werk *Capitalism, Socialism and Democracy* (1943) formulierte. Für Schumpeter ist der Wettbewerb um die Stimmen der Wähler:innen das zentrale Element einer Demokratie. Dabei betonte er neben der Notwendigkeit einer politischen Elite oder Führungsschicht, dass dieser Wettbewerb für alle Bürger:innen offene, freie und faire Wahlen sowie die Möglichkeit, sich selbst zur Wahl aufstellen zu lassen, einschließt. Ebenso sieht er ein allgemeines Wahlrecht für nicht notwendig: Faktoren wie religiöse Zugehörigkeit oder Eigentum können Qualifikationen für ein solches sein (vgl. Pateman 1970: 4 f). Das Konzept der Partizipation ist in Schumpeters Theorie lediglich auf die Aufgabe des Volkes beschränkt, eine Regierung zu wählen. Der Rest der politischen Entscheidungsfindung und Umsetzung wird den gewählten Vertreter:innen überlassen. Die Partizipation der Bürger:innen beschränkt sich nach Schumpeter demnach lediglich auf die Wahl (vgl. Pateman 1970: 5).

Anders als bei Schumpeter schreibt Dahl (1971) der Partizipation in seinem Konzept der *Poliarchy* eine größere Rolle zu. Er hebt die Notwendigkeit pluralistischer Strukturen und breiterer Partizipationsmöglichkeiten hervor. Dahl zeigt,

dass Partizipation mehr sein kann als der einmalige Akt der Wahl. Vielmehr ist sie ein kontinuierlicher Prozess, getragen von verschiedensten Akteur:innen und Institutionen. *Poliarchies* beschreibt er als „regimes that have been substantially popularized and liberalized, that is, highly inclusive and extensively open to public contestation“ (Dahl 1971: 8). Zentrale Faktoren der Polyarchie sind die Möglichkeit aller Bürger:innen zur politischen Partizipation und der freie Wettbewerb um politische Macht. Dies wird garantiert durch die Formulierung von Präferenzen, das Eintreten für diese Präferenzen und die faire Gewichtung der Präferenzen im Verhalten der Regierung. Eine wichtige Rolle spielen demnach Meinungs- und Pressefreiheit und die Möglichkeit, Parteien und Interessensgruppen zu bilden, sowie Institutionen, welche abhängig von den formulierten Präferenzen der Bürger:innen sind. Auch das aktive Wahlrecht, das Recht der Wahlberechtigten, zu wählen, und das passive Wahlrecht, das Recht, sich als Kandidat:in für eine Wahl aufstellen zu lassen, sind essenziell. Diese Wahlen müssen sowohl frei als auch fair sein (vgl. Dahl 1971: 3).

Schumpeter hingegen zeigt ein pessimistisches Bild der Wähler:innen auf, welche er als desinteressiert, wankelmütig und irrational beschreibt. In einer Theorie, die auf maximale Partizipation ausgelegt ist, sieht er wenig Sinn, da in Realität nur ein kleiner Teil an Individuen die Möglichkeiten zur politischen Entscheidungsfindung auf sich nimmt (vgl. Pateman 1970: 8). Ebenso argumentiert Dahl, dass eine Steigerung der politischen Partizipation sogar gefährlich sein könnte. Bürger:innen aus niedrigen Einkommensklassen weisen die niedrigste Partizipation auf. Dafür würden sich jedoch eben in dieser sozialen Schicht die meisten Individuen mit autoritären Persönlichkeiten und Eigenschaften finden lassen. Wenn sich diese vermehrt in die Politik

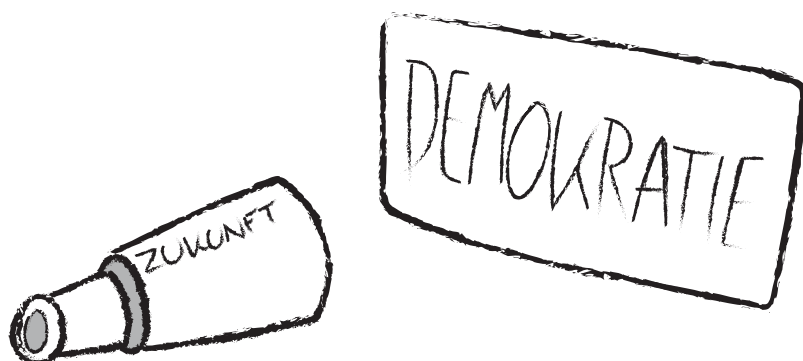
und Entscheidungsfindung einbringen würden, könnte das eine potenzielle Bedrohung für die Demokratie darstellen (vgl. Pateman 1970: 10).

Obwohl Dahl bereits ein breiteres Verständnis von Partizipation innerhalb einer Demokratie aufzeigt, so beschäftigt er sich in seinem Konzept der *Polyarchies* jedoch lediglich mit den Rahmenbedingungen von Partizipation im Sinne von politischem Wettbewerb, Entscheidungsfindung und schlussendlich der Wahl. Almond und Verba haben einen anderen Fokus. Sie nehmen in ihrem Konzept der *Civic Culture* weniger die Rahmenbedingungen, welche eine Demokratie möglich machen, ins Visier, sondern eher das Engagement der Bürger:innen. Partizipation in Demokratien wird nicht nur als institutioneller Prozess verstanden, sondern diese muss in einen sozialen und kulturellen Kontext eingebunden werden. In einer Studie, in der die beiden Politikwissenschaftler:innen quantitative Parallelumfragen in den USA, Großbritannien, Mexiko, Deutschland und Italien durchgeführt haben, legen sie ihren Fokus auf die „weichen“ Faktoren der Politik, wie Einstellungen, Mentalitäten und Werte. Dem Konzept der *Civic Culture* liegt zunächst die *Political Culture* zugrunde. Diese definieren Almond und Verba in ihrem Werk *The Civic Culture* (1965) als „das politische System, so wie es in der Wahrnehmung, den Gefühlen und Bewertungen seiner Bevölkerung verinnerlicht ist“ (Almond/Verba nach Hoppen 2012: 225).

Mit ihrem Konzept der *Civic Culture* wollten sie die Zukunftsfähigkeit der Demokratie untersuchen. Hierbei verstehen sie das Individuum, welches die kleinste Einheit der Bevölkerung darstellt, als innere Stütze der institutionellen Stabilität eines politischen Systems. Aus diesem Verständnis heraus entwickeln Almond und Verba drei Idealtypen der *Political Culture*. In der *Participant Culture* verstehen die Bürger:innen nicht nur das politische System und seine Strukturen, sondern nehmen auch aktiv am politischen Leben teil und/oder sind Mitglieder in Vereinen. Im Gegensatz hierzu ist das Individuum in der *Subject Culture*, obwohl es ausgeprägtes Wissen über das politische System verfügt, politisch passiv. Als letzte Form der *Political Culture* identifizieren sie die *Parochial Culture*. Hier fehlt

den Bürger:innen nicht nur jegliches Wissen über das politische System, sondern auch das Interesse an diesem (vgl. Hoppen 2012: 225f). Nach Almond und Verba funktioniert Demokratie dann am besten, wenn eine Mischform aus diesen drei Idealtypen der *Political Culture* vorliegt. Die *Subject Culture* und die *Parochial Culture* stellen eine Art Gegengewicht zu einer reinen *Participant Culture* dar. Das bedeutet, dass die Bürger:innen politisch aktiv und informiert genug sind, um sowohl Präferenzen als auch Forderungen gegenüber der Regierungsautorität auszudrücken. Allerdings sind sie nicht so engagiert, dass sie sich Entscheidungen dieser widersetzen. Dies verstehen Almond und Verba als die *Civic Culture*, welche nach ihnen die Grundlage für das Fortbestehen demokratischer Systeme bildet. Genau wie Dahl sehen sie politische Partizipation als notwendige Voraussetzung für das Entstehen und Bestehen einer Demokratie, allerdings muss oder sollte dies kein exzessives Ausmaß annehmen. Auch wenn sich das Konzept der *Civic Culture* international etablierte, geriet es vermehrt in Kritik. Der Hauptkritikpunkt dabei war und ist das bewusst gewählte Modell einer „passiven Bürgerschaft“ (Hoppen 2012: 226).

Almond und Verba legen in ihrem Konzept die Verbindung zwischen gesellschaftlicher Partizipation und demokratischer Stabilität offen, idealisieren hier jedoch ein Gleichgewicht zwischen aktiver Teilnahme und passiver Akzeptanz. James S. Coleman geht hier einen Schritt weiter: In seinem Konzept des *Social Capitals* versteht er soziale Netzwerke, Normen und das Vertrauen zwischen den Bürger:innen als eigenständige Ressource. Coleman betont, dass diese Ressource, die gemeinschaftlichen Werte und Verbindungen, für das Funktionieren einer Demokratie unabdingbar sind - nicht nur im



gesellschaftlichen Leben, sondern auch in politischen Prozessen.

Als einer der Begründer des *Social Capitals* beschreibt Coleman dieses eben als eine Ressource, als eine Art „Währung“, welche innerhalb und aus sozialen Netzwerken und Beziehungen entsteht. Im Gegensatz zum *Physical Capital*, das Werkzeuge, Maschinen und ähnliche materielle Gegenstände umfasst, und dem *Human Capital*, das schwieriger greif- oder veränderbare Aspekte, wie eine bestimmte Lebensweise oder wie wir Wissen weitergeben, beinhaltet, existiert *Social Capital* lediglich in und durch soziale Beziehungen. “[S]ocial capital inheres the structure of relations between actors and among actors. It is not lodged either in the actors themselves or in physical implements of production” (Coleman 1988: 98). Coleman betont in seinem Konzept des *Social Capitals* die Wichtigkeit von Erwartungen und Verpflichtungen, die sich auf die Zuverlässigkeit von Strukturen stützen. Nur durch Vertrauen können sich Menschen auf gegenseitige Unterstützung verlassen. Durch Vertrauen in die Strukturen des Systems und damit auch in andere Bürger:innen sind Menschen eher gewillt, dieser Verpflichtung der gegenseitigen Hilfe nachzukommen (vgl. Coleman 1988: 102).

Solche sozialen Beziehungen dienen ebenfalls als Kanäle zum Austausch von Information und Wissen, also von Ressourcen, die den Menschen sonst nicht zur Verfügung stehen würden. Normen und Sanktionen stellen für Coleman ebenfalls *Social Capital* dar. Sie steuern individuelles Handeln und tragen dazu bei, dass Menschen ihr eigenes Interesse dem der Gemeinschaft unterordnen. Normen können entweder verinnerlicht sein oder durch äußere Einflüsse wie zum Beispiel Sanktionen aufrechterhalten werden. Durch die Festlegung von Normen und die Verhängung von Sanktionen bei deren Nichteinhaltung werden bestimmte Verhaltensweisen gefördert, während andere unterdrückt werden (vgl. Coleman 1988: 104 f.). Mit dem Konzept des *Social Capitals* wurde der Diskurs um die Rolle von Partizipation in der Demokratie um eine soziale Komponente erweitert. Die Existenz von sozialen Netzwerken ist für den politischen Prozess unabdingbar, da sie sowohl gegenseitiges Vertrauen

als auch Kooperationsbereitschaft fördern. Dies wiederum begünstigt Engagement in demokratischen Institutionen und die Akzeptanz von kollektiven Entscheidungen. Soziale Gruppen wie Vereine bringen Menschen zusammen. Sie fungieren als eine Art „Training“ für Partizipation. Wenn auch in einem kleinen Maßstab, ermutigen sie die Menschen zur Mitbestimmung und führen sie damit an demokratische Prozesse heran (vgl. Putnam 1995: 2).

Auch Robert Putnam plädiert in seinem Text *Bowling Alone: America's Decline in Social Capital* für die Wichtigkeit von *Social Capital*. Genau wie Coleman geht er davon aus, dass das (*Financial*) *Capital* und das *Human Capital* allein nicht für ein gesundes Funktionieren der Gesellschaft und der Individuen ausreichen.

“[A] well-connected individual in a poorly connected society is not as productive as a well-connected individual in a well-connected society. And even a poorly connected individual may derive some of the spillover benefits from living in a well-connected community” (Putnam 2000: 20).

Das Vorhandensein von *Social Capital* innerhalb einer Gesellschaft fördert gegenseitige Unterstützung, Kooperation, Vertrauen und gut funktionierende sowie effektive Institutionen (vgl. Putnam 2000: 22). Putnam unterscheidet beim *Social Capital* zwischen zwei verschiedenen Arten. Das *Bonding Social Capital* hilft dabei, Solidarität zu mobilisieren. Als Beispiele hierfür nennt er etwa eine kirchliche Lesegruppe für Frauen. Das *Bridging Social Capital* hingegen hilft dabei, bestimmte Vermögenswerte wie etwa Wissen zu verteilen. Beispiel hierfür ist eine Bürgerrechtsbewegung. Diese Arten können von großem Wert sein, das *Bonding Social Capital* birgt jedoch die Gefahr, einen starken Antagonismus außerhalb der eigenen Gruppe zu schaffen (vgl. Putnam 2000: 22 f.).

Putnam beschreibt in seiner Studie Entwicklungen in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Mit Bezug auf Tocqueville argumentiert er für eine aktive Zivilgesellschaft, denn sie sei essenziell für das Bestehen der Demokratie. Die Qualität des öffentlichen Lebens und der Erfolg von sozialen Institutionen hänge maßgeblich von Normen und Netzwerken bürgerlichen Engagements ab (vgl. Putnam 1995: 1).

Unter solchen Netzwerken an Engagements würden Errungenschaften in Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit wahrscheinlicher. Wahlbeteiligung, Zeitungsleser:innenschaft, Mitgliedschaft in Chören und Fußballvereinen zeichnen eine erfolgreiche Region aus. Diese Art der organisierten Gegenseitigkeit, deren Normen und Netzwerke, und der gesellschaftlichen Teilnahme oder Nicht-Teilnahme daran, haben direkten Einfluss auf die Leistung einer repräsentativen Regierung, bemerkt Putnam in seiner Italien-Studie (vgl. Putnam 1995:2). Historische Analysen zeigen, dass Gesellschaften unter organisierter Gegenseitigkeit und Solidarität nicht bloße Begleiterscheinungen sozioökonomischer Modernisierung sind, sondern deren Voraussetzung darstellen (vgl. Putnam 1995: 2). In ihnen kann das „Ich“ in ein „Wir“ verwandelt werden. Dafür nötiges soziales Vertrauen kann durch aktive und organisierte Förderung von Kommunikation und Koordination durch solche Netzwerke entstehen, steigen und Dilemmata kollektiver Handlungsprobleme auflösen. Beispielsweise können Anreize für Opportunismus reduziert werden, wenn auch Themen aus Wirtschaft und Politik in Netzwerke sozialer Interaktion aufgenommen werden. So können Netzwerke bürgerlichen Engagements an Erfolgscharakter gewinnen und als kulturelle Vorlage für zukünftige Kooperationen dienen (vgl. Putnam 1995: 2).

Für die USA beschreibt Putnam hierzu beispielhaft die geringe Teilnahme und das geringe Engagement an Versammlungen zu Stadt- oder Schulangelegenheiten (z.B. Eltern-Lehrer-Vereinungen), politischen Kundgebungen, politischen Parteien, am kirchlichen Leben und an Gewerkschaften und Freiwilligenorganisationen. Zu guter Letzt stellt Putnam fest, dass trotz steigender Zahl an Bowler:innen diese Menschen vermehrt alleine und nicht im Verein spielen (vgl. Putnam 1995: 3f).

All diese Entwicklungen, die vor allem die Freizeit von Menschen und deren Hobbies oder Interessen abseits des Arbeitsplatzes betreffen, sind letzten Endes auch im persönlichen Leben zu erkennen. Die Bindungen innerhalb der Familie schwinden, weniger Menschen pflegen soziale Kontakte mit Nachbar:innen und die US-Amerikaner:innen vertrauen einander immer

weniger. Kurzum hat in den USA unter der damals jüngsten Generation das *Social Capital* erheblich abgenommen (vgl. Putnam 1995: 6). Mit *Bowling Alone* erweitert Robert Putnam nicht nur das Konzept des *Social Capitals*, sondern zeigt auf, wie der Niedergang eben dieses *Social Capitals* das Fundament politischer Partizipation schwächt. Kurz: Er argumentiert für eine lebendige Zivilgesellschaft, denn diese bildet die Basis für politische Partizipation und demokratische Stabilität.

Ein anderes Beispiel für den Verlust von *Social Capital* auf individueller Ebene bietet Anne Applebaum in ihrem Erfahrungsbericht *Twilight of Democracy: The Failure of Politics and the Parting of Friends* (2021). Darin schildert sie eindrücklich, wie parallel zu auseinandergehenden Freundschaften die Demokratie ins Wanken gerät. Der anfänglich in höchsten politischen Kreisen vernetzte Bekanntenkreis feierte 1999 ausschweifend Silvester, in den nachfolgenden Jahren zersplittern jedoch die individuellen Verbindungen zwischen Applebaum und ihren Freund:innen regelrecht. Dieser Verlust der Institution „Party“ auf der Ebene des persönlichen Lebens ist ähnlich wie das Vereinsbeispiel von Putnam ein Verlust an organisierter Gegenseitigkeit zum Entwickeln und Erhalten von *Social Capital*. Vermutlich setzen sich die wenigsten Freundeskreise aus so vielen einflussreichen Personen wie hier beschrieben zusammen, allerdings zeigt dieses Beispiel, welches Potenzial in dieser persönlichen Ebene steckt.

Ob in Vereinen oder Freundeskreisen, die Demokratie steht und fällt mit der Partizipation ihrer Bürger:innen. Ohne die aktive Teilhabe der Zivilbevölkerung kann sie weder ihre Versprechen für Freiheit, Gleichheit und Sicherheit halten, noch kann sie sich den aktuellen Herausforderungen einer zunehmenden Autokratisierung widersetzen. Minimalistische Ansätze, wie der von Schumpeter, die Partizipation auf den Akt des Wählens reduzieren, erscheinen in sicheren, von Stabilität geprägten Zeiten ausreichend. Allerdings können sie in einer von gesellschaftlicher Komplexität und Unsicherheit dominierten Welt nicht überzeugen. Einer Demokratie, in welcher Bürger:innen nur als

Wähler:innen verstanden werden, fehlt jegliches Fundament. Abseits der Wahl, die nur auf das „Ich“ beschränkt ist, muss es auch ein „Wir“ geben. Gerade in solch unsicheren Zeiten braucht es Mut zueinanderzufinden. Wo, wenn nicht in Familien, Freundeskreisen oder Vereinen? Bestehende strukturelle Barrieren dafür müssen gesenkt und Räume für persönliches Engagement und offene Diskussionen geschaffen werden, um eine lebendige und inklusive gesellschaftliche Ebene erstarken zu lassen. Das „Wir“ kann sich nur bilden, wenn die nötige organisierte Gegenseitigkeit gefördert wird – als ein Projekt, welches von allen gemeinsam getragen wird. Vernetzen und engagieren wir uns!

Emma Heppner und Felix Leodolter studieren Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur

Applebaum, A. (2021) *Twilight of democracy: the failure of politics and the parting of friends*. London: Penguin Books.

Coleman, J.S. (1988) Social Capital in the Creation of Human Capital, *American Journal of Sociology*, 94(1), pp. S95–S120. Available at: <https://www.jstor.org/stable/2780243> (Accessed: 14 November 2024).

Dahl, R.A. (1971) *Polyarchy: participation and opposition*. New Haven (Conn.): Yale university press (Political science).

Hoppen, J. (2012) 73. Gabriel Almond und Sidney Verba, The Civic Culture, in: C. Leggewie et al. (eds) *Edition Kulturwissenschaft*. 1st edn. Bielefeld, Germany: transcript Verlag, pp. 225–227. Available at: <https://doi.org/10.14361/9783839413272-074>.

Pateman, C. (ed.) (1970) Recent theories of democracy and the “classical myth”, in: *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 1–21. Available at: <https://doi.org/10.1017/CBO9780511720444.001>.

Putnam, R.D. (1995) Bowling Alone: America’s Declining Social Capital, *Journal of Democracy*, 6(1), pp. 65–78. Available at: <https://muse.jhu.edu/pub/1/article/16643> (Accessed: 14 November 2024).

Putnam, R.D. (2000) *Bowling alone: the collapse and revival of American community*. New York: Simon & Schuster.

Schumpeter, J.A. (2020) Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie: Mit einer Einführung von Heinz D. Kurz. 10th edn. Stuttgart, Deutschland: utb GmbH. Available at: <https://doi.org/10.36198/9783838553177>.

Recht brechen, um Recht zu schaffen

Louisa Lettow

Am 16. September 2022 wird die iranische Kurdin Jina Mahsa Amini von der iranischen Sittenpolizei in Teheran getötet. Ursache ihrer Verhaftung war der angebliche Verstoß gegen das Hijab-Gesetz, das Frauen verpflichtet, sich zu bedecken. Ihr Tod löste eine Reihe von Protesten aus, zahlreiche Frauen im Iran ignorierten die Kopftuchpflicht und international gingen Menschen solidarisch unter dem Slogan „Jin Jiyan Azadi“ (Frau, Leben, Freiheit) auf die Straße. Seit 2021 lenkt die Aktivist:innengruppe „Letzte Generation“ durch Straßenblockaden, Sprayaktionen und Hungerstreiks Aufmerksamkeit auf den Klimawandel. Ihre Aktionen stehen im medialen Diskurs stark in der Kritik (Spiegel 2024). Am 28.10.2024 besetzte die Tabaco Gemeinde Schienen von El Cerrejón im Norden Kolumbiens, um eine der größten Steinkohleminen der Welt zu blockieren (Amerika21 2024).

Was all diese Beispiele gemein haben? Sie alle sind Akte des zivilen Ungehorsams. Die Protestkultur des zivilen Ungehorsams ist und war international immer allgegenwärtig. Doch gerade aktuell gibt es immer wieder Debatten zu ihrer Legitimität. Dieser Artikel soll einen Einblick in die theoretische Grundlage und deren Aktualität bieten. Dabei stellt sich besonders die Frage, ob diese Protestform ein legitimes und wirkungsvolles Mittel im politischen Wandel ist.

Ziviler Ungehorsam

Zunächst muss festgehalten werden, dass der Begriff des „zivilen Ungehorsams“ nicht eindeutig definierbar ist, denn er ist politisch umkämpft. Allgemein lässt sich jedoch das Prinzip festhalten, dass dieser Protestakt zielgerichtet ist und aus moralischer Überzeugung passiert. Ziviler Ungehorsam beruht einerseits, wie der Begriff bereits sagt, auf „civil“ aus vom Lateinischen „civilitas“, was so viel wie bürgerschaftlich bedeutet, und andererseits auf einem Ungehorsam, der sich gegen bereits bestehende Gesetze richtet und insofern

auch als illegal bezeichnet werden kann. Doch er bricht nicht zwangsläufig gültiges Recht, in manchen Fällen fordert er auch auf, geltende Gesetze einzuhalten. Darauf beruft sich beispielsweise die „Letzte Generation“ mit ihrer Forderung, sich an das 1,5-Grad-Ziel zu halten (Letzte Generation 2024). Ziviler Ungehorsam kann also auch als Erinnerung an die Versprechen des demokratischen Rechtsstaats interpretiert werden (Akbarian 2024: S.9). Philosophische Theorien über die Frage nach einer Pflicht zum Gehorsam gehen bis weit in die Antike zurück, besonders die grundlegenden Überlegungen dazu kann man in den Bereich der Ethik einordnen. Doch nicht nur die Theorie hat eine lange Historie hinter sich, auch die Praxis des zivilen Ungehorsams geht weit zurück und kann sich einige Erfolge des gesellschaftlichen Wandels zuschreiben.

Theorie und Ethik

Um den Rahmen etwas einzugrenzen, soll hier bei Henry David Thoreaus Essay „Civil Disobedience“ angesetzt werden, welcher als Grundlage für modernes Denken über den zivilen Ungehorsam gilt. Für Thoreau gilt „Erst Mensch dann Untertan“ (Akbarian 2024: S.125); der Theoretiker lebte zu Zeiten des amerikanischen Bürgerkriegs und protestierte gegen die Sklaverei. Er selbst zahlte als Akt des Ungehorsams keine Steuern, um gegen den mexikanisch-amerikanischen Krieg zu demonstrieren. Sein Essay versucht, die Praxis nicht zu rechtfertigen, sondern betrachtet den zivilen Ungehorsam als moralische Pflicht, sich gegen Unrecht zu positionieren. Sich gegen Ungerechtigkeit aufzulehnen sieht er als Aufgabe der Bürger:innen: „Ehrliche Leute rebellieren und revoltieren“ (Thoreau 2013/1849: S.15), denn es sei ihre Pflicht als moralische Menschen. Der Bürger müsse seine Rechte einfordern, sofern es der Staat nicht tue (vgl. ebd.: S. 58). Für ihn gilt das Prinzip „Respekt vor dem Recht und nicht vor dem Gesetz“ (ebd.: S. 10) und er fordert ein „Kollektiv mit Gewissen“ (ebd.). Darin zeigt sich seine These, die

allgemein in der Theorie des zivilen Ungehorsams verbreitet ist, nämlich die Trennung von Gesetz und Recht beziehungsweise Gerechtigkeit.

Die Philosophin Hannah Arendt definiert zivilen Ungehorsam als organisierten Widerstand marginalisierter Gruppen gegen Politik und Regierung (Arendt 1969: S.133f.). Rechte würden nichts bedeuten, wenn sie nicht auch umgesetzt würden; dabei knüpft sie an die Menschen- und Bürgerrechteklärung von 1789 an. Sie begründet die Legitimation des zivilen Ungehorsams mit dem „Recht, Rechte zu haben“ (Arendt zit. nach Akbarian 2024: S.39). Marginalisierte Gruppen seien strukturell aus politischen Prozessen ausgeschlossen, ziviler Ungehorsam sei die Einforderung des Rechts auf Mitgliedschaft (ebd.). Auch der Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas begründet seine Theorie des zivilen Ungehorsams mit moralischen Grundsätzen (Habermas 1983: S.35).

In der Theorie des zivilen Ungehorsams gibt es zwei Rechtfertigungsmodelle, nämlich den liberalen Ansatz nach John Rawls und den deliberativen Ansatz nach Jürgen Habermas. Beide beschäftigen sich mit der Grenze zwischen Legalität und Legitimität der Protestform. Rawls schreibt dem zivilen Ungehorsam als politisch gesetzeswidrige Handlung die Eigenschaften der Öffentlichkeit, Gewaltlosigkeit und Gewissensbestimmtheit zu, die gewöhnlich eine Änderung der Gesetze oder der Regierungsform herbeiführen soll (Rawls: 2019/1971: S.49 - 67). Die Aufgabe des zivilen Ungehorsams sei es, Gerechtigkeit durchzusetzen und die Ordnung zu stabilisieren. Für ihn gilt, dass die Freiheit des Einen auch die Freiheit des Anderen sein muss. Der Protestakt sei gerade für Minderheiten die einzige Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen. Für die Rechtfertigung des zivilen Ungehorsams müssten jedoch zuerst alle institutionellen und rechtlichen Möglichkeiten versucht werden und nur als letztes Mittel zum aktiven Widerstand gegriffen werden. Habermas definiert den Begriff ähnlich: „Ziviler Ungehorsam ist ein moralisch begründeter Protest, dem nicht nur private Glaubensüberzeugungen oder Eigeninteressen zugrunde liegen dürfen; er ist ein öffentlicher Akt, [...] die Regelverletzung, in der sich ziviler Ungehorsam

äußert, hat ausschließlich symbolischen Charakter – daraus ergibt sich schon die Begrenzung auf gewaltfreie Mittel des Protests“ (Habermas 1983: S.35). Im Gegensatz zu Rawls zählt für Habermas der zivile Ungehorsam zum Teil zur demokratischen Praxis. Für ihn stehen Menschenrechte und Volkssouveränität auf einer Ebene und Bürger:innen hätten das Recht, Gesetze infrage zu stellen. Er stellt die These auf, ziviler Ungehorsam sei eine Neuinterpretation der Verfassung (Habermas zit. nach Akbarian 2024: S.12). Die Theorien des Liberalen und deliberativen Ansatzes unterscheiden sich weniger in ihrer Definition, sondern vielmehr in ihrer Rechtfertigung der Praxis. Rawls sieht den zivilen Ungehorsam als letztes Mittel, während Habermas ihn als Teil des demokratischen Prozesses betrachtet.

Zusammenfassen lässt sich die theoretische Grundlage des zivilen Ungehorsams als ein gemeinsamer Konsens darüber, dass der Akt des Protests öffentlich, gewaltfrei und moralisch begründet sein muss, mit dem Ziel, das bestehende Rechtssystem zu verbessern. Bei der Frage, wann dieses Mittel legitim wird, unterscheiden sich die Ansätze der Theoretiker:innen. Ziviler Ungehorsam befindet sich nämlich in einem Spannungsfeld zwischen rechtlichen Normen und moralischen Werten.

Der Staat und ziviler Ungehorsam

Wenn von zivilem Ungehorsam gesprochen wird, fällt auf, wie die Praxis innerhalb unterschiedlicher Systeme bewertet wird. Um den Rahmen etwas einzugrenzen, soll an dieser Stelle vorausgesetzt werden, dass ziviler Ungehorsam im demokratischen Kontext praktiziert wird. Wie bereits aus der Theorie hervorgegangen ist, stellt der zivile Ungehorsam staatliche Herrschaft infrage. Im Folgenden soll anhand der Klimaproteste der Letzten Generation in Deutschland die Reaktion der Regierung analysiert werden.

Die deutsche Bundesinnenministerin Nancy Faeser lehnt die „Chaos-Aktionen“ der Letzten Generation

ab und fordert rechtliche Konsequenzen. Über die Aktivist:innen-Gruppe sagt sie im Interview mit dem Spiegel: „Gefährlich, dumm und kriminell“ (Spiegel 2024). Allein in Berlin laufen tausende Verfahren gegen die Gruppierung (rbb24 2024). Zudem wurde diskutiert, ob die „Letzte Generation“ als „kriminelle Vereinigung“ gemäß § 129 StGB eingestuft werden sollte. Neben der hohen Zahl an Strafverfahren gegen die Aktivist:innen wird auch die Schärfe der Maßnahmen gegen die Letzte Generation kritisch bewertet. Kritiker:innen mahnen, dass die polizeiliche Vorgehensweise eine zu große Einschränkung von Protestrechten darstelle. So hat beispielsweise das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG), das in den letzten Jahren durch verschärfte Reformen in den Fokus gerückt ist, auch direkte Auswirkungen auf den Umgang mit zivilem Ungehorsam. Es erweitert die Befugnisse der Polizei beträchtlich und ermöglicht präventive Maßnahmen, die besonders bei Protesten und Aktionen des zivilen Ungehorsams relevant werden können. Ursprünglich wurde das PAG mit dem Argument der Terrorbekämpfung in Bayern eingeführt, Kritiker:innen der „no pag“-Kampagne sehen durch den erweiterten Aufgabenbereich der Polizei, beispielweise innerhalb der Überwachungsbefugnisse, auch einen deutlichen Eingriff in die Protestkultur. Die Partei „Die Grünen/Bündnis 90“ legte Klage gegen das PAG als verfassungsfeindlich ein. Kritiker:innen befürchten, das bayerische Polizeiaufgabengesetz erhöhe die Repressionsmöglichkeiten gegen Aktivist:innen und erschwere friedliche Proteste erheblich. So wurden beispielsweise im Jahr 2023 Mitglieder der Letzten Generation auf Basis des PAG im Hochsicherheitsgefängnis München-Stadelheim präventiv inhaftiert. Auch internationale Organisationen und NGOs wie Amnesty International verfolgen die Diskussion über zivilen Ungehorsam im Kontext des Klimaschutzes aufmerksam. Sie befürchten, dass friedliche Proteste pauschal kriminalisiert würden, und betonen, dass ziviler Ungehorsam oft ein legitimes Mittel der politischen Partizipation ist (Amnesty International 2024).

Zusammengefasst zeigt die staatliche Reaktion, dass ziviler Ungehorsam zwar im Rahmen der Meinungsfreiheit in einer Demokratie Raum haben

kann, jedoch durch den Gesetzesbruch innerhalb des demokratischen Systems mit starken Repressionen zu rechnen ist.

Praktische Fälle des zivilen Ungehorsams und deren politische Auswirkungen

Die Praxis des zivilen Ungehorsams kann nicht ohne Betrachtung der historischen Erfolge bewertet werden. Zwangsläufig stellt sich die Frage der Legitimität von Rechtsbruch. Historische Beispiele werden aus heutiger Sicht völlig anders bewertet als die aktuelle Praxis. Der zivile Ungehorsam lässt sich weit zurückverfolgen. Ein berühmtes späteres Beispiel ist Gandhis Unabhängigkeitskampf (1919-1947), welchen man durchaus zu den Erfolgen des zivilen Ungehorsams zählen kann (Spiegel 2011). Neben Gandhi gilt auch Martin Luther King als bekannter Praktiker und Theoretiker des zivilen Ungehorsams. In den 1950er bis 60er Jahren leistete er gewaltfreien Widerstand gegen die „Rassentrennung“ und Diskriminierung von Afroamerikaner*innen in der US-amerikanischen Gesellschaft. Für ihn ist Ungehorsam Ausdruck der Wahrheit als Akt der Nächstenliebe und durchaus geprägt vom Respekt vor dem Gesetz (Martin Luther King, Jr. 1963). Deutlich später schlossen die Black Lives Matter-Proteste, als Antwort auf die Ermordung von George Floyd, an den Widerstand gegen rassistische Strukturen an (bpb 2022). Seit den 1970er Jahren bis heute wurde der zivile Ungehorsam zunehmend Teil der Klimabewegung, beginnend mit der Anti-Atomkraft-Bewegung, wie der „Schlacht um Brokdorf“ 1981 (NDR 2023), bis zur Besetzung des Hambacher Forsts (Fluter 2018) und der Besetzung in Lützerath (Tagesschau 2024). Auch Organisationen wie Extinction Rebellion und die „Letzte Generation“ bedienen sich der Mittel des zivilen Ungehorsams.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ziviler Ungehorsam viele Facetten hat und historisch wie auch aktuell eng mit der Forderung nach mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit verknüpft

ist. Der historische Umriss zeigt, wie Menschen durch bewussten Gesetzesbruch politischen und gesellschaftlichen Wandel in Gang setzen konnten. Dieser Aspekt ist bei der Bewertung der aktuellen Praxis des zivilen Ungehorsams und seiner Legitimität zu beachten.

Ziviler Ungehorsam als Teil der politischen Kultur und Partizipation

Politisch und medial wird ziviler Ungehorsam aktuell als „zu radikal“ diffamiert. Diskussionen zur Legitimität des zivilen Ungehorsams im pluralistischen Demokratieverständnis sind im Kontext der Klimagerechtigkeitsbewegung dauerpräsent. Die Funktion des zivilen Ungehorsams muss auf einer rechtsstaatlichen, demokratischen und ethischen Grundlage basieren. Ziviler Ungehorsam kann auch aktuell viel bewirken. Greta Thunberg schaffte es durch ihren Schulstreik für das Klima als Minderjährige zur UN-Klimakonferenz (Spiegel 2018). Sie ist das perfekte Beispiel für das, was ziviler Ungehorsam bewirken kann. Als Minderjährige war Thunberg von konventioneller politischer Partizipation ausgeschlossen, um dennoch gehört zu werden, wählte sie den Weg des zivilen Ungehorsams und richtete ihre Wut und Enttäuschung mit wohl einem der bekanntesten Sätze der Klimabewegung „How dare you“ an die Großmächte (United Nations – UN News 2019). Sie schaffte es, global auf den Klimawandel aufmerksam zu machen. Diese Aufmerksamkeit hätte sie ohne den aktiven Protest nicht bekommen. Ziel der Protestform ist es, aufzurütteln und Menschen dazu zu bewegen, sich für ihre Prinzipien einzusetzen. Genau auf die mediale Aufmerksamkeit, die beispielsweise Thunberg mit Fridays for Future bekommen hat, setzt auch die „Letzte Generation“. Diese Praxis ist durchaus umstritten, jedoch im Sinne der medialen Präsenz wirksam. Carola Rackete, deutsche Kapitänin des Seenotrettungsschiffs Sea-Watch 3, erlangte internationale Aufmerksamkeit, als sie 2019 trotz eines italienischen Verbots gerettete Migrant:innen in den Hafen von Lampedusa brachte und dafür kurzzeitig festgenommen wurde (Zeit

Online 2021), was eine Debatte über Menschlichkeit und europäische Migrationspolitik auslöste. Sie wurde unter der Berufung auf das maritime Recht freigesprochen (ebd.). Ursprünglich kommt Rackete jedoch aus dem Umwelt-Aktivismus. Sie rechtfertigt ihren Ungehorsam damit, dass global nicht alle Menschen eine Stimme haben, obwohl auch sie ein Mitspracherecht haben sollten. Gerade im Klimakontext würde das einen großen Unterschied machen: „Wir würden keine Abholzung des Amazonas haben, wir würden keine Überschwemmungen in Bangladesch usw. haben“ (Rackete in Neubauer 2020: 43:08). Oft würden Menschen ihr sagen, sie fänden die Sache gut, nur könnten sie sich nicht mit zivilen Ungehorsam abfinden. Rackete hingegen sieht die Notwendigkeit eines sichtbaren Widerstands, da internationale Verhandlungen, Petitionen und Demonstrationen alle bereits versucht wurden. Man müsse angemessen auf die Klimakrise reagieren. Ziviler Ungehorsam habe Konsequenzen, doch die Konsequenzen des Klimawandels seien noch viel größer, den Rechtsbruch nehme sie hierfür in Kauf.

Fazit

Ziviler Ungehorsam stellt historisch wie auch theoretisch eine tief verwurzelte Form des Protests dar. Er stellt geltende Gesetze infrage und beruft sich auf einen moralischen Anspruch. Die theoretischen Ansätze von Thoreau, Arendt, Rawls und Habermas zeigen, dass ziviler Ungehorsam eine gewaltfreie, moralisch begründete und öffentlich sichtbare Handlung ist, die darauf beruht, auf gesellschaftliche Missstände aufmerksam zu machen. Seine Legitimität ist jedoch umstritten, insbesondere hinsichtlich der Frage, welche Auswirkungen seine Praxis auf die demokratische Ordnung hat. Aktuelle Beispiele wie die Aktionen der Letzten Generation verdeutlichen, wie Protestformen in demokratischen Systemen unter Repression leiden können. Gleichzeitig zeigen historische Erfolge wie der Unabhängigkeitskampf Gandhis, welches Potenzial der zivile Ungehorsam haben kann. Ziviler Ungehorsam bleibt ein umstrittenes und dennoch unverzichtbares Mittel der politischen Partizipation. Die historischen Entwicklungen, die durch zivilen Ungehorsam in Gang gebracht wurden, werden

heute positiv anerkannt. Demokratisierung muss von unten stattfinden, der zivile Ungehorsam findet genau hier seinen Raum. Gesetze sind von Menschen gemacht und daher nicht in Stein gemeißelt, die Gesellschaft verändert sich stetig. Es muss innerhalb der demokratischen Systeme Raum geschaffen werden, um Wandel zuzulassen. Zivilen Ungehorsam als Extremismus zu diffamieren kann daher keine Lösung sein. Es hat ihn schon immer gegeben und wird ihn auch immer geben. Eine Demokratie ohne zivilen Ungehorsam ist keine. Manchmal muss eben Recht gebrochen werden, damit Recht geschaffen wird.

Louisa Lettow studiert im 3. Semester Bachelor Politikwissenschaft und schreibt für das Magazin „andererseits“.

Literatur

Akbarian, Samira (2024): Recht brechen - Eine Theorie des zivilen Ungehorsams. H.C.Beck, München.

Amerika21 (30.10.2024): Kolumbien: Afro-Gemeinde streikt gegen Glencore und Kohleminen El Cerrejon, online: <https://amerika21.de/2024/10/272178/kolumbien-afro-gemeinde-gegen-glencore> (aufgerufen am 20.12.2024)

Amnesty International (22.05.2024): Deutschland: Paragraf-129-Anklage gegen Letzte Generation verschärft Kriminalisierung von Protest, online: <https://www.amnesty.de/pressemitteilung/deutschland-paragraf-129-anklage-gegen-letzte-generation-kriminalisierung-protest> (aufgerufen am 14.12.2024)

Arendt, Hannah (1969): Ziviler Ungehorsam. In: Andreas Braune (Hg.): Ziviler Ungehorsam: Texte von Thoreau bis Occupy. Reclam, Stuttgart 2017.

Bundeszentrale für politische Bildung – bpb (25.05.2022): George Floyd und Black Lives Matter, online: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/508679/george-floyd-und-black-lives-matter/> (aufgerufen am 20.12.2024)

Fluter (08.12.2018): Chronologie: Der Hambacher Forst, online: <https://www.fluter.de/chronologie-hambacher-forst-proteste> (aufgerufen am 20.12.2024)

Habermas, Jürgen (1983): Ziviler Ungehorsam - Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. In: Peter Glotz (Hrsg.), Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat. Suhrkamp, Frankfurt/M..

Letzte Generation (2024): Klimakatastrophe, online: <https://letztegeneration.org/klimakatastrophe/> (aufgerufen am 19.12.2024)

Martin Luther King, Jr. (1963): Letter from a Birmingham Jail, online: https://www.africa.upenn.edu/Articles_Gen/Letter_Birmingham.html (20.12.2024).

NDR (25.01.2023): Dem Verbot zum Trotz: Großdemo gegen AKW Brokdorf 1981, online: <https://www.ndr.de/geschichte/schauplaetze/Dem-Verbot-zum-Trotz-Grossdemo-gegen-AKW-Brokdorf-1981,brokdorfdemonstration101.html> (aufgerufen am 20.12.2024)

Neubauer Luisa (22.12.2020): 1,5 Grad - der Klimapodcast mit Luisa Neubauer [Audio-Podcast], Carola Rackete - Warum ist ziviler Ungehorsam wichtig?, online: https://open.spotify.com/episode/4zOoxlqBlvG9BSO5ZFBNvL?si=YK4jM8G2SKG_VlxdPzvrUa (zuletzt abgerufen am 20.12.2024).

Rawls, John (1971): Eine Theorie der Gerechtigkeit. 21. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt am Main 2019.

rbb24 (31.07.2024): 4.844 Verfahren gegen Klimaaktivisten in Berlin; <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/07/letzte-generation-klimaaktivisten-justiz-verfahren-.html> (aufgerufen am 14.12.2024)

Spiegel (06.04.2011): Gandhi Biografie, online: <https://www.spiegel.de/fotostrecke/gandhi-biografie-angriff-auf-einen-nationalheiligen-fotostrecke-66488.html> (aufgerufen am 20.12.2024)

Spiegel (16.12.2018): Die stärkste Rede bei der Klimakonferenz kam von der 15-jährigen Greta Thunberg, online: <https://www.spiegel.de/panorama/greta-thunberg-ihre-rede-von-der-un-klimakonferenz-geht-viral-a-orfcd42c-6d22-4cob-9e15-28523c4e094d> (aufgerufen am 20.12.2024)

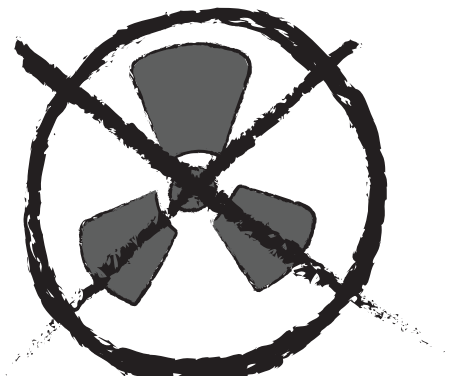
Spiegel (15.08.2024): Letzte Generation stört erneut Flugverkehr - "Gefährlich, dumm und kriminell", online: <https://www.spiegel.de/panorama/nancy-faeser-ueber-letzte-generation-gefaehrlich-dumm-und-kriminell-a-f7a91a46-906e-44e4-9add-d674d5de89d6>, (aufgerufen am 20.12.2024)

Tagesschau (11.01.2023): Lützerath und der Kampf um Kohle, online: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/luetzerath-127.html> (aufgerufen am 20.12.2024)

Thoreau, Henry David (1849): Ziviler Ungehorsam. Philipp Reclam, Stuttgart 2013.

United Nations – UN News (23.07.2019): Greta Thunberg tells world leaders 'you are failing us', as nations announce fresh climate action, online: <https://news.un.org/en/story/2019/09/1047052> (aufgerufen am 20.12.2024)

Zeit Online (19.05.2021): Verfahren gegen Kapitänin Carola Rackete eingestellt, online: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-05/carola-rackete-sea-watch-3-verfahren-eingestellt-italien-seenotrettung> (aufgerufen am 20.12.2024)



Interview: Ulrich Brand und Pascal Zwicky über öko-imperiale Spannungen und die Grenzen des Kapitalismus

Im Interview mit Pascal Zwicky, dem wissenschaftlichen Sekretär des Schweizer Think Tanks Denknetz, spricht Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik am Institut, über kapitalistische Krisendynamiken, die Wiederkehr Donald Trumps und sozial-ökologische Alternativen abseits von Grünem Kapitalismus und autoritärer Rechten.



Pascal Zwicky: 2017 ist das Buch «Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus» von dir und Markus Wissen erschienen. Ihr wurdet damit sogar zu «Spiegel Bestseller-Autoren». Was war ausschlaggebend dafür, dass ihr nun mit einem neuen Werk nachlegt?

Ulrich Brand: Im Buch von 2017 wollten wir, nach jahrelangen Vorarbeiten, den Begriff der «imperialen Lebensweise» – genauer: der «imperialen Produktions- und Lebensweise» – ausbuchstabieren. Dazu sind wir neben einer Skizze der historischen Entwicklungen seit Beginn des Kolonialismus auch auf aktuelle Debatten und Dynamiken eingegangen. Das Buch haben wir kurz nach der Pariser Klimakonferenz und der Verabschiedung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im Jahr 2015 begonnen. Wir hatten den Eindruck, dass es zwar erhebliche Limitierungen einer «grünen Ökonomie» oder eines «grünen Wachstums» gibt, auf die wir auch hingewiesen haben. Dennoch, ein – in kritischer Terminologie – «Grüner Kapitalismus» schien durchaus denkbar. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen. Ein Grüner Kapitalismus ist mit vielen Ausschlüssen verbunden, er ist klassenbasiert im Norden, patriarchal und rassistisch; neokolonial im Nord-Süd-Verhältnis und er wird die ökologische und insbesondere die Klimakrise nicht effektiv bearbeiten. Aber wir dachten damals, dass die sozialen Kräfte der «grünen» Modernisierung mehr Rückenwind hätten und

mehr erreichen könnten. Das wurde an steigenden Investitionen in erneuerbare Energien deutlich, an einem gewissen Legitimationsdruck auf das fossile Kapital. Unser Argument wurde durch die Bewegung für Klimagerechtigkeit ab 2018 und am Europäischen Grünen Deal der EU-Kommission ab Ende 2019 eher noch bestärkt. Damit hätten sich Einstiege in eine grundlegendere sozial-ökologische Transformation öffnen können.

Doch fünf Jahre später ist das anders. Die fossilen Kräfte sind im Aufwind, die Klimabewegung schwach, das Thema selbst ist trotz der zunehmenden desaströsen Auswirkungen des Klimawandels nicht ganz oben auf der politischen Agenda. In vielen Ländern gewinnen Parteien Wahlen mit einer explizit anti-ökologischen Agenda, wie jüngst in Österreich und trotz der verheerenden Überschwemmungen ein paar Wochen vor der Wahl. Auf der Ebene der Lebensweise gibt es wenig Bewusstsein, vor allem bei den Wohlhabenden – 2023 waren beispielsweise laut Internationaler Energieagentur 48 Prozent der globalen Auto-Neuzulassungen SUVs oder größer. Weil dem so ist, haben wir das Buch «Kapitalismus am Limit» geschrieben. Wir wollten eine Zeitdiagnose angesichts der unübersichtlichen Gemengelage vornehmen.

Zwicky: Du hast den für eure Arbeit in den letzten Jahren wichtigen Begriff der «imperialen Lebensweise» kurz erwähnt. Was genau steckt dahinter, was meint ihr damit?

Brand: Mein Co-Autor Markus Wissen und ich wollen auf einer allgemeinen Ebene mit der «imperialen Lebensweise» genauer verstehen, warum der sozial-ökologische Umbau so schwierig ist. Warum ist unsere industrielle, fossilistische, kapitalistische Produktions- und Lebensweise gesellschaftlich so tief verankert? Wir haben nicht umsonst in der Krise von 2008 angefangen, den Begriff auszuarbeiten, weil wir uns damals als Wissenschaftler und politisch engagierte Menschen gefragt haben: Warum wird die Chance nicht ergriffen, das Ganze in die Hand genommene öffentliche Geld in der Krise, um die Wirtschaft zu stabilisieren, nicht für den notwendigen, weitreichenden sozial-ökologischen und international einigermaßen gerechten Umbau zu nutzen, wenn doch die Probleme klar sind? Dass es etwas mit Profiten zu tun hat, mit Kapitalinteressen, mit staatlichen Politiken und den entsprechenden Machtverhältnissen ist vielen noch klar. Aber es hat eben auch etwas mit dem Arbeitsalltag und dem Lebensalltag von Menschen zu tun.

Das Imperiale, nicht das Imperialistische, ist das Ausgreifende auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Umwelt "andernorts". Dass Menschen in ihrem Konsumalltag, aber auch im Arbeitsalltag auf Güter zurückgreifen, die im Kapitalismus als Waren für Profite hergestellt werden – wenn sie essen, wenn sie sich bewegen, wenn sie kommunizieren über das Handy, wenn sie sich kleiden, wenn sie im Büro oder in der Fabrik arbeiten und Vorprodukte verwenden. Diese Waren sind in der Regel unter ökologisch und sozial schlechten Bedingungen produziert worden. Denken wir an Südchina und die dortige Handyproduktion, an die Sojaproduktion in Brasilien; wir sollten aber auch an Tönnies und die unter katastrophalen Bedingungen stattfindende Fleischproduktion in Deutschland und andernorts denken. Die Akzeptanz des Kapitalismus in der Gesellschaft hat auch etwas damit zu tun, dass es sich im Alltag der Menschen irgendwie leben lässt, und oftmals gar nicht nur schlecht. Die imperiale Lebensweise ist in gewisser Weise eine Erweiterung von Handlungsspielraum. Wenn ich das entsprechende Einkommen habe, kann ich mehr auf die Produkte des kapitalistischen (Welt-)Markts zurückgreifen. Wir betonen aber auch: Die imperiale

Lebensweise, die auch eine Produktionsweise ist, hat viel mit Zwang zu tun, mit einem Mitmachen-Müssen, doch der wird oft nicht als solcher empfunden.

Zwicky: *Bereits im Buchtitel wird ein wichtiger Teil eurer Analyse auf den Punkt gebracht: Ihr sagt, dass der Kapitalismus ans Limit, an seine Grenzen gekommen ist. Wenn ich mich etwas umschaue und etwa durch Zürich schlendere, kann ich ja aber auch zum Schluss kommen, dass der Kapitalismus trotz Krisen, die ja seit jeher zur kapitalistischen Entwicklung gehören, immer noch ein brummendes globales System ist. Inwiefern soll dieses System ans Limit gelangt sein?*

Wir argumentieren nicht, dass der Kapitalismus in naher Zukunft zusammenbricht, sondern dass es durch die Vertiefung der Klimakrise zu drei neuen Entwicklungen kommt, die das System ans Limit bringen. Zum einen waren die dominanten wirtschaftlichen und politischen Kräfte historisch immer wieder in der Lage, dass sich der Kapitalismus erneuert, dass er wieder ein dynamisches Wachstums- und Akkumulationsmodell wird. Paradigmatisch steht hier die Krise des liberalen Finanzkapitalismus, wie er sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatte, ab 1929. Durch heftige Konflikte zwischen den Mächtigen und mit den Lohnabhängigen und ihren Gewerkschaften, durch den brutalen Faschismus und Weltkrieg hindurch, entwickelte sich ausgehend von den Zentren und insbesondere den USA eine neue kapitalistische Formation, die als «Fordismus» bezeichnet wird: eine dominante Rolle der Industrie, Massenproduktion, Massenkonsum, ein in die Wirtschaft intervenierender Wohlfahrtsstaat (wenn auch von Land zu Land sehr unterschiedlich). Das hat zu einer enormen Dynamisierung des Kapitalismus geführt. Der andere Umschlagpunkt war die Krise dieser Formation in den 1970er Jahren, die – ebenfalls durch heftige Konflikte hindurch – zu dem führte, was wir später als neoliberale Globalisierung bezeichneten und was wieder hohe Wachstums- und Profitraten ermöglichte. Unser Argument ist nun, dass es aufgrund der aktuellen sich vertiefenden Krise nicht mehr zu einer dynamischen und mehr oder weniger stabilen Konstellation kommt.

Das zweite Limit besteht darin, dass für den globalen Norden eine Selbstverständlichkeit verloren geht, die für die imperiale Lebensweise kennzeichnend war: Nämlich viele ihrer sozial und ökologisch negativen Voraussetzungen und Folgen zu externalisieren, dass sich die katastrophalen Bedingungen also «andernorts», im globalen Süden manifestieren. Auch hier kein Missverständnis: Die relativ gesehen besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen im globalen Norden wurden von den Lohnabhängigen hart erkämpft. Doch sie haben eben auch den genannten Effekt. Diese Externalisierung ist in vielen Bereichen immer weniger möglich. Der Klimawandel nimmt die Normalität, fossile Energieträger politisch folgenlos zu verbrennen. Obwohl es natürlich weiterhin geschieht, aber es wird zum Konfliktfeld. Und Länder des globalen Südens, allen voran China, wollen durch die dortige Ausbreitung der «imperialen Lebensweise» ebenfalls externalisieren, wollen an die billigen Rohstoffe in anderen Regionen.

Und drittens, das sehen wir gerade aufgrund der zunehmenden Dürren, Überschwemmungen und Stürme und ihrer enormen Folgekosten, nehmen die Reparaturkosten für die Auswirkungen der ökologischen und insbesondere der Klimakrise dramatisch zu. Es müssen also nur schon enorme Ressourcen aufgebracht werden, um den vorherigen Zustand wiederherzustellen: Infrastrukturen, Häuser etc. – das bringt keinen neuen Wohlstand, sondern im besten Fall wird es wie vorher. Das Versprechen des Kapitalismus von Fortschritt und steigendem Wohlstand – zumindest für viele – gerät damit an eine Grenze.

Diese drei Limits bringen uns in eine bislang unbekannte Situation.

Zwicky: *Du hast den Neoliberalismus als letztes „Booster-Programm“ für den Kapitalismus erwähnt. Er war tatsächlich jahrzehntelang das hegemoniale Projekt, das die Welt, von den großen politökonomischen Zusammenhängen bis hin zu unserem Denken und Fühlen, maßgeblich geprägt hat. Nun scheint das neoliberale Zeitalter langsam aber sicher zu Ende zu gehen. Als Nachfolger steht der Grüne Kapitalismus in den Startlöchern, es gibt starke Kräfte, die darauf hinsteuern. Wie ordnet ihr diese Veränderungen ein?*

Brand: Zunächst lautet unsere Diagnose, dass in der Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 einige neoliberale Dogmen aufgegeben wurden. Jene der immer weiter fortschreitenden Globalisierung etwa, wobei ja ein Indikator dieser Globalisierung war, dass der Welthandel rascher wuchs als die globale Produktion. Das hat sich umgekehrt. Beides wächst, doch der Handel eben relativ gesehen geringer, was auf eine Rückverlagerung einiger Produktionsschritte an die Endproduktions- und Konsumorte hindeutet. Ein anderer Indikator sind die wachsenden industriepolitischen Interventionen des Staates, etwa in der High-Tech-Branche. Das hat viel mit der neuen geopolitischen Konkurrenz durch China zu tun. Nicht der Markt richtet den technologischen Fortschritt, sondern Verflechtungen von Staat und Kapital.

Doch es gibt auch neoliberale Kontinuitäten. Die Kapitalseite bleibt gegenüber den Gewerkschaften stark, die Individualisierung und damit einhergehend geringe politische Organisierungsbereitschaft von Menschen ist weiterhin dominant. Im Rohstoffsektor bleiben die Globalisierungstendenzen und damit die rücksichtslose Ausbeutung vieler Länder des globalen Südens bestehen.

Den Grünen Kapitalismus bezeichnen wir als Projekt herrschender politischer und wirtschaftlicher Kräfte, die einerseits die ökologische und Klimakrise ernst nehmen und andererseits die kapitalistische Wachstumsdynamik wieder anfeuern wollen. Das soll natürlich unter ihrer Kontrolle laufen. Deshalb bezeichnen wir das mit Antonio Gramsci als “passive Revolution”. Dieses Projekt setzt nun an der genannten ambivalenten “post-neoliberalen” Konstellation an, es ist Teil von Geo- und damit Industriepolitik, wird durch den aktuellen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eher zurückgeworfen. Stichwort Fracking-Gas aus den USA. Doch der Grüne Kapitalismus setzt auch an den neoliberalen Kontinuitäten an. Vermeintlich «grüne» Betriebe wie Tesla sind offen gewerkschaftsfeindlich.

Zwicky: *Wir erleben gegenwärtig einen veritablen Rechtsrutsch in zahlreichen Ländern, jüngst in den USA, aber auch in Deutschland und Österreich. Die liberale Demokratie gerät massiv unter Druck, autoritäre und teils schon*

faschistische Kräfte und Politiken erhalten breit abgestützten Support, werden «normalisiert». Finden sich im Buch von Markus und dir auch Erklärungen dafür?

Brand: Der Rechtsrutsch hat viele Ursachen, die teilweise auch länderspezifisch zu sehen sind. In Italien, Österreich und Frankreich etwa gibt es seit vielen Jahren rechts-autoritäre Kräfte, die nun offen faschistischer werden. In Deutschland ist es ein jüngeres Phänomen. Der Aufstieg hat mit der Krise der repräsentativen Demokratie zu tun, dass viele Menschen sich nicht mehr vertreten fühlen und es «denen da oben» mal zeigen wollen. Zumindest am Wahltag, (noch) weniger als breite gesellschaftliche Mobilisierung. Doch es finden durchaus Tendenzen der Faschisierung statt, wenn wir darunter eine breite Mobilisierung verstehen. Die ist weniger auf der Straße, sondern in den und durch die sozialen Medien. Der jüngste Wahlsieg von Donald Trump hat auch damit zu tun. Die autoritäre Rechte hat frühzeitig verstanden, die sozialen Medien als Echokammern zu nutzen und darin eine Form der politischen Kommunikation zu entwickeln, in denen offensichtlich für viele Menschen eigene Realitäten entstehen; in denen Lügen und Falschmeldungen nicht als solche erkannt werden bzw. auch nicht relevant sind. Das alles wird ja breit diskutiert.

In unserem Buch betonen wir zwei Aspekte. Das vorhin angesprochene Projekt eines Grünen Kapitalismus ist zum einen höchst ungleich, weil es auf dem Rücken vieler Beschäftigter und sozial Schwächerer realisiert werden soll. Der anstehende Umbau schafft Verunsicherung – und Unmut. Die Politiken der grünen Modernisierung, etwa durch das Auslaufen des Verbrenner-Autos oder ein teurer Heizungstausch, werden von vielen Menschen als sozial ungerecht empfunden – als eine Art ökologischer Austerität. Die Wohlhabenden können sich einen – oder zwei – Tesla leisten und die ganz Reichen müssen nicht auf Privatflüge und Yachten verzichten. In diese Konstellation geht die autoritäre Rechte mit ihrem zumeist anti-ökologischen politischen Angebot. Thematisiert werden der unsoziale ökologische Umbau, es werden aber auch die Klimakrise selbst geleugnet oder zumindest seine negativen Folgen heruntergespielt. Donald Trump

feiert den Verbrennungsmotor und verweist darauf, dass früher alles besser war. Auch wenn er von Tesla-Chef Elon Musk wesentlich unterstützt wird.

Ein zweiter Aspekt kann als Verteidigung der «Petro-Maskulinität» bezeichnet werden. Der Begriff wurde von Cara Daggett geprägt und will anzeigen, dass Männlichkeit ganz wesentlich mit dem fossilen Kapitalismus verbunden ist: Große Autos sind hier emblematisch. Auch da gerät was im Projekt des Grünen Kapitalismus ins Wanken und auch her verspricht die autoritäre Rechte, die guten alten Zeiten und damit einhergehenden Geschlechterverhältnisse zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die «klassische Familie» mit entsprechender geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung wird gefeiert. Auch das wird nun mit Trump gruselige Formen annehmen.

Zwicky: *Eine weitere sehr besorgniserregende Entwicklung sind die kriegeischen Auseinandersetzungen, die vielerorts aufflammen. In der Ukraine, im Nahen Osten, im Sudan. Wie passen diese schrecklichen Konflikte in das von euch gezeichnete Bild?*

Brand: Unsere Analyseperspektive ist zuvorderst eine polit-ökonomische und polit-ökologische, und wir betonen die damit einhergehenden strukturellen Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse. Das betrifft die klassenförmigen, patriarchalen und rassifizierenden Verhältnisse in unseren Gesellschaften und mehr noch auf globaler Ebene. Doch wir versuchen auch die manifeste Gewalt als Kriege zu begreifen. Dafür schlagen wir den Begriff der «öko-imperialen Spannungen» vor. Indem, wie gesagt, der Zugriff des Metropolen-Kapitalismus auf ein «Außen» zunehmend unverfügbarer und umkämpfter wird, nehmen Spannungen zu: bei Rohstoffen, bei Emissionsrechten, aufgrund der Infragestellung der westlichen Vorherrschaft und anderem. Damit nimmt auch die Gefahr von kriegeischen Auseinandersetzungen zu. Man könnte sagen, dass sich das russische Regime und seine fossile Basis nicht nur eine fossile Weltwirtschaft erhalten möchte, siehe BRICS-Staaten, die allesamt fossile Großmächte sind. Sondern es möchte sich durch einen Krieg auch ein «Außen» einverleiben.

Zwicky: Was können die progressiven Kräfte, die Linke, tun? Der Soziologe Simon Schaupp von der Uni Basel hat dieses Jahr das Buch «Stoffwechselfolitik. Arbeit, Natur und die Zukunft des Planeten» publiziert. Seine These: Weil die Arbeit quasi der Ort des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur ist, muss eine sozial-ökologische Transformation notwendigerweise eine Transformation der Arbeitswelt beinhalten. Den Schlüssel sieht er in der Überwindung der expansiven Nutzbarmachung – was einer kapitalistischen Logik natürlich diametral widerspricht. Rohstoffe müssten im Boden, Landschaften geschützt werden. Aber auch potenzielle Arbeitskraft, Arbeitsressourcen, sollten ungenutzt bleiben. Erwerbsarbeitszeitreduktion ist ein Stichwort dazu. Wie siehst du das?

Brand: Das Buch von Simon Schaupp ist vorzüglich, theoretisch, aber auch mit der eingängigen Darstellung vieler historischer Entwicklungen etwa zur Produktion und Verwendung von Beton, zum Automobilsektor, zu Fleischfabriken oder dem Stellenwert der Reproduktionsarbeit. Ein wichtiger Beitrag zur Debatte, auch politisch – und zudem sehr gut geschrieben. Er betont die Leiblichkeit von Arbeit, seinen Eigensinn bzw. Autonomie und die kleinen und großen Widerstände, wie auch von Natur. Das ist eine interessante Perspektivverschiebung, denn das «arbeitsbezogene Umweltwissen», wie Schaupp das nennt, ist schon wichtig, wenn wir emanzipatorische Veränderungen voranbringen wollen. Er hinterfragt indirekt auch die vermeintliche Allzuständigkeit der Gewerkschaften, wenn es um sozial-ökologischen Umbau und die Rolle der Beschäftigten geht. Es sollte viel stärker auf die Erfahrungen, das Wissen und die Wünsche der arbeitenden Menschen selbst – in der formellen Ökonomie und außerhalb – geachtet werden. Die Idee der Nutzlosigkeit mit den Beispielen, die du in deiner Frage nennst, als Beitrag zur Transformation finde ich überzeugend. Ich würde mehr nach den bestehenden Erfahrungen diesbezüglich sowie nach Politiken und kollektiven Akteur*innen fragen, die das vorantreiben können. Da kommen dann auch die Gewerkschaften als orientierende Instanzen für die Beschäftigten und als politische Player in den Blick. Aber das ist kein Widerspruch.

Eine kleine Irritation will ich erwähnen, weil sie mich nachdenklich macht. Interessant ist, dass ein jüngerer und kluger Wissenschaftler wie Simon Schaupp sich auf Marx, Horkheimer und Adorno bezieht, die Weiterentwicklung des Öko-Marxismus, im deutschsprachigen Raum etwa durch Elmar Altvater, oder der Kritischen Theorie im Bereich der Naturverhältnisse, vor allem durch Christoph Görg, nicht rezipiert. Aber das nur am Rande.

Zwicky: Ein weiterer Soziologe, Ingolfur Blühdorn, argumentiert in seinem neuen Buch «Unhaltbarkeit: Auf dem Weg in eine andere Moderne», dass die Rahmenbedingungen für eine sozial-ökologische Transformation gar nicht mehr gegeben seien. Sie seien quasi wegemanzipiert worden: Das moderne Individuum sei nicht mehr bereit, wirkliche Einbußen bei der eigenen Autonomie und Freiheit zugunsten eines sozialen und ökologischen Wandels in Kauf zu nehmen. Es fehle das progressive politische Subjekt für eine gesellschaftliche Transformation, einen System Change. Plädoyers dafür würden ins Leere laufen, ja sogar noch weiter zum Siegeszug der Rechten beitragen, die mit Slogans wie «Take back control» zu den neuen Fackelträgern der Freiheit geworden seien. Was antwortest du ihm?

Brand: Wir gehen in unserem Buch ausführlich auf den Ansatz der «nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit» von Ingolfur Blühdorn ein. Er macht schon einen Punkt, dass es viele Täuschungen und Aufreglichkeiten in der Nachhaltigkeitsdebatte gibt, die nicht an den Kern der Probleme ranwollen; in unserer Sprache: an die imperiale Produktions- und Lebensweise. Das Festhalten an Wachstum (eben «grün») und einer individualistisch verstandenen Freiheit ist ja wirklich ein Problem, in seinen Worten, das ist unhaltbar.

Doch er verbleibt in einer systemtheoretischen Perspektive und bezieht sich stark auf die Modernisierungstheorie von Ulrich Beck, mit dem er sich stark auseinandersetzt. Daher auch der Untertitel seines neuen Buches. Es sind nicht der Kapitalismus, die damit verbundenen Interessen, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse, sondern eben eine sich immer weiter entwickelnde Moderne, die bei ihm seit einigen Jahrzehnten angeblich «post-industriell» ist.

Dabei wird viel vereinheitlicht. Es ist etwa von «den Subjekten» die Rede, unterschieden werden allenfalls die «Mehrfachprivilegierten» und die weniger Privilegierten (bei Blühdorn der «entzivilisierte Pöbel»), wobei Letztere dann gleich den Rechtspopulisten auf den Leim gehen. Eine wahre Obsession hat Blühdorn mit dem, was er das «öko-emanzipatorische Projekt» nennt, also einer historischen Bewegung seit den 1970er Jahren, um Umweltschutz und sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben. Vielleicht meint er die damalige breite Alternativbewegung und er spricht immerzu vom «Wir», auch wenn das ja nur Teile der Gesellschaft waren. Diese Menschen von damals hätten jeden Veränderungswillen aufgegeben, sondern würden sich heute eher von der Verantwortung emanzipieren, um weiter in Saus und Braus zu leben. Da ist sicherlich auch was dran, aber in der Verallgemeinerung ist es falsch. Vor allem aber wirkt es so, als wenn diese Milieus Schuld am Zustand der Welt seien und nicht die Macht und Profitinteressen des fossilen Kapitals oder die im Staat verdichteten Interessen. Emanzipation heißt aus linker Perspektive ja zuvorderst Herrschaftskritik. Doch Blühdorn fragt nicht nach Herrschaft, sondern die Moderne ist halt, was sie ist.

Die Analyse bleibt völlig desinteressiert an aktuellen sozialen Kämpfen, Widersprüchen, Kontingenzen. Die jüngsten Klimaproteste sind bei ihm ein Abziehbild. Und als Gegenfrage: Wer ist denn das «moderne Individuum», wenn wir an Geflüchtete, Menschen in prekarierten Beschäftigungsverhältnissen denken? Oder an junge Menschen, die minimalistisch leben wollen? Das sind keine Mehrheiten, aber interessante kulturelle Entwicklungen, die stärker berücksichtigt werden sollten.

Aber solche Analysen, wie die von Blühdorn, werden vom bürgerlichen Feuilleton goutiert. Klar, man muss nicht über Reichtum und Ungleichheit, Macht und Ausbeutung sprechen.

Man könnte es zuspitzen: Während sich der Soziologe Schaupp sehr ausdrücklich für die Produktions- und Arbeitswelt interessiert und damit viel in den Blick bekommt, kommen diese Themen bei Blühdorn

nicht vor, nicht umsonst spricht er von «westlichen Konsumgesellschaften». Damit bleibt sein Blick sehr begrenzt und auch etwas abgehoben.

Zwicky: *In eurem Buch kommt ihr im letzten Kapitel auf «solidarische Perspektiven» zu sprechen. Kannst du uns am Schluss etwas zu den politischen Projekten sagen, die es deiner Ansicht nach zu verfolgen gilt? Und welche gesellschaftlichen Akteure siehst du als hoffnungsvolle Träger des benötigten sozial-ökologischen Wandels?*

Brand: Aus der sich verschärfenden sozial-ökologischen Krisendynamik heraus gibt es keinen Masterplan. Sondern sehr viele Ansatzpunkte der Politisierung von Problemen, Krisen, Machtverhältnissen – also das Aufbrechen ihrer vermeintlichen Naturwüchsigkeit. Dazu wollen wir mit dem Buch beitragen. Wir wollen also nicht «erst mal die Analyse und dann am Ende auch noch ein paar Alternativen», sondern unsere und anderen Analysen von herrschaftlichen, konfliktiven und kontingenten Dynamiken sind Teil der Suche nach Alternativen. Doch diese entstehen natürlich vor allem ganz praktisch, sind meist nicht von sozialwissenschaftlichen Analysen informiert. Deshalb skizzieren wir die beiden Projekte der anti-ökologischen autoritären Politiken einerseits und des Grünen Kapitalismus andererseits als Terrain, auf dem sich grundlegende Alternativen bewegen. Und auch die oben erwähnten öko-imperialen Spannungen sind eine zunehmend wichtige Kontextbedingung.

Unser Ansatz der «solidarischen Perspektiven» ist gespeist von der Perspektive eines «radikalen Reformismus» oder – in den Worten von Rosa Luxemburg – «revolutionärer Realpolitik». Die Initiativen und Kämpfe heute für bessere Lebensbedingungen für die Vielen und gegen die Klimakrise müssen in einen Horizont grundlegender Veränderungen gestellt werden.

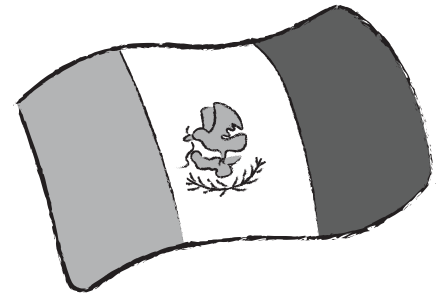
Wir plädieren gerade in diesen Zeiten autoritärer Tendenzen für eine Demokratisierung der politischen, aber auch der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wer trifft die Investitionsentscheidungen mit Folgen für 40, 50 Jahre? Wer verfügt über Vermögen und Eigentum an Produktionsmitteln? Da setzen wir an Protesten

gegen die Förderung der Braunkohle in Lützerath oder an der Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen in Berlin an. Wir argumentieren, dass ein weitreichender ökologischer Umbau die innergesellschaftliche und globale Ungleichheitsproblematik angehen muss. Da sind wir bei Stichworten wie “solidarische Begrenzungen”, “solidarische Resilienz” oder Reparationen für historisches Unrecht. Das führen wir im neuen Buch aus. Auch den Solidaritätsbegriff selbst schärfen wir. Und ganz am Ende entwickeln wir die Idee von “transformativen Zellen”, dass es nämlich neben transformativen sozialen Bewegungen, Politiken und Unternehmensleitungen auch in den Organisationen selbst progressiver Gruppen bedarf, die wirklich was anderes wollen: in Parteien, Betrieben, Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen, Kirchen, NGOs und vielen anderen.

Mit freundlicher Genehmigung von Denknetz (denknetz.ch).

Beyond Hegemony: Understanding „Horizontal Networks of Solidarity” as a Strategy for Political Autonomy

Flavia Gardavsky



Introduction

When looking at people's representation and participation in the political system of today's world, it is important to reflect on fundamental questions such as if social justice can be reached in a capitalist system, which builds upon the economic, political and social marginalization of groups of people (Kojola & Pellow 2021: 101). At the same time, introducing alternative ways of imagining *another world* (Harvey 2016) often comes along with challenges such as being questioned or having to face repression. Encouraging people to think "outside the box" and going beyond the dominant discourse is an essential part of academia and our everyday life. Enabling social change by critically assessing existing power structures and mechanisms of marginalization is more and more represented in counter-hegemonic research. The aim of this article is to focus on how to imagine „*alterpolitics*” (Melenotte 2015: 52) by looking beyond hegemonic notions of how to structure one's life and how to be governed. Hereby the central question is *how do horizontal networks of solidarity such as the Zapatismo translate practices of protest, participation and democracy into daily life practices?* The article gives a brief historical background to the Zapatista movement, a practical example of alternative organizing, by looking at its emergence and significance for protests around the world. The second part consists of a theoretical conceptualization of Zapatista self-governance with its translation into everyday life practices in the third part. The fourth part includes a brief reflection on how to learn from, transform and adapt such practices into different settings before concluding with some general thoughts.

Protest: Uprising of the Zapatista Army of National Liberation (EZLN)

The Zapatista movement emerged in Chiapas, Mexico as a reaction to the 1980's economic crisis and „so-called” structural adjustment policies such as the North American Free Trade Agreement (NAFTA), which were considered harmful to indigenous land and livelihoods. The Zapatista uprising had a broad resonance in the „anti-globalization” movement and was a source of inspiration on how to resist neoliberal policies, which aim at adopting free trade and privatization policies. As capitalist reproduction perpetuates the dependency of the Global South on the Global North, the Zapatista experience offers an example of countering exploitative and neoliberal power structures (Maldonado-Villalpando et al. 2022: 1303). This dependency often stems from (neo) colonial legacies, extractive industries and unequal global trade systems that favor existing power structures. Hereby, marginalized communities, such as indigenous people, are disproportionately affected by exploitative practices, such as land dispossession for multinational corporations, exploitative labor conditions, and environmental degradation (Kojola & Pellow 2021: 109).

Initially, the movement did not focus on creating autonomous, self-governing communities. The Ejército Zapatista de Liberación Nacional - the

Zapatista Army of National Liberation (EZLN) – originated in 1983 as a guerrilla organization with roots in a revolutionary Marxist group called *Las Fuerzas de Liberación Nacional* (FLN) – the National Liberation Forces. After the FLN suffered major losses due to Mexican government counterinsurgency efforts in the 1970s, a few surviving members relocated to the Lacandón Jungle in Chiapas (Todd 2019: 7).

Years of grassroots organization and recruitment among indigenous people led to the uprising on the 1st January 1994, when the EZLN launched an armed rebellion taking control of state facilities and lands across the Lacandón Jungle and nearby cities in Chiapas. The EZLN immediately supported indigenous peoples' claim for social justice and recognition inside the Mexican state (Barkin & Sánchez 2019: 1308). Since the beginning, reclaiming *campesino* (peasant) knowledge and establishing networks of political autonomy to resist the domination of colonialism, capitalism and neoliberalism, emphasized the importance of community (resilience) and collective well-being over individualism and profit (Harvey 2016: 5). The movement resonated on a global scale and inspired social justice movements all around the world. The symbolic use of the balaclava enabled „the voiceless” around the world—such as sexual, ethnic, racial, and class minorities—to identify with the indigenous people and their „common” problems (Melenotte 2015: 52). The Zapatista claim for „alterpolitics” was translated both inward, in the internal organization of the movement, insisting on self-government and autonomy, and outward, with a more general call for a politics of inclusion and emancipation of marginalized groups of people: „a world in which many worlds fit” (Melenotte 2015: 60).

Theoretical conceptualization

„Emancipation is possible in the state's 'cracks', since they allow movements to form an alternative space to state power.” (John Holloway, 2002)

In his work *„Change the World without taking Power”* published by in 2002 John Holloway engages with social movements such as the Zapatismo and its relevance for social transformation. Central to Holloway's analysis is the idea of creating „cracks” in the capitalist system – everyday practices that counter abstract, fetishized, and alienating work (Holloway 2002: 154) to resist capitalist forms of exploitation and embody alternative ways of organizing. The Greek-French philosopher and psychoanalyst Cornelius Castoriadis discusses the transformative potential of the praxis of everyday life (Castoriadis 1975). In *«L'institution imaginaire de la société»* (*The Imaginary Institution of Society*), Castoriadis examines how societies create their own norms, values, and meanings through what the author calls the „imaginary”. Rather than understanding society as a rigid system of objective laws or economic structures, Castoriadis argues that it is largely a product of collective imagination (Castoriadis 1975: 146). Such as the Zapatismo, autonomous societies generate their own symbolic meanings and institutions. Human creativity and protest can be a critical force for social transformation. Through open and democratic processes societies should recreate themselves constantly.

The concentration of power in the capitalist system significantly restricts public participation and undermines democratic practices (Dingwerth 2004: 23). As power structures are internalized, inherited norms and values become hard to question. This dynamic is exacerbated by neoliberal structures that subtly pressure individuals toward self-optimization and personal achievement, diverting focus from collective well-being and becoming a significant threat to social transformation and justice (Graeber 2015: 28). Foucault's theory of governmentality describes this as „acts of obedience” and „the conduct or activity meant to shape, guide or affect the conduct of people,” also known as the „conduct of conduct”, which extends beyond traditional state institutions (McKee 2009: 472). Such rigid, alienating structures allow little room for self-organization, sustaining

oppression and exploitation through predefined frameworks.

Anthropologist, lawyer, and activist Staughton Lynd critiques neoliberalism for perpetuating marginalization, exploitation, and dispossession rather than promoting individual accomplishment in industrialized societies. Lynd advocates resisting unfair policies through collective practices, direct action and solidarity. To reach social justice, it is essential to put an end to the capitalization of individuals' efficiency and self-optimization and to explore alternative ways of structuring society. In the book „*Wobblies and Zapatistas*“ he focuses on how to restore solidarity by re-establishing notions of collective action and collective responses (Lynd & Grubacic 2008: 122). Expanding this discussion, Jeffrey Juris, in „*Insurgent Encounters: Transnational Activism, Ethnography, and the Political*“, argues that challenging institutional power fundamentally involves rethinking one's relationship to obedience itself. This means activists and movements must critically examine how obedience to authority, norms, or institutional structures has been internalized in their own practices and worldviews. By rethinking obedience, individuals and collectives can begin to envision alternative modes of organizing and acting that break free from the very frameworks that uphold systemic power. Juris emphasizes that this is not merely a tactical adjustment but a profound shift in the ways power and agency are understood, practiced, and resisted within transnational activism (Juris & Khasnabish 2013: 260).

Participation: Four Aspects of Democracy and Self-governance

Mandar obedeciendo

Decentralizing decision-making processes, and therefore power, means implementing horizontal structures. The organization within horizontal, bottom-up structures allows people to participate on an equal footing. Such structures emphasize mutual

aid, basic democratic procedures and solidarity over political passivity and „patronage relations“. Solidarity is being directly translated into shared responsibility. Everyone has their roles and is part of a collective process. This creates a sense of belonging rather than forced obedience. When reading on Zapatismo and self-governance often the concept *mandar obedeciendo* is being introduced. The concept of *mandar obedeciendo* derives from a Mayan tradition and got newly interpreted by indigenous people in Latin America such as the Zapatista in Chiapas (Lynd & Grubacic 2008: 64). *Mandar obedeciendo* is a form of organization, in which the leader obeys the people, and obedience is directly linked to acts of solidarity and taking care of the community. Decision-making processes are based on a consensus. By respecting other's concerns and struggles and by engaging with them on a daily basis, people create collective responses to neoliberal structures of oppression, exploitation and dispossession.

The decision-making processes take place in regional autonomous regions called *Caracoles* (Snails), each with its own authority, called the „Good Government Council“ (*Junta de Buen Gobierno*, or JBG). This setup is meant to ensure more democratic, inclusive, and participative decision-making processes and practices of political representation. The structure includes various autonomous municipal representatives who meet weekly at the *Caracol*, with a weekly rotation. This means that each week different representatives from each municipality gather. The weekly rotation serves as a strategy to prevent power from becoming concentrated in the hands of a few (Maldonado-Villalpando et al. 2022: 1309). In addition, the desire to actively involve all members of the organization, especially across gender and generations, reinforces the sense of belonging to a common movement willing to break with patronage relations, corruption, and caciquism (Melenotte 2015: 60).

Accessibility of political representatives

State bureaucracy is often criticized for being rigid, slow and inefficient, creating barriers between citizens and decision-makers. In contrast,

the Zapatista self-governance emphasizes the accessibility of their political representatives. Zapatista representatives are available on a daily basis, allowing anyone to meet and discuss issues with them directly. This accessibility and responsiveness are opposed to the distant and impersonal nature of common state systems. The organizational structure of the JBGs is flexible and therefore able to adapt to the needs of individual municipalities and the Caracoles. This adaptability reflects Castoriadis' concept of an autonomous society as one that continuously redefines and regenerates itself rather than becoming stagnant. For example, the JBGs initially experienced challenges with their weekly rotation of representatives, as incoming members struggled to keep track of ongoing cases. To address this, they introduced a „day of transmission“ where outgoing and incoming representatives jointly review and discuss current matters, ensuring continuity and smoother decision-making processes. This practice exemplifies their commitment to self-organization and collective problem-solving, reinforcing their principles of participation, constant re-evaluation and development.

Education

Educational autonomy is realized through both new and reimagined practices to self-organization and self-management. For instance, in each Caracol, the Good-Government Councils and education commissions collectively determine the types of educational projects to be self-managed using local and international resources. They also decide how these projects will be implemented in autonomous municipalities, guided by new regulations that shape educational practices as alternatives to the official education system in Mexico (Barkin & Sánchez 2019: 1312). These practices integrate both new and customary elements, centering on the transmission and creation of practical knowledge to meet daily needs and reinforce autonomy. The pedagogies evolve organically through teaching-learning processes involving students in classrooms, communities, assemblies, collective work, and cultural exchanges.

These autonomous teaching-learning practices express the militant experience of the indigenous and peasant leaders who initiated the Zapatista political movement. Children and teenagers learn the history and actions of the movement in spaces beyond the Escuelita such as everyday family and community spaces. They learn about all organizational levels through direct participation in positions or political actions to sustain life and autonomy in their territories (Barbosa 2020: 275). This lays the ground for a just and egalitarian society, in which people are empowered to participate, govern and shape their own futures. In spaces of resistance, it all comes down to the right to make own decisions, take responsibility for those decisions, and change when needed (Marcos 2002: 34).

Skill-share and „professionalization“

Translating horizontal structures into everyday practices requires collaborative exchange of knowledge and abilities. To ensure shared responsibility and the rotation principle, individuals contribute and receive skills without a top-down authority directing the learning process. Instead of formal teaching or hierarchical training, skill-sharing in horizontal networks relies on peer-to-peer interactions, where participants learn from each other as equals. Together the communities create new notions, knowledge, practices and pedagogies which ultimately are key to (re)production of the educational and political project of the Zapatista resistance (Juris & Khasnabish 2013: 112). The organization within Caracoles means bringing different knowledge and sets of skills into communal spaces. In order to ensure knowledge transfer, members acquire skills that previously were concentrated in one group or person. Within the Zapatista communities this includes a wide range of skills. For example, indigenous *campesinos* (peasants) were professionally trained to gain bureaucratic „skills“ such as making regional registers and censuses of their populations working on the computer.

Horizontal Structures of Solidarity: A brief reflection

Socio-political disruptions caused by power imbalances and neoliberal policies are fundamental drivers of inequality and poverty. The unequal distribution of power leaves many communities without a voice in shaping policies that directly affect their lives, leading to social instability, reduced (public) trust, and weakened democratic processes. Neoliberal policies further undermine communal support by weakening local services, leaving low-income and marginalized groups struggling to access basic needs like healthcare, fair wages and housing (Tait 2011: 157). This often creates a cycle in which people facing economic hardship are blamed for their situation, while underlying structural problems remain unaddressed. These disruptions make it harder for communities to support each other and find collective solutions.

Far-right political parties instrumentalize these discontents by promoting narratives that blame marginalized groups, particularly immigrants, for economic hardship, thereby diverting attention from the structural issues within capitalism itself (Davidson & Saull 2017: 710). Parties like the „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) in Austria build support by fostering mistrust and fear to fuel „anti-immigrant“ sentiments and gain electoral traction.

In response, it is essential to build trust across different groups and look for „cracks“ in the system to leverage for change. We should ask ourselves *How to bring about social change and improve quality of life for everyone?* Although such questions may seem overwhelming, movements like the Zapatistas show that counter-hegemonic approaches can be adapted locally and put into daily practice. Bottom-up approaches like community building and self-organization offer counter-practices to exploitation and divisive rhetoric. Grassroots initiatives, local cooperatives and mutual aid networks empower communities to address their own needs independently. Inclusive and accessible

community spaces such as community centers, cafés and parks can counter mistrust and provide an alternative to far-right narratives. Organizing skill-share events, community gyms and open counselling sessions for assistance with bureaucratic procedures enhances collective well-being, communal resilience and solidarity (Gardavsky 2022: 115).

Conclusion

In a complex and hyper-globalized world, it is almost impossible to find a consistent political alternative. Even more challenging, is the translation of different sets of practices implemented in social movements. Claims for social justice accompanied by practical sets of skills require a continuous adaption, re-evaluation and development. In spaces of resistance, it all comes down to the right to make own decisions, take responsibility for those decisions, and change when needed (Marcos 2002: 34). In order to reach autonomy, it is important to reflect on hegemonic powers and one's own positionality. Most importantly, we should not accept violence and injustices if we see them. With right-wing parties and their representation in governments, there is an urgent need to enhance collective responses which build upon trust, inclusion, emancipation and shared responsibility. Such responses need to reflect the context they are being established in and therefore carefully translated. One might ask, where to start? By creating accessible spaces for protest and active participation grassroots movements can start growing in the tiniest places. Building trust, sharing responsibility and reflecting on the accessibility can enable an organic growth of networks of solidarity. I would like to conclude with a metaphor shared by a Zapatista delegate during a workshop I attended in Rome in 2021, as part of the „Gira Zapatista“ – the journey of a Zapatista delegation across Europe: Imagine the shell of a snail, the *Caracol*, beginning as a tiny spiral at its center and expanding into ever-widening circles. In the same way, any movement can start small but ripple outward, growing larger and larger as it spreads to new places across the world.

For a world of many worlds.

Flavia Gardavsky hat im Master „International Development“ mit der Spezialisierung „Politics and Governance“ studiert und integriert das gelernte Wissen im Beruf als Sozialarbeitende sowie im Rahmen politischer Arbeit und Organisation.

Literatur

Barbosa, Lia Pinheiro (2020): Pedagogías sentipensantes y revolucionarias en la praxis educativo-política de los movimientos sociales de América Latina. Revista Colombiana de Educación 1(80):269–290. <https://doi.org/10.17227/rce.num80-10794>

Barkin, David & Sanchez, Alejandra (2019): The communitarian revolutionary subject. new forms of social transformation. Third World Quarterly, 41(8), 1421–1441. <https://doi.org/10.1080/01436597.2019.1636370>

Castoriadis, Cornelius (1975): L'institution imaginaire de la société. Paris:Seuil.

Davidson, Neil, & Saull, Richard (2017): Neoliberalism and the Far-Right: A Contradictory Embrace. Critical Sociology, 43(4-5), 707–724. <https://doi.org/10.1177/0896920516671180>

Dingwerth, Klaus (2004): Democratic Governance beyond the State. Operationalising an Idea. Global Governance Working Paper No 14. Amsterdam, Berlin, Oldenburg, Potsdam: The Global Governance Project

Gardavsky, Flavia (2022): The Humanitarian Border: Encountering Border Violence on the Mediterranean and Balkan Route. Wageningen University and Research.

Graeber, David (2015): The Utopia of Rules. On Technology, Stupidity and the Secret Joys of Bureaucracy. First Melville House paperback printing.

Harvey, Neil (2016): Practicing autonomy. Zapatismo and decolonial liberation, Latin American and Caribbean Ethnic Studies, 11:1. 1–24

Holloway, John (2002): Change the World Without Taking Power. A Meaning of Revolution Today. London: Pluto Press.

Juris, Jeffrey S. & Khasnabish, Alex (2013): eds. Insurgent Encounters: Transnational Activism, Ethnography, and the Political. Duke University Press, 2013. <https://doi.org/10.2307/j.ctv1131b6k>.

Kojola, Erik & Pellow David N. (2021): New directions in environmental justice studies. examining the state and violence, Environmental Politics, 30:1-2, 100–118

Lynd, Staughton & Grubacic, Andrej (2008): Wobblies and Zapatistas. Conversation on Anarchism, Marxism and Radical History. PM Press

Maldonado-Villalpando, Erandi, Paneque-Gálvez, Jaime, Demaria, Federico et al. (2022): Grassroots innovation for the pluriverse. evidence from Zapatismo and autonomous Zapatista education. Sustain Sci 17, 1301–1316. <https://doi.org/10.1007/s11625-022-01172-5>

McKee, Kim (2009): Post-Foucauldian governmentality. What does it offer critical social policy analysis? Critical Social Policy, 0261-0183 100; Vol. 29(3): 465 – 486; 105180 [10.1177/0261018309105180http://csp.sagepub.com](https://doi.org/10.1177/0261018309105180http://csp.sagepub.com)

Melenotte, Sabrina (2015): Zapatista autonomy and the making of alter-native politics. Focaal – Journal of Global and Historical Anthropology, Berghahn Journals, 2015 (72), 51–63

Subcomandante, Marcos (2002): Our Word is Our Weapon. Selected Writings. Seven Stories Press.

Tait, Malcolm (2011): Trust and the Public Interest in the Micropolitics of Planning Practice. Journal of Planning Education and Research 31(2), 157–171

Todd, Allyson (2024): Creating New Spaces. Autonomous Practice in Zapatista Communities. The University of Chicago

Betonieren, Versiegeln, Verbauen – über ein Straßenbauprojekt mitten in der Klimakrise

Petra Kolb

Wir befinden uns in Niederösterreich, genauer gesagt in der Gemeinde Lichtenwörth nahe Wiener Neustadt. Ich stehe inmitten sonnenbeschienener Felder, neben mir fließt ein Fluss, die warme Fische. Es wirkt wie in einer Idylle. Doch warum hat dieser Ort in den vergangenen Jahren im lokalen Umfeld so stark an Aufmerksamkeit gewonnen? Und was hat er eigentlich mit Protesten und der Klimakrise zu tun?

An der Stelle, an der ich jetzt stehe, ist mitten in der Klimakrise der Bau einer Straße geplant, ein Straßenbauprojekt, finanziert vom Land Niederösterreich. Auf knapp 1.300 Quadratmetern soll in der Gemeinde Lichtenwörth mit dem Bau begonnen werden, ein Betonprojekt, welches als „Umfahrungs-“Straße bezeichnet wird. Die ersten Baupläne dieses Projektes gehen auf die 1950/60er Jahre zurück, ähnlich zur Lobau-Autobahn, deren Pläne aus den 1970ern stammen. Die Planung selbst verlief nicht geradlinig, sie wurde ständig neu aufgerollt, es wurden diverse Varianten ausgearbeitet, trotzdem wurden die Pläne immer wieder vergraben, in einer Schublade verstaut. Dies änderte sich mit der Wahl von Klaus Schneeberger (ÖVP) zum neuen Bürgermeister von Wr. Neustadt im Jahr 2015. Unter seiner Führung nahm das Straßenbauprojekt erneut an (holpriger) Fahrt auf. Dieses wurde einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterzogen und positiv beurteilt. Als Reaktion auf den Straßenbau

gründeten sich viele Bürger:inneninitiativen, so auch die überparteiliche Plattform „Vernunft statt Ostumfahrung“ (VsO), um gegen den Straßenbau zu protestieren, da sie negative Auswirkungen auf die Gemeinde und die umliegenden Naturgebiete befürchteten. Die Kritik verbleibt nicht bei der lokalen Bevölkerung, auch NGOs, die örtliche Kirchengemeinde sowie Teile der Klimabewegung kritisieren das Projekt scharf, denn die dort liegenden Au-Gebiete sind Teil des Schutzgebietnetzes Natura 2000². Die Kennzeichnung des Netzwerkes geht auf die Europäische Union zurück, die, um die natürliche Vielfalt und den Schutz der Natur und wichtiger Lebensräume zu gewährleisten, zwei Richtlinien (2009/147/EG und 92/43/EWG) erlassen hat. Auf Basis dieser Richtlinien sind die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, Bestimmungen zum Schutz von Arten und Lebensräumen umzusetzen. Mit der geplanten Straße würde nun eine 100 Meter breite und 11 Meter hohe Schneise auf 5 Kilometern Länge in das Schutzgebiet geschlagen werden. Soweit also zur Theorie, praktisch befinden wir uns jedoch im von Mark Fisher erklärten Zeitalter des kapitalistischen Realismus (Fischer 2009). Eine Zeit, die maßgeblich von kapitalistischen Interessen bestimmt ist, entgegen einer Orientierung an Gemeinwohl oder an einem Konzept des *Buen Vivir* (Acosta 2015), in welchem die Natur, aus sich heraus, ein Rechtssubjekt darstellt. Die Realität hier sieht also doch recht anders aus. In der kapitalistischen Realwirtschaft wurden für dieses Projekt bereits einige Privatgrundstücke aufgekauft. Für Landwirt:innen, die nicht verkaufen möchten, wurde ein Zwangsenteignungsverfahren seitens des

¹ Die Bezeichnung der „Umfahrung“ ist hierbei unter Anführungszeichen gesetzt, da die Straße um die Stadt Wr. Neustadt herum gebaut werden soll, um den Stadtverkehr und insbesondere den Durchzugsverkehr zu entlasten. Die Stadt selbst hat jedoch vielmehr ein Pendler:innenproblem. Aus vielen Gesprächen wird ersichtlich, dass die Bezeichnung der „Umfahrung“ irreführend ist, da sie eine Verkehrsentlastung suggeriert, dabei ist die Stadt eher Anfahrts- und Abfahrtspunkt, weil die Menschen aus umliegenden Gemeinden hier arbeiten oder die Kinder zur Schule oder in den Kindergarten bringen.

² Hier noch eine kurze Erklärung vorab: die Information zu diesem Artikel beziehe ich zu einem großen Teil auf persönlichen Gespräche und Interviews mit Aktivist:innen, durch meine Anwesenheit vor Ort und Teilnahme an Protesten.

Landes Niederösterreich eingeleitet. Der bekannteste ist der Bauer Johann Gribitz, in der Gegend liebevoll Hans genannt, der seinen Enteignungsbescheid gerichtlich angefochten hat und nun auf ein Urteil in letzter Instanz wartet.

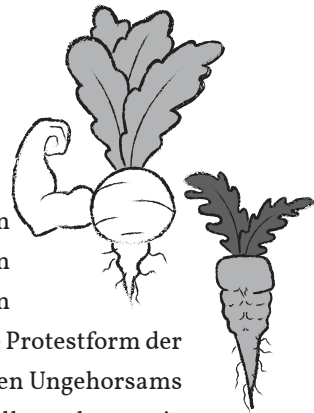
Zusätzlich zu den Bürger:inneninitiativen und der Plattform „Vernunft statt Ostumfahrung“ gibt es in Lichtenwörth ein Protestcamp, mit dem Namen „Fischa-Acker“. Im Dezember 2023 wurde ein Besetzungscamp errichtet, inklusive Baumhaus. Das Baumhaus wurde an der Stelle befestigt, an der die Trasse von der Ostumfahrung verlaufen soll (Fischa-Acker 2024). Der Grund, auf dem die Trasse gebaut werden soll, befindet sich im Besitz des Landes Niederösterreich, im Gegensatz zu den Feldern daneben, welche sich bisher noch im Privatbesitz befinden. Dieser soll nun verbaut werden, neben einer Stadt, die massiv vom Innenstadtsterben und Leerstand betroffen ist (NÖN 2023), in einem Bundesland, welches den höchsten Anteil an Bodenversiegelung und Flächeninanspruchnahme in ganz Österreich hat. Von der Gesamtfläche Niederösterreichs sind durchschnittlich etwa 52 Prozent versiegelt, das sind 854 km² (ÖROK 2022) – und das in einem Staat, der mit seiner Bodenversiegelung trauriger Europameister ist (APCC 2024). Zudem steht die Planung dieses Straßenbauprojekts im großen Widerspruch zu einer zeitgemäßen Klimapolitik und wurde im Sommer von Greenpeace in einem Ranking zum Gewinner der schlimmsten Bausünden gekürt (Greenpeace 2024).

Eine Woche nach dem katastrophalen Hochwasser im September 2024, von dem insbesondere große Teile Niederösterreichs stark betroffen waren, gaben der Wr. Neustädter Bürgermeister Klaus Schneeberger und Niederösterreichs Verkehrslandesrat Udo Landbauer (FPÖ) den Start der Baumaßnahmen für das umstrittene Großprojekt ab Herbst bekannt (Artner 2024). Jeglicher Widerstand und Argumente³

gegen den Straßenbau werden ignoriert, sobald sie die politisch Verantwortlichen erreichen. Daher griffen Aktivist:innen im November 2023 zu radikaleren Formen des Protests und besetzten das Stück Land, auf dem die Trasse der Straße errichtet werden soll.

Widerstand und Protestgemüse

Klimaaktivist:innen besetzten den Ort, um der Rodung und der geplanten Bodenversiegelung zuvor zu kommen und das Au-Gebiet zu beschützen. Die Protestform der Besetzung kann als Element des zivilen Ungehorsams eingestuft werden. Mit ihrer Handlung legen sie Widerspruch ein und schaffen Möglichkeiten für eine alternative Zukunft. Aus einer radikaldemokratischen Perspektive können sie als Ausdruck des Politischen und als Revitalisierungsbemühungen der Demokratie betrachtet werden, welche eine starre Orientierung an der Institutionenordnung herausfordern und die Ungerechtigkeiten, die in dieser Orientierung zur Normalität werden, thematisieren (Balibar 2023: 281). Die Notwendigkeit der Besetzung ergibt sich laut Selbstbeschreibung der Besetzer:innen aus dem Komplettversagen der Politik selbst (Fischa Acker 2024).



Die Besetzer:innen zeichnen sich durch vielfältige Aktionen und Aktionsformen aus, eine ungewöhnliche – der Anbau von Widerstandsgemüse. Im Winter 2024 entstand die Idee Gemüse anzubauen, kurz darauf folgte ein Folientunnel für den Anbau des Gemüses. Werfen wir einen Blick auf die dahinterliegenden Motive dieser doch recht ungewöhnlichen Form des Aktivismus: Der Gemüseanbau in dieser Gegend ist eigentlich nichts Ungewöhnliches, hier gibt es viele landwirtschaftliche Betriebe. Doch der Anbau von Protestgemüse stellt eine widerständige und wichtige Form des Aktivismus dar, damit wird aufgezeigt, inwiefern politisches Handeln auch praktische Arbeit ist. Mit dem Gemüseanbau wird Wesentliches aufgezeigt, nämlich die Tatsache (welche in unserer spätmodernen, hochindustrialisierten Gesellschaft des Globalen Nordens häufig vergessen wird), dass wir auf den Boden angewiesen sind, dieser versorgt

³ Dazu zählen Argumente wie Verlust der Biodiversität, Lebensraum und des Naherholungsgebietes sowie das bekannte Argument aus der Verkehrsplanung, „Mehr Straßen ziehen mehr Verkehr an“ und die Tatsache, dass durch den zunehmenden Flächenverbrauch der Boden zum Speichern von Wasser und CO₂ unbrauchbar wird.

uns mit Nahrungsmitteln. Die Problematik ist, dass immer mehr fruchtbarer Boden vernichtet wird und verbaut wird, mit dem Gemüseanbau wird hier auch ein Zeichen für Ernährungssouveränität gesetzt. Denn die umliegenden Äcker haben eine sehr hohe Güteklasse und sind extrem fruchtbar - es erscheint merkwürdig, dass eine Partei wie die ÖVP (die in ihrer historischen Verankerung als Bauernpartei gilt) mit dem Bauernbund als Teilorganisation, nun Bäuer:innen enteignet, während sie in der Debatte um das Renaturierungsgesetz auf EU-Ebene unter dem Slogan „Bauern schützen“ die Ernährungssouveränität und die enorme Bedeutung landwirtschaftlicher Strukturen in Österreich betont (Kapeller/Pallinger 2024).

Die Aktivist:innen bedienen sich vielfältiger Aktionsformen, mit dem Gemüseanbau als widerständige Aktivismusform, zudem betonen sie, dass jeder Verlust von Naturraum dazu beiträgt, die Auswirkungen des Klimawandels zu verschärfen.



Folientunnel für den Gemüseanbau 2024 (©: Petra Kolb)

Die österreichischen Städtetage

„Stadt fürs Leben. Nachhaltig. Innovativ. Menschlich.“ so präsentiert sich die Stadt Wiener Neustadt selbstbewusst bei den österreichischen Städtetagen in der Arena-Nova im Juni 2024. Auf dieser Veranstaltung wird über die Lage und die Zukunft

von Österreichs Städten debattiert, mit prominentem Publikum. Von Bundespräsident Alexander van der Bellen, über den Wiener Bürgermeister Michael Ludwig, bis hin zur niederösterreichischen Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klaus Schneeberger waren zahlreiche wichtige Politiker:innen anwesend. In Festreden eben dieser Politiker:innen wird die Rolle von Österreichs Städten betont, viel über das Konzept der Smart City und der klimagerechten Stadt gesprochen, wenige Kilometer von der geplanten „Umfahrungsstraße“ entfernt. Doch der Protest gegen das Straßenprojekt lässt nicht lange auf sich warten. Noch vor der Eröffnung der Festveranstaltung wird vor der Arena-Nova mit Traktoren und Bannern⁴ gegen die geplante Straße demonstriert, hier wird auch der Versuch ersichtlich, die Traktordemo (als eher rechte Bauernproteste) von linker Seite zu vereinnahmen. Zudem versuchen Aktivist:innen mitgebrachtes frisches Gemüse vom



Traktordemo 2024 (©: System Change not Climate Change)

Protestacker an Teilnehmende der Veranstaltung zu verteilen, leider relativ erfolglos.

Kurze Zeit später findet im Inneren der Halle eine Störaktion statt, um auf den Straßenbau und die damit verbundenen Gefahren im Kontext der Klimakrise aufmerksam zu machen⁵. Während der Rede des Wiener Neustädter Bürgermeisters Klaus

4 Auf diesen geschrieben steht: Acker statt Bagger, Nahrung statt Ostumfahrung, Gürkensalat statt Patriarchat und The Land to those who give Life to it.

5 Ein Video der gesamten Aktion kann hier nachgesehen werden: <https://www.instagram.com/reel/C7is8b4tHwi/>.

Schneeberger betreten Aktivist:innen mit Bannern den Bereich vor der Bühne. Auf diesen wurde der Selbstinszenierung der Stadt Wr. Neustadt als „Nachhaltig. Innovativ. Menschlich.“ folgende Fragen entgegengestellt.

„Äcker zu betonieren – nachhaltig?“

„Bäuer:innen enteignen – innovativ?“

„Mit Landbauer regieren – menschlich?“

Damit wird auf die Doppelmoral und die Selbstinszenierung der Stadt aufmerksam gemacht. Zudem informieren sie über Hintergründe der geplanten Straße und der Rodung des Natura 2000 Gebiets, während Klaus Schneeberger unbeirrt seine Ansprache fortsetzt.

Die Stimmung im Saal ist ambivalent, Staunen und Sprachlosigkeit gemischt mit Widerstand und Applaus für die Aktion. Die Aktivist:innen nehmen sich Raum, um ihre Botschaften zu überbringen,



Störaktion am österreichischen Städtetag 2024 (©: System Change not Climate Change)

bis die Moderatorin die Protestaktion mit folgenden Worten unterbricht: „Stopp, stopp, ihr habt's jetzt eure Botschaft rübergebracht“. Die Aktivist:innen werden von Securities der Arena-Nova aus der Halle begleitet und verlassen mit den Rufen „Acker statt Bagger“ die Räumlichkeiten.

Seit den Aktionen im Juni 2024 überschlagen sich die Ereignisse, zweimal schon wurde versucht, das Protestcamp gewaltsam zu räumen: Einmal im August und ein weiteres Mal im Oktober dieses Jahres, wobei bereits zahlreiche Bäume des Schutzgebietes

gerodet wurden. Gefolgt von Protestaktionen wie einer Fahrraddemo, einer Lichterkette und Demonstrationen gegen die Rodung und das unbeirrte Fortschreiten des Straßenprojektes inmitten der Klimakrise. In einem persönlichen Gespräch mit einer Aktivistin von VsO wirft sie beim Thema der Ernährungssouveränität folgende Frage auf: „Woher kommen regionale Lebensmittel eigentlich noch, wenn wir alles zubetonieren?“ Eine Frage, über die ich lange nachdenke, besonders in Zeiten, in denen die regionale Versorgung vermehrt ins Zentrum von Diskussionen rückt. Aber der Widerstand gegen das Betonprojekt lebt, Aktivist:innen sind immer noch Vor-Ort, bereit den verbliebenen Naturraum zu schützen [Stand Nov. 2024]. Daher möchte ich mit dem Poem des griechischen Literaten Dinos Christianopoulos schließen, der gesagt hat „*They tried to bury us, but they didn't know we were seeds*“. Bei der Hoffnung ist es wie mit dem Gemüse – wenn man ihre Samen vergraben zu wissen glaubt, beginnt sie zu sprießen.

Petra Kolb studiert Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung an der Universität Wien, sie interessiert sich für Aktivismus, Klimaschutz und Proteste.

Literatur

Acosta, Alberto (2025): *Buen vivir. Vom Recht auf ein gutes Leben.* München: Oekom Verlag.

Artner, Christian (02.02.2024): Mit Ostumfahrung Wr. Neustadt soll im Herbst 2024 begonnen werden. Burgenländische Volkszeitung (BVZ) <https://www.bvz.at/mattersburg/nun-bestaetigt-mit-ostumfahrung-wr-neustadt-soll-im-herbst-2024-begonnen-werden-407476614> [Zugriff: 9.12.2024].

Balibar, Etienne (2023): Einleitung: Die radikaldemokratische Theorie vom Ungehorsam als demokratischer Aneignung. Widerstand Aufstand Ungehorsam (2009): In: Braune, Andreas (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Extinction Rebellion*, S. 279-282.

Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus.* München: Oekom Verlag.

Fischer, Mark (2009): *Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?* Hamburg: VSA Verlag.

Fischa-Acker (2024): *Fischa-Acker bleibt!* <https://wald-statt-asphalt.net/fischa-acker-bleibt/> [Zugriff: 9.12.2024].

Kapeller, Lukas/ Pallinger, Jakob (19.09.2024): Was die Parteien für die Renaturierung Österreichs versprechen. Der Standard, <https://www.derstandard.at/story/3000000236963/was-die-parteien-fuer-die-renaturierung-oesterreichs-versprechen> [Zugriff: 9.12.2024].

Greenpeace (22.05.2024): "9 Plätze, 9 Betonschätze": Greenpeace sucht Österreichs katastrophalste Bausünden. Greenpeace. <https://greenpeace.at/presse/%E2%80%9D9-plaetze,-9-betonschaetze%E2%80%9D-greenpeace-sucht-oesterreichs-katastrophalste-bausuenden-bild/> [Zugriff: 9.12.2024].

Oekonews (31.07.2024): „Österreichs 9 Betonschätze": Greenpeace präsentiert die Gewinnerprojekte pro Bundesland. Oekonews. <https://www.oekonews.at/oesterreichs-9-betonschaetze-greenpeace-praesentiert-die-gewinnerprojekte-pro-bundesland+2400+1198344> [Zugriff: 9.12.2024].

NÖN (16.03.2023): Leerstand: Wr. Neustadt am stärksten betroffen. NÖN <https://noe.orf.at/stories/3199077/> [Zugriff: 9.12.2024].

Österreichische Raumordnungskonferenz (2024): 17. Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2021-2023. Wien: ÖROK.

Queerfeindlichkeit und hasskriminelle Übergriffe. Oder: Das neue Feindbild der Rechten

Wilma Johannssen

Vorwort

LGBTQI+ ist eine Abkürzung und umfasst die Geschlechtsidentitäten Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer, Intersex und weitere sexuelle Identitäten, gekennzeichnet durch das +. Entstanden ist die LGBTQI+-Bewegung, unter der sich die diverse Geschlechtsvielfalt versammelt und die sich für queere Rechte und deren Akzeptanz einsetzt, im Jahr 1969.

Eine Polizeirazzia im queeren New Yorker Club Stonewall Inn führte zu Unruhen in der Christopher Street, bei denen sich schwule, lesbische und transgender Personen gegen das Vorgehen der Polizei, die brutale Verhaftungen durchführte, wehrten (vgl. bpb: 2019).

Neben einer jährlich stattfindenden Demonstration, der Pride bzw. des Christopher Street Days, ist die Bewegung im Vergleich zur damaligen Entstehungszeit heute stark institutionalisiert und hat Einzug in die Politik und öffentliche Debatten gefunden. Es sollte dabei trotzdem nicht unerwähnt bleiben, dass cis-hetero Hegemonien stärker in gesellschaftliche Strukturen eingebettet, präsenter und damit auch breiter institutionalisiert sind. Demgegenüber sind trotz fortgeschrittener Institutionalisierung queere Geschlechtsidentitäten eher marginalisiert.

Die Wissenschaft hat sich weitestgehend von dem Konzept einer natürlichen Zweigeschlechtlichkeit verabschiedet.

In der Geschlechterforschung wurde bis in die 1990er-Jahre häufig auf eine Trennung zwischen biologischen

Geschlechtsmerkmalen unter dem Begriff Sex und den sozialen Zuschreibungen und Rollen, die mit dem Geschlecht zusammenhängen, unter dem Begriff Gender, verwiesen (vgl. Butler 1990).

Doch spätestens seit der Kritik Judith Butlers in „Das Unbehagen der Geschlechter“ (1990) an der Annahme, dass unveränderliche biologische Merkmale die Grundlage für das soziale Geschlecht bilden, wurde diese Zweiteilung in Zweifel gezogen. Die Auffassung, dass sowohl Sex als auch Gender durch Diskurse und Machtverhältnisse geprägt sind und somit biologische Komponenten ebenfalls gesellschaftlichen Einflüssen unterliegen, wurde dementsprechend in den Sozialwissenschaften breit rezipiert. Die Existenz diverser Geschlechter, die über das hetero-normative Spektrum hinausgehen und die teilweise Aufgabe der Ansicht, dass Biologie vom gesellschaftlichen Diskurs zu trennen sei, wird von einer Gegenbewegung vehement hinterfragt. Hierbei gelten vor allem die rechte Politikerin Giorgia Meloni oder Papst Franziskus und damit die katholische Kirche als zentrale Vertreter*innen (vgl. Meloni 2021, Franziskus 2015).

So entstand im Zuge der Präsenz der LGBTQI+-Bewegung in den 1990er-Jahren eine Gegenformation: das Feindbild der „Gender-Ideologie“.

Anti-Gender-Bewegung, das Feindbild der Rechten

In ihrem Essay „Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie?“

beschreibt Birgit Sauer das Aufkommen einer antifeministischen Bewegung in der vergangenen Dekade, die „unter der selbstgewählten Bezeichnung ‚Anti-Genderismus‘ gegen Gleichstellungspolitik (Gender Mainstreaming), Frauen- und Geschlechterforschung an Universitäten (Gender Studies) sowie gegen sexuelle Differenz [...] mobilisiert.“ (Sauer 2019: 339)

In einer Analyse von Wittenius (2021) wird die Demonstration gegen die gleichgeschlechtliche Ehe in Paris im Jahr 2012 als entscheidendes Momentum für die darauffolgende Ausbreitung der Bewegung gesehen.

Dabei gelten nach Sauer vor allem der Vatikan und katholische Organisationen als zentrale Akteur*innen (vgl. Sauer 2019). So wird beispielsweise in einem katholischen Schreiben vom Päpstlichen Rat aus dem Jahr 2000 eine von der ‚Gender-Ideologie‘ ausgehende Bedrohung beschrieben, die die katholischen Werte der Ehe und Familie gefährde (vgl. Päpstlicher Rat 2000).

Doch neben der anfänglich dominanten Warnung vor der ‚Gender-Ideologie‘ durch die katholische Kirche beteiligen sich in jüngster Zeit vor allem rechte Akteur*innen am Anti-Gender-Diskurs und nehmen die Ablehnung der Geschlechterdiversität und Gleichberechtigungspolitik zunehmend in ihr Programm auf (vgl. Sauer 2015).

Der Begriff ‚Gender‘ wird für die Assoziation mit verschiedenen politischen Inhalten verwendet. An die Debatte um Gender kann also auch eine anti-intellektuelle oder EU-kritische Haltung angeschlossen werden. Das macht ‚Gender‘ anschlussfähig für andere Kontroversen und zu einem sogenannten „leeren Signifikanten“ (Sauer 2019: 342). „[I]n den Auseinandersetzungen um ‚Gender‘ werden also nicht allein Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse, sondern auch Vorstellungen von Demokratie, vom Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen in Frage gestellt und neu verhandelt“ (ebd.).

Darüber hinaus analysiert Sauer die Argumentationslinien des ‚Anti-Genderismus‘. Diese verteidigen erstens eine natürliche Zweigeschlechtlichkeit, die von traditionellen Rollenbildern von Mann und Frau ausgeht und mit einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verknüpft ist. Außerdem wird auf den Schutz der heterosexuellen Kernfamilie großen Wert gelegt, die als Quelle der Gesellschaft dargestellt wird.

Zudem wird häufig ein Bedrohungsszenario für Kinder skizziert, die durch öffentliche Sexualerziehung stark bevormundet würden. Damit verbunden ist die These, dass Bürger*innen vom Staat und von Organisationen wie der EU beeinflusst und die ‚Gender-Ideologie‘ repressiv verbreitet würde. Erkennbar in dieser Diskurslinie sind rechtspopulistische Mittel, die ‚intellektuelle Eliten‘ angreifen und schuldig sprechen für die Entwicklung eines Wissenschaftsbereichs, welcher der Meinung der Bevölkerung widerspreche.

Neben den angeführten Argumentationssträngen führen jedoch noch weitere von Sauer untersuchte Praktiken und Diskurse zur Konstruktion von queerfeindlichen Positionen.

Eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen und die damit verbundene Erosion des männlichen Familienernährermodells führten in der politischen Rechten zu einer „Krise der Männlichkeit“ (Sauer 2019: 347) und damit einhergehenden Ohnmachtsgefühlen. Gegen diese Entwicklung wendet sich die Rechte reaktionär, um geschlechtsspezifische Rollenmodelle zu verteidigen.

Hasskriminalität und queerfeindliche Übergriffe

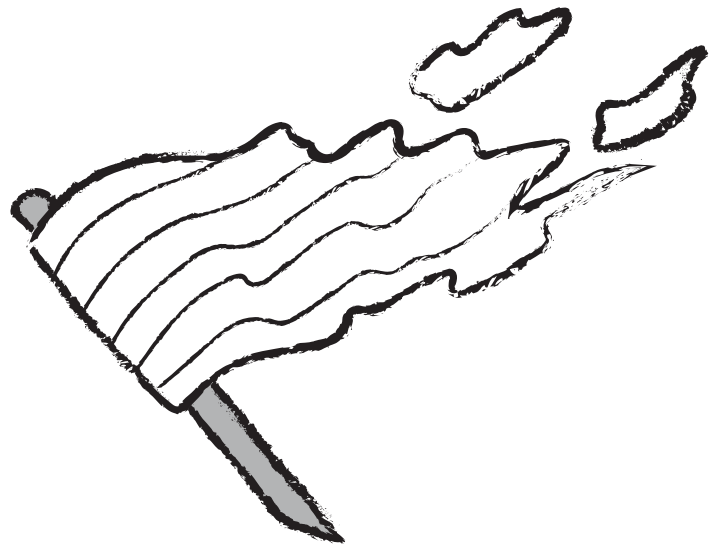
Die diagnostizierte Konfliktlinie zwischen der queeren Community und den Vertreter*innen antifeministischer Positionen führte in jüngster Zeit zunehmend zu Auseinandersetzungen. So soll beispielsweise am 15.11.2024 eine 22-jährige queere Person angegriffen, homophob beleidigt und mit Reizgas besprüht worden sein (vgl. Polizei

Berlin 2024). „Unter Queerfeindlichkeit versteht man Diskriminierungen, Anfeindungen und Straftaten, die sich gegen sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten außerhalb des cis-heteronormativen Spektrums richten“ (Pronti 2023: 114). Dabei umfasst der Begriff der Hasskriminalität, Straftaten, die nicht auf ein bestimmtes Individuum abzielen, sondern aus der Motivation heraus entstehen, ganze Bevölkerungsgruppen einzuschüchtern und zu unterdrücken. Der Begriff beschreibt Taten, die ideologisch motiviert sind und somit auch die im Grundgesetz festgeschriebenen Menschenrechte und Grundwerte eines Gemeinwesens bedrohen können (vgl. LSVD 2023). Hasskriminalität ist ein Themenfeld politisch motivierter Kriminalität, wobei erst im Jahr 2020 das Unterthemenfeld „Geschlecht/sexuelle Identität“ zu weiteren Feldern politisch motivierter Kriminalität ergänzt wurde. Laut dem Bundeskriminalamt in Deutschland verzeichnete die Kriminalstatistik im Jahr 2023 einen Anstieg von Vorfällen gegen lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen um etwa 49 Prozent und gegen trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen um etwa 105 Prozent (vgl. BMI 2024, LSVD 2023). Die Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle wird von der Berliner Polizei auf etwa 80-90 Prozent geschätzt (vgl. ebd.). Die Straftaten gegen Personen der LGBTQI+-Bewegung steigen also an und die Motivation der Kriminalität speist sich aus der Queerfeindlichkeit, weshalb eine weite Verbreitung des Feindbildes anzunehmen ist.

Lebensrealitäten der LGBTQ-Bewegung in Sachsen

Bei den Landtagswahlen im ostdeutschen Bundesland Sachsen 2024 erreichte die vom Bundesverfassungsricht als mutmaßlich rechtsextrem eingestufte Partei AfD 30,6 Prozent aller Stimmen und wurde damit nur knapp hinter der CDU zweitstärkste Kraft (Statista 2024). In Sachsen trägt die Verbreitung von queerfeindlichen Ansichten zu einer hohen Zahl an Straftaten gegenüber der

LGBTQI+-Community bei. Auch Franz Zobel von der Thüringer Beratungsstelle „ezra“ bestätigt das Phänomen, dass unter anderem etablierte Parteien aktiv an einer öffentlichen Feindbildmarkierung mitgewirkt haben. Durch weite Verbreitung der Abneigung gegen diverse Geschlechteridentitäten der LGBTQI+-Bewegung verspüren queere Personen, die in Sachsen wohnhaft sind, eine Bedrohung ihrer Lebensqualität. Die Studie „Lebenslagen von LGBTQ-Personen in Sachsen“ (Rau et al. 2022) befragte insgesamt 1.490 lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche und queere Personen sowie zwei Dutzend Expert*innen in qualitativen Interviews nach ihren Lebenslagen in Sachsen und ihrer Zufriedenheit mit diesen.



Die Ergebnisse zeigten für die meisten Befragten alltägliche Diskriminierungserfahrungen in der Öffentlichkeit. So hat beispielsweise nahezu jede*r Zweite seit 2017 Übergriffe erfahren und nur 26 Prozent fühlen sich in der Öffentlichkeit sicher. Sie berichten insgesamt in allen gesellschaftlichen Bereichen häufiger von Diskriminierung als cis-geschlechtliche Personen und bezeichnen sich seltener als zufrieden als der sächsische Durchschnitt.

Eine weitere Studie (Wetzel & Kiess 2023) untersuchte queerfeindliche und antifeministische Narrative in Telegram-Gruppen Nordsachsens. Dabei kristallisierten sich sogenannte Brückennarrative

in der Analyse der Telegram-Postings heraus. „Mit Brückennarrativen bezeichnet werden ideologische Elemente (Ideologeme, Diskurselemente oder Narrative), die von verschiedenen Gruppen, teils aus unterschiedlichen politischen Spektren, geteilt werden und ähnliche Muster und Schnittmengen aufweisen“ (Wetzel & Kiess 2023: 7). Untersucht wurden drei Telegram-Gruppen, in welchen sich unter anderem queerfeindlich und antifeministisch geäußert wurde. Die drei Gruppen teilen Narrative, die ideologisch gleich verortet werden, weshalb diese als Brückennarrative innerhalb der Gruppen fungieren. Wetzel und Kiess zitieren beispielsweise ein Narrativ, welches den „Westen im Trans-Abgrund“ (Wetzel & Kiess 2023: 15) sieht und das „irrsinnig kulturmarxistische Konstrukt“ als „totalitär“ bezeichnet (Wetzel & Kiess 2023: 15). Dieses Narrativ sowie die Studie von Wetzel und Kiess zeigen anschaulich, wie an Gender weitere Kontroversen angeschlossen werden. Es wird also beispielsweise neben der Ablehnung der Geschlechterdiversität im gleichen Narrativ ein angeblicher Totalitarismus diagnostiziert. Außerdem verdeutlichen die Telegram-Posts die Präsenz der Anti-Gender-Position in Sachsen.

Queerfeindliche Übergriffe und die Zivilgesellschaft in der Kleinstadt Bautzen

„Allein im Jahr 2022 registrierte der Verfassungsschutz im Landkreis Bautzen 139 rechtsextreme Straftaten, wobei anzunehmen ist, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt“ (Krell, Böhme, 2024: 176).

In der Kleinstadt Bautzen, im Norden Sachsens, ist die rechtsextreme Szene stark vertreten und aktiv. Das äußert sich beispielsweise in den wöchentlichen Montagsprotesten in der Stadt, an denen verschiedene Akteur*innen, „darunter Autonome Nationalisten, fundamentalistische Christ:innen und sich selbst als Pazifist:innen verstehende Personen, teilnehmen“ (Krell, Böhme, 2024: 190). Die Präsenz des Rechtsextremismus in der nordsächsischen

Stadt stellt eine Bedrohung für zivilgesellschaftliche Gruppen dar, die eine Gegenposition einnehmen.

Das Bedrohungsszenario verdeutlichte sich auf einer Demonstration der LGBTQI+-Community vergangenes Jahr. Neben ca. 1.000 Teilnehmenden versammelten sich etwa 700 Gegendemonstrant*innen, die sich unter dem Motto „Gegen Gender-Propaganda und Identitätsverwirrung“ gruppierten.

Der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann, fasste das Auftreten der Rechtsextremen in Bautzen wie folgt zusammen: „Ich bin erschrocken, dass Menschen, die friedlich für Freiheit und Demokratie auf die Straße gehen, so attackiert werden.“ (RND, 2024)

Nach der Studie „Im Gespräch mit Bautzen“ (2019) und laut Aussagen Ehrenamtlicher stellt sich die Organisation und Mobilisierung von Bürger*innen zur Partizipation in der Stadt in jüngster Zeit als Herausforderung dar. Die Zivilcourage, die die Bautzener LGBTQI+-Community und anderen Aktivist*innen aufbringen müssen, um gegen das Aufgebot rechter Demonstrant*innen auf die Straße zu gehen, muss nach Aussagen einiger engagierter Personen im Ehrenamt in Bautzen groß sein. Aus diesem Grund scheint vielerorts eine wahrnehmbare demokratische Zivilgesellschaft zu fehlen, wie es die amadeu-antonio-Stiftung beschreibt (vgl. amadeu-antonio 2024). Eine Folge des fehlenden Widerstandes gegen Rechtsextremismus kann ein Rückzug der von Queerfeindlichkeit Betroffenen aus entsprechenden Gegenden wie Bautzen sein. Dieses Phänomen wird auch als „shrinking spaces“ (amadeu-antonio 2024) bezeichnet und betrifft viele Gegenden in den neuen Bundesländern.

Die Beanspruchung und das Recht der Zivilgesellschaft auf öffentlichen Raum

Das praktische Beispiel der queeren Parade in Bautzen, die von rechtsextremen Gruppierungen angegriffen, bedroht und in ihrer öffentlichen Präsenz zunehmend eingeschränkt wird, verdeutlicht den Konflikt um die Beanspruchung öffentlichen Raums.

Die Debatte um das Recht der Vereinnahmung von öffentlichem Raum zu Demonstrations- und Präsenzzwecken spielt deshalb eine große Rolle im Kontext von Queerfeindlichkeit und Hasskriminalität.

Grundsätzlich ist durch das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit der öffentliche Raum jedem* zu Demonstrations- oder Verbreitungszwecken zugänglich. Da der öffentliche Raum allen zusteht, ist die Sichtbarkeit und Dominanz in diesem umkämpft. Mitchell (2003) hält fest, dass öffentlicher Raum ein Ort ist, an dem soziale Gruppierungen um Einfluss kämpfen und die Nutzung dessen deshalb immer neu ausgehandelt werden muss. Es sei also für marginalisierte Gruppen erforderlich, im öffentlichen Raum präsent zu sein, um Aufmerksamkeit zu erlangen. Zurück geht die Idee auf die Theoretikerin Hannah Arendt. Für Sie entsteht durch das Zusammenkommen von und Interagieren mit Menschen der „Erscheinungsraum“. Durch diesen zeigt sich Präsenz und Einzigartigkeit (Arendt 1958). Gegenbewegungen sind nach Mitchell ein Mittel der nicht-staatlichen Repression, die zum Ziel hat, die Kontrolle über den Diskurs zu gewinnen und somit den Einfluss der oppositionellen Bewegung zu marginalisieren.

Neben der theoretischen Grundlage um die Aushandlung öffentlichen Raums in Mitchells Werk beschäftigte sich Judith Butler (2015) speziell mit der LGBTQI+-Bewegung und ihrer Präsenz im öffentlichen Raum. Sie spricht im Zusammenhang von der bloßen Präsenz und dem Zusammenkommen der LGBTQI+-Community von einer Performativität,

die den politischen Willen ausdrückt. Allein diese führt zu Sichtbarkeit und ist entscheidend, um die Gesellschaft herauszufordern. Rechte Gruppierungen gehen deshalb bewusst unterdrückend gegen sie vor, um die queere Bewegung als legitimen Akteur und ihre Präsenz infrage zu stellen.

Außerdem betont Butler, dass die Aushandlung, wer den öffentlichen Raum einnehmen darf, mit Machtverhältnissen zusammenhängt. Staatliche Institutionen beispielsweise haben die Mittel, um bestimmte Versammlungen in der Öffentlichkeit als kriminell zu definieren und folglich einzuschränken. Der Einfluss auf Institutionen spielt also ebenfalls eine erhebliche Rolle. So wurde beispielsweise am 9. November 2024 eine Demonstration für eine Regierungsbeteiligung der FPÖ, an der unter anderem Rechtsextreme teilnehmen wollten, abgesagt. Der 9. November, an dem ein deutscher Diplomat im Jahr 1938 von einem jüdischen Jugendlichen ermordet wurde, was als Auslöser des Beginns der Verbrechen gegen jüdische Personen angesehen wird, gilt als ein historischer Gedenktag an den Holocaust. Aus diesem Grund wehrten sich unter anderem Bundeskanzler Nehammer und Präsident van der Bellen gegen das Stattfinden der Demonstration, woraufhin diese verschoben wurde (vgl. Standard 2024).

Butler beschreibt zudem ein Mittel der LGBTQI+-Bewegung, um sich gegen Angriffe zu verteidigen. Denn nach Butler liegt die Stärke der Bewegung in der Solidarität, die sich in der physischen Präsenz ausdrückt. Die körperliche Präsenz der queeren Community kann ein Risiko für die betroffenen Personen darstellen. Diese Verwundbarkeit teilen die Mitglieder, was zu einer starken kollektiven Bindung beitragen kann und somit Solidarität und Gemeinschaftsgefühl stärkt.

Abschluss

Die LGBTQI+-Community fühlt sich in Sachsen zunehmend unwohl. Und das zurecht: Zahlen des Bundeskriminalamts zeigen, dass Übergriffe aus Hass gegenüber Queerness steigen. In Deutschland wurden 2023 1499 Fälle im Bereich „sexuelle Orientierung“

und 854 im Themenfeld „geschlechtsbezogene Diversität“ gemeldet (vgl. BMI 2024). Von der individuellen Betroffenheit von Ungleichbehandlung, Diskriminierung, Unwohlbefinden und Unsicherheit berichten außerdem queere Personen in der Studie „Lebenslagen von LGBTQ-Personen in Sachsen“ (vgl. Rau et al. 2022).

Die Ablehnung diverser Geschlechtsidentitäten der Rechten ist keine zufällige oder gegen individuelle Personen gerichtete. Die Verbreitung von Anti-Gender-Narrativen und des damit verbundenen ideologisch verankerten queerfeindlichen Bildes führte zum Anstieg der aus Hasskriminalität motivierten Vorfälle. Die Angriffe, egal ob verbal, körperlich oder über Social-Media-Kanäle wie Telegram, unterliegen keiner Willkür, sondern sind gezielt. Vertreter*innen der Anti-Gender-Bewegung versuchen außerdem zunehmend durch Gegenproteste auf LGBTQI+-Demonstrationen den öffentlichen Raum für sich zu beanspruchen und die Präsenz queerer Communitys zu unterdrücken, die Aufmerksamkeit für die Gruppe damit zu beschränken und den Diskurs zu dominieren. Dieser Verdrängung friedlichen Protests und der Vereinnahmung des öffentlichen Raums durch rechte Bewegungen sollten Grenzen gesetzt werden. Doch welche Schutzmaßnahmen für LGBTQI+-Personen gibt es? Und schreitet der Staat bei der teilweise gewaltsamen Verdrängung von LGBTQI+-Protesten ausreichend ein?

Die Unterstützung von staatlicher Seite erscheint aus Sicht von Kritiker*innen zu gering. Sven Lehmann, Beauftragter der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (Queer-Beauftragter), beschreibt die Demonstration in Bautzen, bei der zwar gewalttätige Übergriffe verhindert werden konnten, jedoch laut Polizei trotzdem Strafverfahren aufgrund von Körperverletzung und Volksverhetzung eingeleitet wurden (vgl. Die Zeit 2024) in Bautzen wie folgt: „Der Auftritt der Polizei in Bautzen lässt sich in der wohlwollendsten Analyse als Anwesenheit beschreiben. Das schadet dem häufig ohnehin schon geringen Vertrauen queerer Menschen in die Polizei“

(RND 2024). Weiter erklärt er, dass queere Personen die einzige Gruppe seien, die im Nationalsozialismus verfolgt, aber nie explizit vom Grundgesetz geschützt wurde. Er „stelle sich ernsthaft die Frage, was passieren muss, damit es endlich alle verstehen: Wir sprechen von Sicherheit und Lebensqualität von Millionen Menschen in diesem Land, die zunehmend dahinbröckelt“ (RND 2024).

Doch die Kritik bleibt von der Politik nicht unbeantwortet. Die damalige Bundesinnenministerin Nancy Faeser stimmt dem Queer-Beauftragten zu: „Wir müssen all diejenigen noch besser schützen und unterstützen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Hass, Diskriminierung und Gewalt erleben“ (BMFSFJ 2024). Die Innenministerkonferenz hat als Reaktion beschlossen, strikter gegen Gewalt gegen queere Menschen vorzugehen. Als Grundlage des Beschlusses dienen die Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht des Arbeitskreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ (BMI 2023).

Sven Lehmann fordert darüber hinaus expliziten verfassungsrechtlichen Schutz der queeren Bewegung. Außerdem tragen andere Parteien dazu bei, den Weg zu mehr Akzeptanz der queeren Bewegung zu erschweren. Beispielsweise ein Gesetzesentwurf der CDU, der geschlechtsneutrale Sprache an staatlichen Einrichtungen in Thüringen verbieten lassen soll, unterstreicht, wie auch etablierte Parteien den Weg zu mehr Akzeptanz der queeren Bewegung blockieren (vgl. Thüringer Landtag 2023).

Die Ernsthaftigkeit der Bedrohung der Sicherheit für LGBTQI+-Personen und die Dringlichkeit einer Lösung für mehr Schutz und Akzeptanz der sozialen Gruppe scheint in der politischen Themenagenda noch lange nicht angekommen zu sein. Und auch die mediale Aufmerksamkeit für die queere Gruppe beschränkt sich meist auf Vorfälle wie jenen in Bautzen. Die Lebensrealitäten queerer Sächs*innen sind nach Eigenaussagen von Diskriminierung betroffen. Die Fallzahlen des Bundeskriminalamts zeigen einen drastischen Anstieg an ideologisch

motivierten Übergriffen auf LGBTQI+-Personen. Gewährleistete Schutzmaßnahmen von staatlicher Seite könnten zudem stärker ausgebaut werden. Aus diesen Anlässen ist es unbedingt notwendig, der Bewegung mehr Unterstützung zu gewähren, um dafür zu sorgen, dass die Forderungen nach mehr Akzeptanz, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum und mehr Gleichberechtigung präsent im Diskurs und öffentlichen Raum bleiben.

Wilma Johannssen studiert Politikwissenschaften an der Universität Wien.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2024): Engagierte unter Druck: Das kannst du gegen Angst und Ohnmacht tun. Verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/engagierte-unter-druck-das-kannst-du-gegen-angst-und-ohnmacht-tun-119643/> (Zugriff am: 14. November 2024).

Arendt, H. (1958): Vita activa oder Vom tätigen Leben. München: Piper.

BMFSFJ (2024): Queerfeindliche Hasskriminalität und Gewalt besser bekämpfen. Verfügbar unter: <https://www.bmesfsfj.de/bmesfsfj/aktuelles/alle-meldungen/queerfeindliche-hasskriminalitaet-und-gewalt-besser-bekaempfen-227188> (Zugriff am: 14. November 2024).

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2023): Abschlussbericht des Arbeitskreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“. Verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/06/ak-abschlussbericht.html> (Zugriff am: 24. November 2024).

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2024): Politisch motivierte Kriminalität 2023 – Factsheets. Verfügbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf> (Zugriff am: 24. November 2024).

Bundeskriminalamt (BKA) (2023): Vorstellung der Fallzahlen zur politisch motivierten Kriminalität 2023. Available at: <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html> (Zugriff am: 14. November 2024).

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). (2020): Die Geburtsstunde des Gay Pride. [online] Available at: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/292948/die-geburtsstunde-des-gay-pride> (Zugriff am: 23. Nov. 2024).

Butler, J. (1990): Gender Trouble: Feminism and the Subversion of Identity. New York: Routledge.

Butler, J. (2015): Notes Towards a Performative Theory of Assembly. Cambridge: Harvard University Press.

Der Standard (2024) 9. November: Ein Tag des Gedenkens und der Mahnung in Österreich. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/>

[story/3000000243856/9-november-ein-tag-des-gedenkens-und-der-mahnung-in-oesterreich](https://www.derstandard.at/story/3000000243856/9-november-ein-tag-des-gedenkens-und-der-mahnung-in-oesterreich) (Zugriff am: 24. November 2024).

Deutschlandfunk Kultur (2019): Stonewall-Proteste vor 50 Jahren: Die Geburtsstunde der LGBT-Bewegung. Verfügbar unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/stonewall-proteste-vor-50-jahren-die-geburtsstunde-der-lgbt-100.html> (Zugriff am: 14. November 2024).

Die Zeit (2024): Bautzen: CSD unter Polizeischutz wegen rechtsextremer Gegenproteste. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2024-08/bautzen-csd-polizeischutz-rechtsextreme> (Zugriff am: 24. November 2024).

Im Gespräch mit Bautzen (2019): Konflikte – Gespräche und Erkenntnisse. Verfügbar unter: <https://im-gespraech-mit-bautzen.de/konflikte.html#gespraeche-und-erkenntnisse> (Zugriff am: 24. November 2024).

Krell, M. und Böhme, T. (2024): Sächsische Realitäten: Analysen aktueller Protestphänomene der radikalen Rechten in Sachsen. Dresden und München: Thelem.

LSVD (2023): Queerfeindliche Gewalt. Verfügbar unter: <https://www.lsvd.de/de/ct/2445-QueerfeindlicheGewalt> (Zugriff am: 14. November 2024).

Meloni, G. (2021): „La difesa della famiglia naturale è una battaglia di civiltà“ (Verteidigung der traditionellen Familie als eine Zivilisationsfrage).

Mitchell, D. (2003): The Right to the City: Social Justice and the Fight for Public Space. New York: Guilford Press.

Mudde, C. und Kaltwasser, C. R. (2017): The Far Right Today. Cambridge: Polity Press.

Oestreich, H. (2016): „Genderwahn stoppen: Antifeminismus in Deutschland“. In Gender Matters: Antifeminismus in Europa, 11–21. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Abgerufen von <https://library.fes.de/pdf-files/dialog/09501/06-2016.pdf>.

Päpstlicher Rat für die Familie. (2000): Ehe, Familie und „faktische Lebensgemeinschaften“. https://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/family/documents/rc_pc_family_doc_20001109_de-facto-unions_ge.html. Zugriff am: 23.11.2024.

Papst Franziskus (2015). Evangelii Gaudium.

Paternotte, D. und Kuhar, R. (2017): Gender as symbolic glue: The position and role of conservative and far-right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. In: Paternotte, D. and Kuhar, R., eds. Anti-Gender Campaigns in Europe: Mobilizing against Equality.

Polizei Berlin (2024): Mann homophob beleidigt, geschlagen und getreten. Verfügbar unter: <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/2024/pressemitteilung.1503612.php> (Zugriff am 24. November 2024).

Pronti, S. (2023): Queerfeindliche Hasskriminalität in Deutschland. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.), Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität, Band 13, Online-Ausgabe, S. 112–125.

Rauh, C., Werner, E., Thesing, H., & Hofmann, M. (2022): Lebenslagen von lgbtiq* Personen in Sachsen: Ergebnisse und Handlungsbedarfe. Dresden: Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

RND (2024): CSD: Queer-Szene erschüttert nach rechtsextremer Hasswelle. Verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/csd-queer-szene-erschuettert-nach-rechtsextremer-hasswelle-RKJSP5ZUORE57FIPHQZB6VSS6I.html> (Zugriff am: 14. November 2024).

Sauer, B. (2019): Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie? Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 13, 339–352 (2019).

Statista (2024): Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl in Sachsen im Jahr 2024. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36165/umfrage/vorlaeufiges-amtliches-endergebnis-der-landtagswahl-in-sachsen-im-jahr-2009/> (Zugriff am: 14. November 2024).

taz (2023): LGBTIQ in Deutschland. Verfügbar unter: <https://taz.de/LGBTIQ-in-Deutschland/!5961579/> (Zugriff am: 14. November 2024).

Thüringer Landtag (2023): Thüringer Gesetz für eine regelkonforme, diskriminierungsfreie und verständliche Anwendung der deutschen Sprache an Thüringer Schulen und in der Verwaltung. Verfügbar unter: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/94000/thueringer_gesetz_fuer_eine_regelkonforme_diskriminierungsfreie_und_verstaendliche_anwendung_der_deutschen_sprache_an_thueringer_schulen_und_in_der_ve.pdf (Zugriff am: 24. November 2024).

Wetzel, G. und Kiess, J. (2023): Digital Report 2023: Antifeminismus und Queerfeindlichkeit in der sächsischen Telegram-Szene. EFBI. Verfügbar unter: <https://www.sozphil.uni-leipzig.de> (Zugriff am: 14. November 2024).

Wittenius, M. (2021): Die transnationale Anti-Gender Bewegung in Europa. Berlin: Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.

Zeit Online (2024): Schutz queerer Menschen: Lehmann fordert Grundgesetzänderung. Verfügbar unter: <https://www.zeit.de/news/2024-06/11/schutz-queerer-menschen-lehmann-fordert-grundgesetzanderung> (Zugriff am: 14. November 2024).

Zwischen Legitimität und Stabilität: Eine Einordnung der französischen Regierungskrise

Noé Schüttler

Die im Rahmen des „Superwahljahres“ 2024 stattgefundenen politischen Ereignisse liefern nicht nur eine Vielzahl an neuen Forschungsgegenständen der Politik- und Sozialwissenschaften, sondern geben dabei auch Einblicke in aktuelle gesellschaftliche Konflikt- und Veränderungsprozesse. Seien es prominentere Beispiele, wie die Anfang November stattgefundenen US-Präsidentenwahl oder die Wahl des Europäischen Parlaments, bis hin zur weltweit größten Parlamentswahl in Indien, oder im vermeintlich kleineren Rahmen stattgefundenen Ereignisse – die zur „Schicksalswahl“ stilisierten Parlamentswahl in Georgien oder die Präsidentenwahlen in Tunesien. Über einen allgemeinen Trend kann bei der großen Menge und schlichten Unterschiedlichkeit der nationalen Kontexte diskutiert werden, generell beobachtbar ist etwa ein klares Erstarken rechtsextremer, populistisch agierender Akteur:innen in westlichen Industriestaaten (vgl. Mudde 2024: 61). Diese Entwicklung erscheint möglicherweise zunächst paradox – demokratiefeindliche Positionen erlangen durch demokratische Prozesse politische Macht – stellt aber pluralistische und demokratisch sozialisierte Gesellschaften vor neue Herausforderungen. Wie geht man beispielsweise mit einer demokratisch legitimierten Wahl um, wenn die wählende Bevölkerung sich in der Mehrheit für antidemokratische Kräfte entscheidet? Solche legitimatorische Problemlagen ergeben sich aber nicht nur hinsichtlich rechtsextremer Wahlrends, sondern auch, wenn die Zusammensetzung der politischen Führung dem durch die Wahl generierten Wähler:innenwillen schlicht nicht entspricht.

Neuordnung der Kräfteverhältnisse im französischen Parlament

Das jüngste Beispiel dafür kann man seit kurzer Zeit in Frankreich beobachten: nachdem bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 die rechtsextremen Kräfte mit fast 40 Prozent noch deutlicher als erwartet einen klaren Wahlsieg einfuhren, setzte Staatspräsident Emmanuel Macron kurzfristig Neuwahlen des Parlaments gegen Ende desselben Monats an. Als Reaktion auf die Stärke und Geschlossenheit der politisch rechts-rechtsextrem stehenden Akteur:innen schlossen sich eine Vielzahl von Mitte-links bis extrem links stehenden Parteien zu einem Wahlbündnis, dem *Nouveau Front Populaire* (NFP) zusammen. Das nach zwei abgeschlossenen Wahlgängen bestätigte Ergebnis zeigte eine klare Dreiteilung der politischen Lager: die rechtsextremen Kräfte rund um *Le Pens Rassemblement National* (RN) mit 125 Sitzen von insgesamt 577 in der Nationalversammlung, die Parteien der politischen Mitte rund um Staatspräsident Macron mit 150 Sitzen sowie die überraschenderweise stimmenstärkste NFP mit 178 Sitzen (vgl. Martin 2024: 549; Ministère de l'intérieur 2024). Da in dieser Dreierkonstellation keine der jeweiligen politischen Parteien eine absolute Mehrheit aufbringen konnte, ergab sich nach einer ungewöhnlich langen Phase der Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung über zwei Monate nach der Parlamentswahl eine Mitte-rechts stehende Minderheitsregierung, die fast ausschließlich aus Minister:innen aus Macron-nahen Parteien sowie der ebenfalls christdemokratisch-konservativ stehenden Partei *Les Républicains* (LR) bestand. Lediglich ein Posten der insgesamt 39

Regierungsmitglieder, der Ministerposten der Justiz, fiel an ein ehemaliges Mitglied einer dem NFP zugehörigen Partei (vgl. Boiteau/Equy 2024: 2).

Das konfliktreiche Verhältnis zwischen Bürger:innen und Regierung

Diese jüngste Disproportionalität der politischen Repräsentation in Frankreich führt, neben angeregten Protesten auf der Straße sowie im Parlament (vgl. Libération 2024: 12), zu aktuell stattfindenden, öffentlichen Debatten über die Bedeutung von Legitimität, Repräsentation und der Verantwortung von Regierung und Institutionen. Diese Diskurse fallen nicht in ein politisches Vakuum, sondern sind stark im Kontext einer zunehmend polarisierten Gesellschaft und ihrem wechselseitigen Verhältnis zu den politischen Eliten zu begreifen. Dieses Zusammenspiel zwischen gesellschaftlichen Erwartungen an die politische Elite und ihrem politischen „Output“, welches in der Geschichte Frankreichs spätestens seit der Französischen Revolution stets als zentral für die Konstituierung der politischen Öffentlichkeit ist, zeigt sich im Kontext aktueller Krisen und ökonomischer Umbrüche als besonders konfliktgeladen. Emmanuel Macron, vormals Wirtschaftsminister, wurde 2017 mit 39 Jahren zum jüngsten Präsidenten der Republik gewählt. Als Gründer seiner eigenen Bewegung *La République en Marche (LREM)* – aus der dann in Folge von Macrons Popularität die gleichnamige Partei entstand – inszenierte er sich einerseits als außerhalb der in Frankreich traditionell etablierten Rechts- bzw. Linksparteien stehend, andererseits als Reformers, der dynamisch die Lösung aktueller Probleme anstrebte (vgl. Escalona 2017: 181). Das ist insofern relevant, als sich sein Regierungsanspruch stets mit den wachsenden Herausforderungen einer Wirtschaftskrise und ihren Folgen konfrontiert sah: wachsende Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wirtschaftswachstum, zunehmende Staatsverschuldung und politischer Reformstau verschärften die soziale Ungleichheit und Unzufriedenheit im Land. In diesem sozioökonomischen Kontext fußte der Anspruch

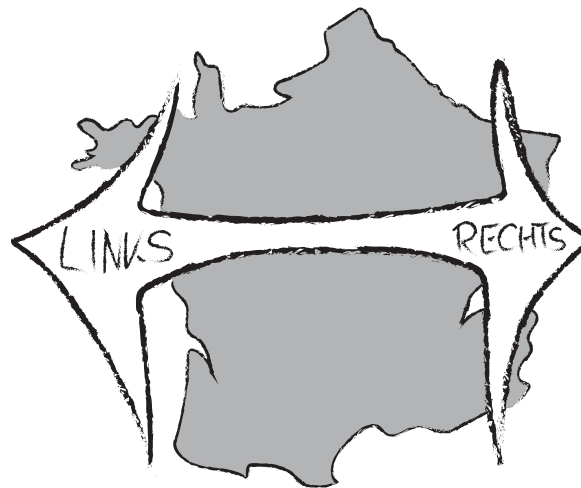
Macrons in der Rolle des Reformers auf einer Politik, die eindeutig neoliberal und technokratisch geprägt ist (vgl. Devellennes 2023: 18).

Der vielleicht erste offene Bruch des Staatspräsidenten Macrons mit großen Teilen der politischen Öffentlichkeit Frankreichs waren die international viel beachteten Proteste der sogenannten „Gelbwesten“ (*Gilets Jaunes*). Ausgangspunkt dieser Proteste waren die Verabschiedung klimapolitischer Maßnahmen, die Macron unter Leitung seines damaligen Premierministers Édouard Philippe verabschieden ließ. Konkret beinhalteten diese Maßnahmen eine höhere Besteuerung fossiler Treibstoffe und CO₂-Emissionen sowie die Reduzierung des allgemeinen Tempolimits auf Landstraßen. Auch wenn diese Maßnahmen aus einer rein instrumentellen Perspektive als sinnvolle Umweltpolitik erscheinen mögen, trafen sie in der Praxis vor allem einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, die stark auf Individualverkehr und fossile Brennstoffe angewiesen sind. Die Steuerlast verschärfte die soziale Ungleichheit, da viele ländliche und wirtschaftlich benachteiligte Haushalte keine Alternativen zum Autofahren haben und somit überproportional belastet wurden (vgl. Devellennes 2023: 75). Aus lokalem Unmut gegen diese Maßnahmen entwickelte sich ab November 2018 schnell eine landesweite Protestbewegung, die sich nicht mehr nur explizit gegen sozial ungleiche Policies richtete, sondern sich vielmehr gegen den urbanen, technokratischen und als „aristokratisch“ (vgl. Chabal/Behrent 2024: 331) wahrgenommenen Regierungsstil positionierte, den die politische Elite, mit Macron an ihrer Spitze, verkörperte (vgl. ebd.). Im Zuge dieser Ereignisse gab es einige Versuche der französischen Regierung, in einen transparenteren Diskurs mit Bürger:innen zu treten: Veranstaltungen wie *Le Grand Débat National* oder *La Grande Marche* sollten durch Versammlung und Dialog eine neue Möglichkeit der Artikulation gesellschaftlicher Stimmen gegenüber der politischen Elite schaffen (vgl. Dobler 2019: 6). Trotz positiver Resonanz wurden auch diese Versuche jedoch stark dafür kritisiert, ohne strukturelle Reformen den politischen Status Quo legitimieren zu wollen (vgl. Devellennes 2023: 75).

Gesellschaftlicher Wandel in einer globalisierten Welt

In diesem Sinne offenbaren die *Gilets Jaunes* tiefliegende gesellschaftliche Konfliktlinien und fungierten als Katalysator für eine immer stärker polarisierte politische Debatte. Sie stehen sinnbildlich für eine Krise der politischen Repräsentation bzw. Partizipation, die spätestens seit den 2010er-Jahren in westlichen Industriestaaten zu beobachten ist – beispielhaft etwa durch das Phänomen der „Protestwahl“ und den damit verbundenen Erfolg der AfD in Deutschland. Im Zuge der Globalisierung veränderten sich soziale Konfliktlinien entlang ökonomischer bzw. politischer Aspekte. Diese Entwicklung ist als Folge eines Globalisierungsprozesses und seinen primär wirtschaftlichen Veränderungen zu verstehen, wobei eine rein ökonomische Erklärung jedoch zu kurz greifen würde. Die Gesellschaft spaltet sich in westlichen Industriestaaten zwischen „Gewinner:innen“ und „Verlierer:innen“ der Globalisierung. Auf der einen Seite stehen die Bevölkerungsgruppen, die von globaler Vernetzung und internationaler Kooperation profitieren, auf der anderen Seite die ökonomisch schlechter gestellten Bürger:innen (vgl. Milanovic 2016: 20), die durch den Abbau nationaler Grenzen ihren sozialen wie ökonomischen Status als bedroht wahrnehmen. Die *Gilets Jaunes* stehen also exemplarisch für jene „Verlierer:innen“ der Globalisierung, die sich durch Privatisierung, wirtschaftliche Liberalisierung und den Rückzug des Staates aus sozialen Dienstleistungen besonders benachteiligt fühlen. Wesentlich verstärkt werden diese Spaltungstendenzen im europäischen Kontext durch die Zunahme von Migration sowie der europäischen Integration, die Nationalstaaten zunehmend in supranationale Kontexte einbettet: Hier zeigt sich also neben der ökonomischen Dimension der Krise zudem noch ihre politisch-kulturelle

Dimension, die auf Ablehnung von multikulturellen Gesellschaften und sozialen Öffnungsprozessen aufbaut (vgl. Caramani 2023: 260). All diese ökonomisch sowie politisch zusammenhängenden Prozesse führen also letztlich zu einer zunehmenden Entfremdung von den traditionellen politischen Eliten, denen nicht mehr zugetraut wird, die Ansprüche und Bedürfnisse der Bevölkerung angemessen zu repräsentieren, und erzeugen damit nicht nur ein Legitimitätsproblem, sondern auch eine „*Democratic Dissatisfaction*“, also eine allgemeine Enttäuschung von aktuellen demokratischen Repräsentations- und Funktionsmechanismen (vgl. Kriesi 2020: 246).



Wähler:innen tendieren folglich dazu, sich von etablierten politischen Kräften ab- und sogenannten „*Challenger Parties*“ zuzuwenden. Diese „*Challengers*“ greifen die Wahrnehmung des „Nicht-Gehört-Werdens“ auf und richten ihre Politik im Zuge dessen deutlich populistisch darauf aus, den „wahren“ Willen der Wähler:innenschaft zu

repräsentieren, und stilisieren sich als Gegenstück zur etablierten politischen Führung (vgl. Kriesi 2020: 247). Der RN in Frankreich unterscheidet sich in manchen typischen Elementen von anderen exemplarischen „*Challenger Parties*“: Sowohl das Alter der Partei wie auch ihre langjährige Relevanz in der französischen Parteienlandschaft sprechen gegen ihren Status als neue, dynamische Akteurin. Obwohl der RN eine lange Geschichte in der französischen Politik hat, gelang es ihm durch eine augenscheinliche Neuausrichtung auf Anti-Establishment-Themen und eine Abkehr vom klassischen Rechtsextremismus, sich dennoch als Alternative zur Pariser Elite zu positionieren, und kann so meiner Einschätzung nach in ihrer Funktion als „*Challenger Party*“ bezeichnet werden. Wichtig ist hierbei noch, dass dieser „Imagewandel“ des RN als kalkulierte politische

Strategie betrachtet werden kann, die Partei sich aber nach wie vor maßgeblich fremdenfeindlicher und nationalistischer Inhalte bedient (vgl. Paxton/Peace 2021: 545).

Heutige Konsequenzen und Herausforderungen

Dieser Hintergrund gibt einen Erklärungsansatz für den deutlichen Wahlsieg des RN am Wahlabend der Europawahl 2024. Um bei den daraufhin kurzfristig angesetzten Parlamentswahlen einen weiteren Wahlsieg auf nationaler Ebene zu verhindern, bildeten Abgeordnete der neu gegründeten NFP und der Mitte-Macronistischen Parteien die sogenannte „*Front Republicain*“. Dieses taktische Bündnis zielte darauf, Stimmen gegen den RN zu bündeln. Auf Wahlkreisebene zog sich der:die Kandidat:in der jeweiligen stimmenschwächeren Partei von der Wahl zurück, um die Chancen des RN auf einen Wahlsieg zu minimieren (vgl. Chabal/Behrent 2024: 332). Nach dem Erfolg der Republikanischen Front, die einen Wahlsieg des RN verhinderte, entstand eine paradoxe Situation: Obwohl das Linksbündnis NFP die meisten Stimmen erhielt, verweigerte Macron ihr eine Regierungsbeteiligung – die daraufhin konstituierte Regierung stellte ein Mitte-rechtskonservatives Kabinett. Diese deutliche Verschiebung nach rechts ist ein Novum in der Geschichte der Fünften Republik.

Die Frage nach der Legitimität der Regierung ist nicht rein institutionell zu stellen: Vor dem Hintergrund einer „*Democratic Dissatisfaction*“ stellt sich zunehmend die Frage, wie sich die vernachlässigte Repräsentation von rund 50 Prozent der Wähler:innenstimmen weiter auf das Verhältnis der französischen Bevölkerung zu den politischen Institutionen auswirkt und wie es eine Entfremdung der beiden voneinander verstärken könnte. Zudem befand sich die Minderheitsregierung Barniers von Anfang an in einer instabilen Situation: Ihre relative Schwäche machte sie in parlamentarischen Entscheidungsprozessen sowohl abhängig wie erpressbar vom NFP und RN, die jederzeit per Misstrauensvotum einen Sturz der Regierung anstreben konnten: Genau dadurch

erreichte die politische Instabilität Anfang Dezember einen Höhepunkt: Am 04.12.2024 wurde die Regierung Barnier nicht einmal drei Monate nach Amtsantritt durch jeweils ein Misstrauensvotum des NFP sowie RN gestürzt (vgl. Banoual/Equy 2024: 2). Diese Entwicklung unterstreicht die zuvor skizzierten Herausforderungen der politischen Repräsentation und Legitimität. Sie verdeutlicht die Notwendigkeit der Frage, wie Frankreich – und andere westliche Demokratien – in Zukunft mit den zunehmenden Spannungen zwischen politischer Elite und Wähler:innen umgehen werden. In diesem Kontext interessant ist Macrons Begründung, warum er eine Beteiligung des NFP an der Regierung im Nachgang der Wahl ausgeschlossen hatte: Eine Linksregierung sei wegen Misstrauen im Parlament und Bevölkerung nicht in der Lage, eine stabile und effiziente Politik zu liefern (vgl. *Présidence de la République française* 2024). Der Widerspruch liegt auf der Hand.

Die erste Herausforderung, die die zukünftige Regierung auf die Probe stellen wird, ist die Konsolidierung des Staatshaushaltes 2025. Angesichts einer massiven Staatsverschuldung von ca. 110 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und einem großen Defizit im Bereich der öffentlichen Ausgaben (vgl. Eurostat 2024) stellt sich die Frage nach einer Verstärkung der wirtschaftlichen Schieflage oder ob es einer nächsten Regierung gelingt, stabile Mehrheiten zu bilden und effektive Policies umzusetzen. Eine – wie bisher – relative Schwäche im Parlament birgt die Gefahr einer Blockadepolitik der Opposition, die dringend benötigte Reformen verhindern könnten. Das Kernproblem jedoch ist die Wiederherstellung eines intakten Verhältnisses zwischen Bevölkerung und politischer Führung. Die ohnehin in der öffentlichen Kultur ausgeprägte politische Mobilisierungsbereitschaft Frankreichs zeigt sich in aktuell anhaltenden Demonstrationen auf den Straßen Frankreichs. Nicht nur die Proteste der *Gilets Jaunes*, sondern auch in der Vergangenheit starke Widerstände gegen Macrons Renten- oder Steuerreform sind Ausdruck des Unmuts gegen sowohl den bisherigen Regierungsstil als auch gegen die politische Repräsentation (vgl. Chabal/Behrent 2024: 331).

Optionen und die Notwendigkeit, zu handeln

Spannend bleibt, wie die politische Führung Frankreichs diesen Herausforderungen begegnet. Langfristig könnte ein schrittweise institutioneller Wandel zu mehr partizipativen Gestaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung eine Lösung gegen die zunehmende gesellschaftliche Spaltung sein. Ein direkterer Zugang zum politischen System sowie das Bewusstsein von wirklicher Verantwortung sind Möglichkeiten, der Entfremdung und deren Ausnutzung populistischer „Challengers“ entgegenzuwirken. Konkrete Maßnahmen könnten eine Dezentralisierung politischer Herrschaft in Richtung regional-lokaler Ebenen, effektive soziale Ausgleichsmechanismen, Transparenz im Regierungshandeln oder politische Bildungsprogramme beinhalten. So erscheinen Initiativen wie der bereits erwähnte, 2019 abgehaltene *Grand Débat* als äußerst sinnvolle Maßnahmen, die nur stringent weitergedacht und auf strukturell-institutioneller Ebene implementiert werden müssen. Im größeren Zusammenhang betrachtet erscheint zudem eine Abkehr von neoliberaler (Wirtschafts-)Politik als erforderlich, um den Weg für eine inklusivere und solidarische Gesellschaft zu bereiten, die beispielsweise durch stärkere Umverteilungsmechanismen dafür sorgt, ökonomische Disparitäten abzubauen und so einen Nährboden für rechtspopulistische Akteur:innen zu verhindern. International gesehen ist Frankreich kein Einzelfall: die Wiederwahl Donald Trumps oder die Wahlerfolge der *Alternative für Deutschland* verdeutlichen die Dringlichkeit eines gesellschaftlichen, strukturell-politischen Wandels.

Noé Schüttler studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur

Boiteau, V., Equy, L., 2024. Gouvernement Barnier à peine accouché, déjà acculé, *Libération*, No. 13442, pp. 2-3.

Caramani, D., 2023. Party systems. In: D. Caramani, ed., *Comparative Politics*, 6th edn. Oxford: Oxford University Press, pp. 254-276.

<https://www-oxfordpoliticstrove-com.uaccess.univie.ac.at/display/10.1093/hepl/9780192846051.001.0001/hepl-9780192846051-chapter-14#hepl-9780192846051-chapter-14>

Chabal, E. and Behrent, M.C., 2024. The deluge: France's 2024 legislative elections. *Modern & Contemporary France*, 32(3), pp. 329-337.

<https://www.tandfonline.com/doi/epdf/10.1080/09639489.2024.2381787?needAccess=true>

Daoulas J., Equy, L., 2024. Censure. Et maintenant, c'est quoi le plan?, *Libération*, No. 134502, pp. 2-3.

Devellennes, C., 2023. *The Macron Régime: The Ideology of the New Right in France*. Bristol University Press.

<https://www.cambridge.org/core/books/macron-regime/685Bo65484E13D22Do1D8332947D1E7A>

Dobler, C., 2019. The 2019 Grand Débat national in France: A participatory experiment with limited legitimacy. Köln: Democracy International.

https://www.democracy-international.org/sites/default/files/PDF/Publications/gdn_france_research_note_o.pdf

Escalona, F., 2017. Le « moment Macron ». Le Postcolonialisme : Une stratégie intellectuelle et politique, No. 72, pp. 175-185.

<https://www.jstor.org/stable/44955053>

Eurostat, 2024. Government finance statistics - 2-22072024-ap.

<https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/w/2-22072024-ap#fragment-15944082-grio-inline-nav-4>

Fieschi, C., 2024. France's Political Crisis. *Survival*, 66(4), pp. 115-126.

<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/00396338.2024.2380204#abstract>

Gougou, F., 2024. The 2024 French legislative elections: maintaining elections, political crisis. *West European Politics*, pp. 1-15.

<https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01402382.2024.2411665#abstract>

Kriesi, H., 2020. Is there a crisis of democracy in Europe? *Politische Vierteljahresschrift*, No. 61(2), pp. 237-260.

<https://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/48745674?seq=12>

Libération, 2024. Dans la manif parisienne : „Je ne vais pas passer une heure à écouter Barnier“. *Libération*. No. 13450, pp. 12.

Ministère de l'intérieur, 2024. Publication des candidatures et des résultats aux élections. Législatives 2024.

https://www.archives-resultats-elections.interieur.gouv.fr/resultats/legislatives2024/ensemble_geographique/index.php

Mudde, C., 2024. The Far Right and the 2024 European Elections. *Intereconomics*, 59(2), pp. 61–65.

Paxton, F. and Peace, T., 2021. Window Dressing? The Mainstreaming Strategy of the Rassemblement National in Power in French Local Government, Government and Opposition, No. 56(3), pp. 545–562.

Présidence de la République française, 2024. Communiqué suite aux consultations avec les responsables des partis et les Présidents des deux chambres des 23 et 26 août 2024.

<https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2024/08/26/communique-suite-aux-consultations-avec-les-responsables-des-partis-et-les-presidents-des-deux-chambres-des-23-et-26-aout-2024>

Impressum

Herausgeber: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

Medieninhaber, Verleger: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Redaktionsleitung: Johannes Greß, Linda Nutz

Redaktion: Wilma Johannssen, Petra Kolb, Lara Schneeweiss, Noé Schüttler, Rainer Stummer, Niklas Uhl

Autor*innen dieser Ausgabe: Ulrich Brand, Flavia Gardavsky, Emma Heppner, Wilma Johannssen, Petra Kolb, Felix Leodolter, Louisa Lettow, Lara Schneeweiss, Noé Schüttler, Rainer Stummer, Pascal Zwicky

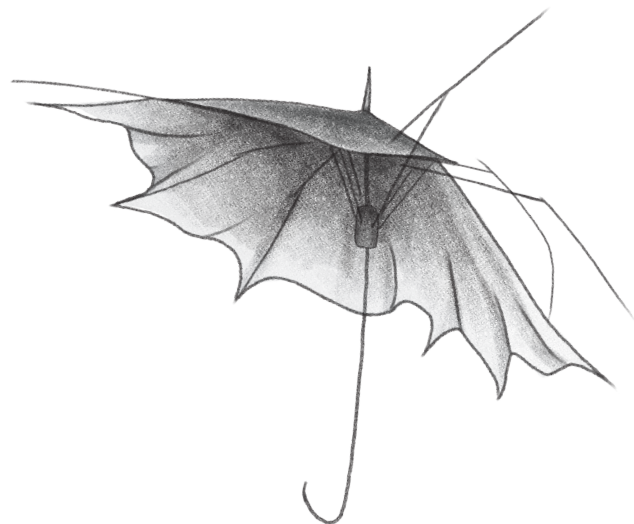
Kontakt: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Grafik & Layout: Claire Kardas, Katharina Hegedüs

Onlinepublikation unter: www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG.

Erscheinungsweise: 1-2x/Jahr

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.



Was tun wenn's brennt? Ab zur Roten Hilfe!

Die Rote Hilfe Wien ist eine strömungsübergreifende, linke Solidaritätsorganisation. Wir arbeiten gegen staatliche Repression, also die rechtliche Verfolgung und Bestrafung von Aktivist*innen.

Alle, die sich für gesellschaftliche Veränderung einsetzen, sollen das in dem Bewusstsein tun können, dass sie bei Repression nicht ohne politische und finanzielle Unterstützung dastehen. Solidarität ist unsere Waffe!

Werde jetzt Mitglied!

Spenden an: Rote Hilfe Wien
IBAN: AT46 6000 0103 1036 9883
BIC: BAWAATWW
www.rotehilfe.wien

Rote Hilfe | WIEN